



Leseprobe

Professor Dr. Gregor Schöllgen
Gerhard Schröder
Die Biographie

»Eine opulente, unterhaltsame Erzählung über einen streitbaren, stets umstrittenen Mann, der sich aus kleinsten Verhältnissen bis ganz nach oben gearbeitet hat.«
spiegel.de, Andreas Borcholte, 22.09.2015

Bestellen Sie mit einem Klick für 34,99 €



Seiten: 1040

Erscheinungstermin: 21. September 2015

Mehr Informationen zum Buch gibt es auf

www.penguinrandomhouse.de

Inhalte

- Buch lesen
- Mehr zum Autor

Zum Buch

Die erste grosse und umfassende Biographie

Gerhard Schröder polarisiert. Ganz gleich ob er als Juso-Vorsitzender die eigene Truppe aufmischt, als junger Bundestagsabgeordneter den politischen Gegner in Wallung bringt, als Rechtsanwalt Außenseiter verteidigt oder als Ministerpräsident den Alleingang zur Perfektion entwickelt – der vorwärtstürende Aufsteiger aus randständigem Milieu hat immer provoziert. Als Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender verweigert er den USA die Gefolgschaft im Irakkrieg, mit seiner Agenda-2010-Reformpolitik riskiert er die Kanzlerschaft, und auch als umtriebiger Wirtschaftsberater und Putin-Freund trotz er aller Kritik. Der »vielfach bewährte Biograph Gregor Schöllgen« (FAZ) hatte uneingeschränkten Zugang zu sämtlichen Papieren Gerhard Schröders und sprach mit vielen Weggefährten – Freunden und Verwandten, Gegnern und Rivalen, Förderern und Neidern, Opfern und Bezwingern –, die sich ungewohnt offen äußerten. Schöllgen gelingt so die erste große und Maßstab setzende Biographie dieser ungewöhnlichen Politikerpersönlichkeit.

Gregor Schöllgen

Gerhard Schröder

Gregor Schöllgen

Gerhard Schröder

DIE BIOGRAPHIE

Deutsche Verlags-Anstalt



Verlagsgruppe Random House FSC® N001967
Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier EOS
liefert Salzer Papier, St. Pölten, Austria.

1. Auflage
Copyright © 2015 Deutsche Verlags-Anstalt, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Alle Rechte vorbehalten
Lektorat und Satz: Ditta Ahmadi, Berlin
Gesetzt aus der Adobe Jensen Pro
Bildbearbeitung: Aigner, Berlin
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN 978-3-421-04653-6

www.dva.de

Inhalt

7	Vorwort
11	Der Aussteiger 1944 – 1966
43	Der Anwalt 1966 – 1980
81	Der Kandidat 1980 – 1990
197	Der Kämpfer 1990 – 1998
383	Der Macher 1998 – 2002
647	Der Reformier 2002 – 2005
869	Der Ratgeber 2005 – 2015
938	Zur Quellenlage
948	Abkürzungen
949	Anmerkungen
1024	Personenregister
1039	Bildnachweis

Vorwort

Es war eine kühne Idee. Gerhard Schröder willigte ein. Und ich nannte meine Bedingungen. Es waren drei: Uneingeschränkter Zugang zu seinen Papieren, die persönlichen eingeschlossen. Ungehinderter Zugang zu allen Zeitzeugen, mit denen ich sprechen wollte. Freier Zugang auch zu jenen amtlichen Dokumenten, die ich nur mit seiner Genehmigung beziehungsweise Unterstützung einsehen konnte – also insbesondere seine Stasi-Akte, die Akten des Kanzleramts oder auch die Protokolle der SPD-Gremien und der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Gerhard Schröder hat das akzeptiert und sich ohne Wenn und Aber an seine Zusage gehalten. Das war nicht selbstverständlich, denn weder er noch ich, noch sonst jemand konnte wissen, was die Recherchen zum Beispiel über die Geschichte seiner Familie, die bislang weitgehend im Dunkeln lag, zu Tage fördern würden. Für seine konsequente und souveräne Einstellung zu dieser abenteuerlichen Reise durch sein Leben, aber auch für zahlreiche Gespräche, die ich im Laufe der Jahre mit ihm führen durfte, bin ich Gerhard Schröder zu großem Dank verpflichtet.

Soweit ich sehe, ist es das erste Mal, dass dem Biographen eines Hauptakteurs der Zeitgeschichte derart zeitnah eine solche Fülle allgemein nicht zugänglicher Unterlagen zur Verfügung stand. Welche ich einsehen konnte, sagen der Bericht zur Quellenlage und der Anmerkungsapparat. Über diesen lassen sich auch Zitate und Belege nachvollziehen. Lediglich im Falle der auf die Außen- und Europapolitik Gerhard Schröders bezogenen Akten des Kanzleramtes, die ich dank einer Zusage der Bundeskanzlerin an ihren Amtsvorgänger einsehen durfte, habe ich, einer Vereinbarung mit dem Kanzleramt entsprechend, auf unmittelbare Bezugnahmen oder Zitate und damit auch auf Nachweise im Anmerkungsapparat verzichtet.

Das Studium der Akten ist eine Sache, die Gespräche mit Zeitzeugen ist eine andere. Sie geben dem Bild Farbe und Konturen. Dass ein so stattlicher Kreis von Weggefährten aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft bereit gewesen ist, mit mir über eine im öffentlichen Leben nach wie

vor sehr präzente Persönlichkeit zu sprechen, war nicht selbstverständlich. Einige haben sich überhaupt erstmals zu Gerhard Schröder geäußert, andere können oder werden es nicht mehr tun. Nicht wenige von denen, die in den vergangenen Jahrzehnten Schröders Wege kreuzten, haben mir zudem weiterführende Hinweise gegeben und mich Einblick in ihre Papiere nehmen lassen. Einige Gesprächspartner haben es mir gestattet, von ihren Informationen Gebrauch zu machen, baten aber darum, nicht namentlich genannt zu werden.

Ausdrücklich für ihre Gesprächsbereitschaft danken darf ich: Béla Anda, Stefan Aust, Egon Bahr, Günter Bannas, Franz Beckenbauer, Kai Diekmann, Erhard Eppler, Joschka Fischer, Günter Grass, Jürgen Großmann, Gregor Gysi, Gunhild Kamp-Schröder, Kurt Kister, Helmut Kohl, Sigrid Krampitz, Oskar Lafontaine, Markus Lüpertz, Angela Merkel, Franz Müntefering, Oskar Negt, Jürgen Peters, Heinrich von Pierer, Ulrike Posche, Wolfgang Schäuble, Rudolf Scharping, Doris Scheibe, Otto Schily, Helmut Schmidt, Renate Schmidt, Thomas Steg, Frank-Walter Steinmeier, Edmund Stoiber, Jürgen Trittin, Hans-Jochen Vogel, Richard von Weizsäcker, Heidemarie Wiczorek-Zeul.

Zu den ungewöhnlich günstigen Rahmenbedingungen für meine Arbeit gehörte, dass Sigrid Krampitz seit nunmehr fast einem Vierteljahrhundert das Büro Gerhard Schröders leitet. Sie und Albrecht Funk, ihr Stellvertreter, haben die Entstehung dieses Buches mit Umsicht und großem Engagement begleitet. Das gilt auch für meine Mitarbeiter an der Erlanger Universität, Matthias Klaus Braun, Dimitrios Gounaris und Claus W. Schäfer, sowie seitens des Verlages für Ditta Ahmadi und Julia Hoffmann. Ihnen allen bin ich sehr dankbar.

Gregor Schöllgen

Erlangen, im Frühjahr 2015

Der Aussteiger

1944 – 1966

»Ich wollte raus da.« Als er das im Rückblick auf seine jungen Jahre sagt, geht Gerhard Schröder auf die fünfzig zu.¹ Inzwischen hat er mehr erreicht, als man zu träumen wagt, wenn man von ganz unten kommt. Und Schröder kommt von ganz unten. Kaum ein anderer hat so früh so tief geblickt wie er. Schon gar kein zweiter Bundeskanzler kommt aus derart schwierigen Verhältnissen. Dass er als Kriegskind ohne leiblichen Vater aufwächst, dass er in ganz und gar unübersichtlichen familiären Verhältnissen groß wird und dass er lernen muss, sich in einem sozial randständigen Umfeld zu behaupten, gibt diesem Leben früh seine Prägung.

Als Gerhard Fritz Kurt Schröder am 7. April 1944, einem Karfreitag, im Lippeschen geboren wird, steht das Deutsche Reich vor dem Zusammenbruch. Aus dem knapp fünf Jahre zuvor begonnenen Eroberungsfeldzug ist eine Abwehrschlacht geworden. Am 20. August erreichen die Spitzen der alliierten Streitkräfte die Seine beiderseits Paris. Am selben Tag eröffnen die 2. und 3. Ukrainische Front in Nordostrumänien den Großangriff auf die 6. deutsche Armee, in der Gerhard Schröders Vater kämpft. Die Verluste sind gewaltig. Im Herbst 1944 kommen bis zu 5000 deutsche Soldaten ums Leben. Tag für Tag, die meisten im Osten.

Einer von ihnen ist Fritz Schröder. Gerhard Schröders Vater fällt am 4. Oktober 1944 auf einer Höhe beim rumänischen Pustasan, etwa 30 Kilometer südöstlich von Klausenburg.² Er wird auf dem Friedhof von Ceanu Mare beigesetzt. Das Grab wird 1978 entdeckt. Im Frühjahr 2001 erhält die Familie davon Kenntnis. Bei dieser Gelegenheit sieht Gerhard Schröder auch erstmals ein Foto seines Vaters. Es zeigt Fritz Schröder als Soldaten der Wehrmacht und findet seinen Platz auf dem Schreibtisch im Kanzleramt. Im August 2004, 60 Jahre nach dem Tod des Vaters, steht Gerhard Schröder erstmals an dessen Grab.

Weitere sieben Jahre gehen ins Land, bis er schließlich die Dokumente sichten kann, die aus dessen Dienstzeit bei der Wehrmacht erhalten geblieben

sind.³ Darunter befinden sich neben dem Wehrstammbuch und dem Soldbuch Fritz Schröders unter anderem das einzige bis dahin bekannte Foto, das den Vater als Zivilisten zeigt, außerdem ein Auszug aus dessen Strafregister, ein von der Ehefrau Erika Schröder unterzeichnetes, aber – da diese nur mühsam schreibt – von Klara Schröder, Gerhard Schröders Großmutter, handschriftlich aufgesetztes Dokument sowie die Geburtsurkunde des Sohnes Gerhard Schröder, den Fritz Schröder nie gesehen hat.

Gesichert zurückverfolgen, wenn auch nicht im Einzelnen erhellen, lässt sich die Familiengeschichte der Schröders bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. August Schröder, Gerhard Schröders Ururgroßvater, ist Winzer im Ramdohrschen Weinberg, angestellt beim Kaufmann August Ramdohr, Inhaber des gleichnamigen Bankhauses. Die Gegend ist wegen des Weinbaus an der klimatisch begünstigten Mündung der Unstrut in die Saale auch überregional bekannt, und offenbar haben die Schröders über Generationen hinweg dort ihren Lebensunterhalt als Winzer verdient. Am 2. März 1856 kommt August Schröders viertes Kind, Gerhard Schröders Urgroßvater *Franz* August Schröder, in Naumburg an der Saale zur Welt, wird dort auch drei Wochen später evangelisch getauft.⁴

Warum Franz Schröder beruflich andere Wege geht als sein Vater, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls erlernt er den Beruf des Zimmermanns, heiratet Ende Juli 1879, als er 23 ist, im benachbarten Großjena und kehrt mit seiner Frau Pauline Emma zwei Tage später in seine Geburtsstadt Naumburg zurück. Dort wird am 18. November 1879, also nicht einmal vier Monate nach der Hochzeit, der erste gemeinsame Sohn geboren, dem drei weitere Söhne und zwei Töchter folgen, von denen eine zweijährig verstirbt. *Emil* Hermann Schröder, der Großvater Gerhard Schröders, erblickt am 2. November 1887 das Licht der Welt und zieht im Alter von fast zwei Jahren mit der Familie nach Leipzig.⁵ Die Stadt, die seit Ende der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts eine rasante Entwicklung nimmt, wird in der Geschichte der Familie Schröder eine fassbare Rolle spielen.

Viel wissen wir über die frühen Jahre von Gerhard Schröders Großvater nicht. Aber einiges spricht dafür, dass Emil Schröder keine höhere Schulbildung genossen, sondern nach der Volksschule eine handwerkliche Ausbildung absolviert hat. Seine Spur findet sich 1906 wieder, als er sich für einige Jahre in unterschiedlichen Berufen, zum Beispiel als Kutscher und Fabrikarbeiter, durchschlägt, zeitweilig auch auf Wanderschaft unter anderem in der Pfalz zu finden ist. Sicher ist, dass Emil Schröder im Oktober 1909, also kurz vor Vollendung seines 22. Lebensjahres, in die Georg-Schumann-Kaserne in

Leipzig-Möckern zum zweijährigen Wehrdienst einrückt und fortan im königlich-sächsischen 7. Infanterieregiment »König Georg« (Nr. 106) seinen Dienst tut.⁶

Am 17. Februar 1912 heiratet Emil Schröder »Klara« Marie Auguste Werner, die am 16. Oktober 1890 in Leipzig zur Welt gekommen ist. Das ist die später in der Familie legendäre »Oma Schröder«, die auch den aufwachsenden Enkel Gerhard mit betreuen wird. Aus der Ehe gehen drei Kinder hervor: Sieben Monate nach der Hochzeit wird am 12. September 1912 *Fritz* Werner Schröder, Gerhards Vater, geboren, am 6. August 1913 folgt Charlotte Elsa, die nach wenigen Monaten verstirbt, und am 5. August 1914 *Emil* Kurt Schröder,⁷ Gerhard Schröders Onkel und Vater dreier Töchter, von denen er erst als Bundeskanzler erfährt. Viel sieht der Großvater Emil Schröder nicht von seinen beiden Söhnen, denn im Sommer 1914 wird er zu den Waffen gerufen.

Der europäische Krieg, der im August 1914 mit den deutschen Kriegserklärungen an Russland und Frankreich beginnt, wird nicht nur das Gesicht Deutschlands, Europas und der Welt nachhaltig verändern, sondern auch in den meisten Familien, die der Schröders eingeschlossen, mehr oder weniger gravierende Folgen zeitigen. Dass sich aus einem nur regional bedeutsamen Zwischenfall – der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers in Sarajevo – ein Konflikt dieser Dimension entwickeln konnte, hatte vielfältige Gründe. Heute wissen wir, dass die Großmacht Deutsches Reich und das Gleichgewicht der Kräfte in Europa nicht miteinander vereinbar gewesen sind und dass darin die entscheidende Ursache für den Ausbruch dieser Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts zu sehen ist.

Das Deutsche Reich war 1871 aus der Taufe gehoben worden. Politisch geschickt und militärisch entschlossen hatte Preußen die Machtverschiebungen infolge des Krimkrieges genutzt, um in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts die nationalstaatliche Einheit Deutschlands herbeizuführen. Die Regie hatte Otto von Bismarck geführt, der dann auch als erster Kanzler die Geschicke des Reiches leitete. Mit ihm haben sich sämtliche Nachfolger auseinandersetzen müssen. Die Reichskanzler bis 1945, weil sie auf die eine oder andere Weise an ihm gemessen wurden, und die Bundeskanzler seit 1949, weil Bismarcks Schöpfung, wenn auch in den Grenzen der Zwischenkriegszeit, so lange ein Bezugspunkt ihres außenpolitischen Denkens blieb, wie das Grundgesetz ihnen die Vollendung der Einheit Deutschlands auftrug.

Wenn sich die Kanzler der Bundesrepublik Deutschland auch nicht als Nachfolger Bismarcks sehen mochten, hat er sie doch allesamt beschäftigt.

Selbst die drei Sozialdemokraten unter ihnen. Willy Brandt und Helmut Schmidt haben stets einen »wachen Sinn für Bismarcks Leistung« gehabt⁸ und gelegentlich die Außenpolitik des ersten Reichskanzlers als »genial« gepriesen. Auch Gerhard Schröder, von dem man das vielleicht am wenigsten erwarten würde, kannte nie Berührungsängste, im Gegenteil: In seinem Hannoveraner Büro hängt – gleich neben der Fotoporträtgalerie der Kanzler von Adenauer bis Schröder – ein großformatiges Bismarck-Porträt Franz Lenbachs. Es zeugt von dem unverkrampften Respekt, den der vorerst letzte sozialdemokratische Bundeskanzler für den »aufgeklärte[n] Pragmatismus« des ersten Reichskanzlers – »eine vorbildliche Figur« – empfindet, wie er 2015 anlässlich Bismarcks 200. Geburtstag in einem großen Gespräch mit dem *Spiegel* bekannte.⁹ In diesem Sinne hat Hans-Peter Schwarz, der Biograph Konrad Adenauers und Helmut Kohls, Gerhard Schröder jüngst als eine »fast Bismarcksche Figur« charakterisiert: »ein herrlich ungebremster Machtpolitiker, wie sie in Deutschland eigentlich wenig kommen«.¹⁰

Mehr als mit Bismarck selbst hatten sich sämtliche Bundeskanzler allerdings mit den mittelbaren Folgen seiner Schöpfung auseinandersetzen. Denn innerhalb von 30 Jahren hatte das Deutsche Reich Europa zwei Mal mit einem verheerenden Krieg überzogen. Wer weiß, was der Welt erspart geblieben wäre, hätten die Kriegsgegner Deutschlands schon 1918, also am Ende des Ersten Weltkriegs, die Konsequenz aus der Erkenntnis gezogen, dass dieses Deutsche Reich sich nicht mit dem Gleichgewicht der Kräfte in Europa vertrag. Nachdem sie dies 1945 getan hatten, war Deutschland ein besetztes, später geteiltes und bis zum Zusammenbruch der alten Weltordnung nicht vollständig souveränes Land. Die Geschichte des geteilten Deutschlands, die Vereinigung der beiden Staaten westlich von Oder und Neiße sowie die neue Rolle des wieder völlig souveränen Deutschlands in der Weltpolitik formen auch die politische Biographie Gerhard Schröders. Er wird der Bundeskanzler sein, der dieser neuen Rolle Rechnung trägt.

Gerhard Schröders Großvater Emil rückt bei Ausbruch des Krieges in die 11. Kompanie des 3. Bataillons seines alten Regiments ein, kommt sowohl an der West- als auch an der Ostfront zum Einsatz und kehrt schließlich – im Wesentlichen unversehrt, zudem »gründlich entlaust und gereinigt«¹¹ – in die Heimat zurück. Dort erwartet ihn eine böse Überraschung. Denn in Leipzig findet Emil Schröder nicht nur seine Frau Klara mit dem Arbeiter Arno M., sondern auch deren gemeinsame Tochter Klara Hildegard vor, die am 2. Juni 1917 geboren worden ist. Nach den Gründen für diese Liaison zu forschen, erübrigt sich. Unsere Quellen geben sie nicht preis. Bekanntlich hat der auf

wenige Monate geplante, schließlich mehr als vierjährige Krieg mit all seinen Unwägbarkeiten und Entbehrungen nicht nur in der Familie Schröder zu solchen Vorkommnissen geführt.

Sicher ist jedenfalls, dass die Ehe zwischen den Großeltern Gerhard Schröders väterlicherseits am 26. Juli 1923 wegen »Ehebruchs« der Ehefrau Klara Schröder, geborene Werner, geschieden wird, dass Gerhard Schröders Großvater Emil Schröder am 20. Mai 1925 erneut heiratet und dass er bis zu seinem Lebensende am 29. Mai 1946 in Leipzig wohnt.¹² Gesichert ist auch, dass Gerhard Schröders Großmutter Klara, geschiedene Schröder, am 18. Februar 1935 Paul Vosseler heiratet.¹³ Sicher ist schließlich, dass Fritz Schröder, der älteste Sohn von Emil und Klara und Vater von Gerhard Schröder, in wenig geordneten Verhältnissen aufwächst.

Seine Spur verliert sich mit der Geburt. Wir wissen daher nicht, ob Fritz Schröder nach der Trennung der Eltern beim Vater oder bei der Mutter aufwächst oder aber, was unter solchen Umständen nicht ungewöhnlich wäre, bei Zieheltern oder in Heimen unterkommt. Auch über seine Schul- und seine sonstige Ausbildung, so er eine solche genossen hat, sind keine zuverlässigen Auskünfte möglich. Aktenkundig wird Fritz Schröder erst wieder am 9. März 1934, als ihn das Amtsgericht Neustettin wegen schweren Diebstahls zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Was den Einundzwanzigjährigen auf die schiefe Bahn gebracht hat, geben die Akten nicht preis. Auch wissen wir nicht, warum er bereits am 16. Juni 1934 vorzeitig entlassen wird. Vielleicht ist ihm eine Untersuchungshaft angerechnet worden.

Kaum auf freiem Fuß, verwischt sich seine Spur erneut. Aus einem Gespräch, das seine spätere Frau Erika, Gerhard Schröders Mutter, in hohem Alter geführt hat, ist zu schließen, dass Fritz Schröder seinen Lebensunterhalt in dieser Zeit als »Knecht« beziehungsweise »Gelegenheitsarbeiter« verdient – sofern er denn Arbeit findet. Mal zieht er »als Hilfskraft mit einer Kirmes umher«, zwischenzeitlich arbeitet er auch bei einem Deichgrafen an der Elbe, in der Regel aber findet man Fritz Schröder »auf dem Feld ... und in den Ställen«. Der Hinweis seiner Frau, dass er »besonders gut mit Pferden umgehen« kann, ist aufschlussreich, weil es seine spätere Verwendung in der Wehrmacht erklärt.¹⁴

In dieser Zeit taucht er auch wieder in den Akten auf, und zwar neuerlich in denen der Polizei und der Justiz. Am 20. März 1939 verurteilt das Landgericht Magdeburg Fritz Schröder wegen »gemeinsch[aftlichen] schweren Diebstahls« zu neun Monaten Gefängnis.¹⁵ Der »Landarbeiter« Fritz Schröder, »ohne Wohnung«, ist am Sonnabend, dem 8. Oktober 1938, mit dem Maler Gottfried B. gegen 9.30 Uhr in die »Bodenkammer« eines Fleischermeisters in

hat, da er sie gemeinsam in Leipzig vermutet. Tatsächlich lebt seine Mutter inzwischen mit ihrem zweiten Mann in der Nähe von Detmold. Während der Gefängnishaft muss Fritz Schröder ihre Anschrift ermittelt haben. Vielleicht hat sich auch seine spätere Frau, Gerhard Schröders Mutter, darum gekümmert, die in hohem Alter erzählt, dass sie und ihr späterer Mann Fritz Schröder dessen Mutter »suchen« ließen. Offenbar mit Erfolg. Jedenfalls zieht Fritz Schröder am 22. Juli 1939, dem Tag seiner Haftentlassung, von der Halberstädter Straße 8a, die bis heute die Anschrift des Magdeburger Landgerichts ist, nach Detmold, und zwar in die »Bruchmauerstraße 10 Voßler«.¹⁷ Damit beginnt eine ungewöhnlich verwickelte, teils atemberaubende, teils bedrückende Geschichte. Sie lässt sich nicht mehr in allen Einzelheiten erhellen, sicher aber ist: Sie ist auch die Geschichte des Gerhard Schröder.

Fritz Schröder wohnt seit seiner Entlassung aus der Magdeburger Haft bei seiner Mutter Klara und deren vermutlich zweitem Ehemann, Fritz Schröders Stiefvater: August »Paul« Vosseler ist am 18. August 1906 in Niederwenigern, einer Ortschaft unweit von Hattingen im Ruhrgebiet, als Sohn des Bergmannes August Vosseler und seiner Frau Auguste, geborene Siepermann, zur Welt gekommen.¹⁸ Paul Vosseler ist Melker. Unter welchen Umständen er seine spätere Frau Klara kennengelernt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Gesichert ist, dass die beiden am 18. Februar 1935 in Dortmund heiraten und sich zwei Tage später in Detmold anmelden.

Dort lässt sich Klara Vosseler, geborene Werner, geschiedene Schröder, nach mehrfachen Wohnungswechseln innerhalb und außerhalb der Stadtmauern¹⁹ am 15. Oktober 1938 in besagter Bruchmauerstraße nieder – und ruft eine schließlich fünfköpfige Wohngemeinschaft ins Leben. Als letzter Mitbewohner zieht Anfang September 1939, also ein knappes Jahr nach seiner Frau, Paul Vosseler ein. Zumindest ist er seither dort gemeldet. Kurz zuvor ist sein Ende Juli aus der Haft entlassener Stiefsohn Fritz Schröder hier untergekommen, der wiederum Erika Lauterbach gefolgt ist, die im Juni mit ihrer gerade geborenen Tochter in der Bruchmauerstraße Quartier genommen hat.²⁰

Gunhild *Erika* Lauterbach, die Mutter Gerhard Schröders, hat am 2. Oktober 1913 in Burgstall, einer Gemeinde etwa 30 Kilometer nördlich von Magdeburg, das Licht der Welt erblickt. Sie wird als Tochter der zweiundzwanzigjährigen Näherin Martha Lauterbach »außerehelich« geboren. Das ist in dieser Zeit nicht ungewöhnlich. Etwa 10 Prozent der vor dem Ersten Weltkrieg Geborenen sind uneheliche Kinder. So auch Willy Brandt. Der Vogänger Gerhard Schröders in den Ämtern des Bundeskanzlers und SPD-Vorsitzenden wird wenige Wochen nach Erika Lauterbach als Herbert Frahm in Lübeck geboren.

Viele dieser Geburten gelten als »vorehelich« und werden später durch Heirat legitimiert.

Wer ihr leiblicher Vater gewesen ist, hat Erika Lauterbach nie in Erfahrung gebracht. Folglich hat auch Gerhard Schröder bis ins fortgeschrittene Alter nicht wissen können, wer sein Großvater mütterlicherseits gewesen ist: Karl Otto Heinrich Krauß ist am 21. Februar 1877 als Sohn des Apothekers Otto Wilhelm Krauß und seiner Frau Mathilde, geborene Mössner, in Mosbach, an den südlichen Ausläufern des Odenwaldes gelegen, zur Welt gekommen. Anders als die Familie der Schröders beziehungsweise Vossellers, in welche seine Tochter Erika einheiratet wird, entstammt Otto Krauß den privilegiierteren Schichten in Deutschland. Der gymnasialen Ausbildung an verschiedenen Anstalten in Heidelberg, Bad Godesberg und Wertheim am Main folgt nach dem Abitur ein Studium der Humanmedizin in Freiburg und Erlangen, wo Otto Krauß die Vorprüfung ablegt. Nach Ableistung des ersten Militärhalbjahres im 6. (badischen) Feldartillerie-Regiment (Nr. 116), führt er sein Studium in Berlin und München fort und besteht dort 1904 die ärztliche Prüfung. Im selben Jahr erscheint seine Doktorarbeit zum Thema »Über einen Fall von Paralysis agitans traumatica«. ²¹

Hernach verliert sich seine Spur immer wieder einmal. Dass sie dann in den Militärakten auftaucht, spricht für eine Karriere als Militärarzt. So wird Dr. Otto Krauß am 19./20. Juni 1912 patentiert, also zum Offizier befördert, ²² danach ist er in Halberstadt als »Stabsarzt« gemeldet. ²³ Hier lernt er die Näherin Martha Lauterbach kennen, von der wir nicht viel mehr wissen, als dass der Vater Schneidergeselle gewesen ist. Am 2. Oktober 1913 bringt Martha Lauterbach ihre Tochter Erika, Gerhard Schröders Mutter, zur Welt. ²⁴ Otto Krauß wendet sich unterdessen anderen Horizonten zu, meldet sich wenige Tage später in Offenburg an und tut fortan als Hauptmann und Stabsarzt im Infanterie-Regiment 170 seinen Dienst. Mit diesem zieht er am 6. August 1914 ins Feld, kommt an verschiedenen Schauplätzen und in wechselnden Einheiten zum Einsatz, bis er am 6. Februar 1917 durch die Generalmusterungskommission als nicht mehr kriegs-, sondern nur noch garnisonsverwendungsfähig eingestuft wird. ²⁵ Seit Mitte Juli 1914 ist Dr. Otto Krauß verheiratet, lebt mit seiner Frau Karola zunächst in Heidelberg und zieht 1923 nach Karlsruhe, wo er am 26. Januar 1947 gestorben ist. ²⁶

Ob er seine uneheliche Tochter Erika Lauterbach, Gerhard Schröders Mutter, jemals gesehen beziehungsweise wiedergesehen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Sie selbst hat zeitlebens nicht gewusst, wer ihr Vater war, aber angenommen, dass er »Oberstabsarzt« in Karlsruhe gewesen sei. Sicher ist, dass sie von einer Vormundin, der »Ehefrau« Anna Wiescheropp,

geborene Ahsmus, großgezogen wird. Mit dieser schließt Otto Krauß am 29. Juni 1917, also gut dreieinhalb Jahre nach der Geburt seiner Tochter Erika Lauterbach, einen »Abfindungsvertrag«. Der sieht zum »Ausgleich der gesetzlichen Unterhaltsansprüche des Kindes für die Vergangenheit und Zukunft« die Zahlung einer »einmaligen Abfindungssumme von 3000 Mark« vor. Das dürfte etwa dreieinhalb Jahresgehältern entsprochen haben. Im Gegenzug verzichtet die Vormundin auf alle weiteren Ansprüche ihres Mündels Erika Lauterbach.²⁷

Warum Gerhard Schröders Mutter von einer Vormundin großgezogen wurde und was aus ihrer Mutter Martha, Gerhard Schröders leiblicher Großmutter mütterlicherseits, geworden ist, wird wohl für immer ungeklärt bleiben. Als Erika Lauterbach 1939 Fritz Schröder heiratet, sind ihr weder der Aufenthalts- noch der Geburtsort ihrer leiblichen Mutter bekannt, und daran hat sich zeitlebens nichts geändert. Dass sie unehelich geboren worden ist, weiß Erika Lauterbach hingegen, seit sie zwölf ist.

An ihrem Lebensabend hat sie erzählt, dass sie »eine harmonische Kindheit gehabt« habe und die Pflegeeltern »sehr nett, sehr lieb« gewesen seien. Die beiden haben bereits einen Sohn und eine Tochter, und bei dieser wiederum wächst Erika Lauterbach auf, nachdem ihre Pflegemutter an einer Blutvergiftung gestorben ist. Als sie vierzehn ist, geht sie auf dem Gut Urslehn, auf dem auch die Pflegeeltern gearbeitet haben, »in Stellung« und verdingt sich – für 50 Pfennige bei freier Unterkunft und Verpflegung – als Hausgehilfin. Mit sechzehn kommt sie »als Magd auf einen Bauernhof«. Dort bleibt Erika Lauterbach, bis sie 1936 den Gelegenheitsarbeiter Fritz Schröder kennenlernt.

Fortan leben die beiden zusammen, ohne dass sich nennenswerte Spuren von ihnen finden lassen. Fritz Schröder wird erst wieder aktenkundig, als er Anfang Oktober 1938 erneut einen Einbruch begeht und ins Gefängnis gesteckt wird. Während er in Magdeburg einsitzt, ist auch Erika Lauterbach dort gemeldet.²⁸ Die Gefängnishaft ihres künftigen Mannes hat sie, soweit wir wissen, später nie erwähnt, auch nicht gegenüber den gemeinsamen Kindern Gunhild und Gerhard Schröder. Gunhild wird am 3. April 1939 in Magdeburg geboren. Anfang Juni 1939 ziehen Mutter und Tochter, wie berichtet, nach Detmold²⁹ und kommen dort in der Bruchmauerstraße 10 bei Fritz Schröders Mutter Klara Vosseler unter. Nach seiner Haftentlassung folgt ihnen Fritz Schröder. Am 27. Oktober 1939 heiraten Fritz Schröder und Erika Lauterbach in Detmold. Damit ist auch der Weg frei, um der gemeinsamen Tochter mit Beschluss des Amtsgerichts Magdeburg am 14. November 1939 die »Rechtsstellung eines ehelichen Kindes« zu verschaffen.³⁰

Zu diesem Zeitpunkt wohnt die junge Familie schon nicht mehr in Detmold. Unmittelbar nach der Hochzeit haben sich Fritz, Erika und Gunhild Schröder nach Horn abgemeldet, das etwa 25 Kilometer nordöstlich von Paderborn liegt. Mit ihnen ziehen Klara und Paul Vosseler, also die Mutter und der Stiefvater Fritz Schröders, dorthin um. Die fünf bleiben auch zusammen, als wenig später der nächste Umzug nach Wiembeek ansteht.³¹ Was Fritz Schröder und die Seinen bewogen hat, die Wohnung beinahe im Monatsrhythmus zu wechseln, lässt sich nicht mehr feststellen. Für konsolidierte Verhältnisse spricht das jedenfalls nicht, und von einem nennenswerten Hausrat dürfte auch keine Rede sein. Zumal es in den kommenden Jahren dabei bleibt.

Die Hochzeit von Fritz und Erika Schröder, den leiblichen Eltern von Gerhard Schröder, und der Umzug der Familie nach Horn liegen bereits im Schatten von Ereignissen, die auch diese Familie schwer in Mitleidenschaft ziehen werden. Denn inzwischen hat das Deutsche Reich, geführt von Adolf Hitler, den europäischen Krieg eröffnet. Zu den vielen Faktoren, die dem Mann auf seinem Weg zur Macht geholfen haben, zählen die ihm günstigen äußeren Umstände und dass er unterschätzt wird. Das Reich ist nach Niederlage und Revolution, demütigendem Friedensvertrag und schlimmer Inflation seit 1923 gerade wieder auf die Beine gekommen, hat wirtschaftlich an Substanz und international an Reputation gewonnen, als die Folgen der Weltwirtschaftskrise Deutschland und die Deutschen seit 1930 erneut in die Knie zwingen. Diese äußeren Umstände spielen Adolf Hitler und seiner Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu.

Als der »Führer« dieser Partei am 30. Januar 1933 durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wird, glauben die Strippenzieher im Hintergrund, dass man sich seiner entledigen könne, sobald er seinen Zweck erfüllt habe. Bekanntlich ist das eine verheerende Fehleinschätzung. Denn Hitler ist entschlossen, die Macht nicht mehr aus der Hand zu geben und sein eigentliches Ziel baldmöglichst in Angriff zu nehmen: Alles, was er seit Ende Januar 1933 unternimmt, dient unmittelbar oder indirekt der Vorbereitung eines Eroberungs-, Beute- und Vernichtungsfeldzuges, mit dem insbesondere die Völker Ostmittel- und Osteuropas überzogen und das europäische Judentum ausgelöscht werden sollen.

Um diesen Krieg führen zu können, bedarf es neben der Konzentration aller wirtschaftlichen Energien und Ressourcen der politischen und strategischen Vorbereitung. Anfang Februar 1938 ist Hitlers Herrschaft im Innern so weit gefestigt, dass er sie forcieren kann. Anknüpfend an die vollendeten Tat-

sachen, die schon 1935/36 mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Wiederbesetzung der entmilitarisierten Zonen des Rheinlandes geschaffen worden sind, marschieren am 12. März 1938 deutsche Truppen in Österreich ein, das am Tag darauf per Gesetz an das Deutsche Reich angeschlossen wird, und schon am 1. Oktober 1938 beginnt die Wehrmacht mit dem Einmarsch in die sudetendeutschen Gebiete der Tschechoslowakei.

Riskant ist das nicht, denn zwei Tage zuvor haben die Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und Italiens dem deutschen Diktator auf einer eilig nach München einberufenen Konferenz grünes Licht für diesen Schritt gegeben. Erst als Hitler entgegen allen Beteuerungen Mitte März 1939 die Wehrmacht in Prag einrücken lässt, zeigt der Westen Reaktionen. Am 31. März 1939 garantieren Großbritannien und Frankreich die Unabhängigkeit Polens, das offenkundig als Nächstes auf Hitlers Liste steht. Der hat dieses Mal einen Partner: Am 23. August 1939 einigen sich die Außenminister der Sowjetunion und Deutschlands im Auftrag Josef Stalins und Adolf Hitlers pragmatisch auf ein gegenseitiges Stillhalten und – in einem geheimen Zusatz – auf eine Aufteilung unter anderem der baltischen Staaten und eben Polens. Acht Tage später, im Morgengrauen des 1. September 1939, beginnt der deutsche Überfall auf den polnischen Nachbarn.

Der Krieg hat von Anfang an europäische Dimensionen. Nachdem Polen bereits Ende September 1939 unter dem konzentrierten Angriff zunächst der deutschen, dann auch der sowjetischen Armeen zusammengebrochen ist, führt der deutsche Überfall auf Dänemark und Norwegen, dann auf Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Frankreich Hitler im Frühjahr innerhalb weniger Wochen ans Ziel: Am 22. Juni 1940 streckt auch die französische Armee die Waffen. Seither sind der Norden und Westen Europas – von der entscheidenden Ausnahme Großbritanniens abgesehen – unter deutscher Kontrolle, und vor diesem Hintergrund beginnt nach einem weiteren sogenannten Blitzfeldzug gegen Jugoslawien und Griechenland in den Morgenstunden des 22. Juni 1941 der deutsche Angriff auf die Sowjetunion.

1940/41 ist das Deutsche Reich auf den großen Krieg vorbereitet wie zu diesem Zeitpunkt kaum ein zweites Land auf der Welt. Bis zur Eröffnung des Polenfeldzuges hat die Regierung rund 45 Milliarden Reichsmark in die Rüstung gepumpt und die Wehrmacht in Stand gesetzt, einen europäischen Krieg führen zu können. Dazu gehören die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht sowie die Musterung und Mobilisierung selbst älterer Jahrgänge.

Auch die Ehemänner von Klara Vosseler und Erika Schröder können sich dem nicht entziehen. Beide haben im Übrigen mit dem Nationalsozialismus

nichts im Sinn, sind auch nicht Mitglieder der Partei. Der zweiunddreißigjährige Paul Vosseler wird am 18. April 1939 vom Wehrbezirkskommando Detmold gemustert, aber, obgleich tauglich, zunächst nicht einberufen.³² Sein zu diesem Zeitpunkt siebenundzwanzigjähriger Stiefsohn Fritz Schröder wird am 10. November 1939 gemustert und als »kriegsverwendungsfähig« der »Ersatz-Reserve I« zugeteilt. Die Musterung ist eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen Gerhard Schröders Vater in den Akten seine Spuren hinterlassen hat. In diesem Falle gibt der »Arbeiter« als Vorbildung die »Volksschule« und als Befähigungsnachweis »Radfahren« an. Offenbar hat er auch wieder Kontakt zu seinem Vater, Gerhard Schröders Großvater väterlicherseits. Jedenfalls weiß er, dass und wo Emil Schröder in Leipzig wohnt.

Am 29. März 1940 wird Fritz Schröder ausgehoben,³³ am 1. April zur 3. Schwadron der Fahr-Ersatzabteilung 6 eingezogen und am 28. April auf den »Führer und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht – Adolf Hitler« vereidigt. Seine Verwendungen in den kommenden viereinhalb Jahren lassen sich mehr oder weniger lückenlos rekonstruieren, sind hier aber im Einzelnen nicht von Belang. Weil seine Frau im Rückblick auf ihr Leben berichtet hat, dass Fritz Schröder »besonders gut mit Pferden umgehen« konnte, wissen wir jedenfalls, warum dieser unter anderem in einem Pferdelaazarett Dienst getan hat und nicht nur am »Karabiner 98 k«, sondern auch als »Reiter« und »Fahrer vom Sattel« ausgebildet worden ist. Das klingt anachronistisch; tatsächlich kommen aber bei der Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges fast 3 Millionen Pferde zum Einsatz.

Offensichtlich bewährt sich Fritz Schröder, wird am 1. Februar 1942 zum Gefreiten, am 1. Januar 1944 zum Obergefreiten befördert und nimmt im Oktober 1942 an einem fast vierwöchigen Unteroffiziersanwärterlehrgang teil. Zunächst vor allem in Belgien eingesetzt, wird er im Dezember 1942 mit der 306. Infanteriedivision zum »Osteinsatz« abkommandiert. Am 20. August 1944 beginnt in Bessarabien die Großoffensive der 2. und 3. Ukrainischen Front gegen die rumänischen und deutschen Einheiten. Die Infanteriedivision ist im Zentrum des Sturms und verliert bereits am ersten Tag die Hälfte ihrer Soldaten. Schröder gehört der »Kampfgruppe Winkler« im »Alarmbataillon Witzel« an, als er am 4. Oktober 1944 fällt.³⁴

Zuletzt hatte der Gefreite Fritz Schröder im Juli 1943 zwanzig Tage »Erholungsurlaub« in der Heimat plus vier Reisetage erhalten. Er verbringt sie in Mossenberg, Kreis Detmold, bei seiner Frau Erika Schröder, geborene Lauterbach, seiner Tochter Gunhild, seiner Mutter Klara Vosseler sowie deren zweitem Ehemann Paul Vosseler.

in den sich anschließenden Monaten mal in einer Munitionsfabrik, mal beim Bauern, mal im Haushalt anderer Leute und sorgt so für den Lebensunterhalt ihrer Kinder Gunhild und Gerhard Schröder, ihrer Schwiegermutter Klara Vosseler und deren Mann Paul Vosseler.

Zwei Jahre nach dem Tod Fritz Schröders heiratet die Kriegerwitwe Erika Schröder den Ehemann ihrer Schwiegermutter.³⁸ Die Ehe zwischen diesen beiden – Paul Vosseler und Klara Vosseler, geschiedene Emil Schröder – muss also inzwischen aufgehoben worden sein. Mit anderen Worten heißt das: Paul Vosseler ist zunächst mit Klara, danach mit deren Schwiegertochter Erika verheiratet. Eine abenteuerliche Konstellation, in die Gerhard Schröder da hineinwächst, zumal die vormalige Frau seines Stiefvaters, Klara Vosseler, nach wie vor als »Oma Schröder« präsent ist.

Für die Kinder sogar sehr präsent, weil sich die Großmutter um diese kümmert, während die Mutter der schließlich fünf Kinder nach wie vor und im Wesentlichen alleine für den Lebensunterhalt der wachsenden Familie sorgt. Zu Gunhild und Gerhard Schröder, den Kindern von Fritz und Erika Schröder, gesellen sich nämlich bis 1954 drei Halbgeschwister hinzu. Am 5. April 1947 wird Lothar Vosseler, der Älteste von Paul und Erika Vosseler, verwitwete Fritz Schröder, geboren, am 21. März 1950 folgen Heiderose und am 22. Dezember 1954 Ilse Vosseler.

»Oma Schröder« war »unverzichtbar«, erinnert sich Gunhild, das älteste der fünf Geschwister, auch nachdem diese ihren Ehemann an ihre Schwiegertochter abgetreten hatte. Sie war »einfach immer da«. Die ständige Präsenz der Großmutter erklärt im Übrigen auch, warum ihre Enkel, Gerhard Schröder eingeschlossen, anfänglich mit sächsischem Zungenschlag sprechen. Zum Glück verstehen sich die beiden Frauen nach wie vor gut, was auch an ihren unterschiedlichen Temperamenten gelegen haben dürfte: »Mama war nicht so hitzig wie Oma.«³⁹ 1960, als sie siebzig ist, stürzt die Großmutter und erleidet einen Schädelbruch, verlässt aber gegen die Weisung der Ärzte die Klinik, um zu Hause anzupacken. 1987 stirbt Klara Vosseler, Gerhard Schröders Großmutter väterlicherseits, siebenundneunzigjährig in einem Heim in Lemgo.

Schwer zu sagen, was die Witwe Erika Schröder bewogen hat, den Mann ihrer im selben Haushalt lebenden Schwiegermutter zu heiraten. Sollte es die Hoffnung auf einen gesicherten Lebensunterhalt gewesen sein, wird sie enttäuscht. Ihr zweiter Mann geht fremd, leidet an Tuberkulose, ist daher bald mehr oder weniger arbeitsunfähig und verbringt seit 1954 die meiste Zeit in einem Sanatorium in Lemgo. Am 30. Mai 1966 stirbt Paul Vosseler kurz vor Vollendung seines sechzigsten Lebensjahres.

Gerhard Schröder und seiner älteren Schwester ist er als fürsorglicher Stiefvater in Erinnerung geblieben. Zwar wurde er bisweilen laut, aber Paul Vosseler schlug die Kinder nicht. Gunhild weiß zu berichten, dass er gut singen und Zither spielen konnte, auch gelegentlich auf diesem Instrument Unterricht gab,⁴⁰ und ihr Bruder erinnert sich an den Stiefvater als durchaus »klugen und politischen Menschen«. Dass er im Radio die Sendungen des Berliner Kabarets »Die Stachelschweine« hörte, hat sich dem Jungen eingeprägt.⁴¹

Seit Kriegsende lebt die rasch größer werdende Familie in Wülfer-Bexten, Kreis Lemgo, wie die Gemeinde seit dem Zusammenschluss der Meierei Bexten mit der Gemeinde Wülfen im Frühjahr 1920 heißt. Vieles gibt es dort nicht zu erkunden, schon gar nichts Aufregendes. Von dem reichen Bextener Amtsmeierhof ist nichts mehr übrig geblieben, seit ein Brand 1731 das innere Gutsgebäude vernichtet hat. Lediglich die alte Tanzlinde lockt gelegentlich die Kinder und Jugendlichen der beiden Ortschaften, manchmal sogar einen neugierigen Besucher von außen an. Mit ihrem stolzen Alter von rund 600 Jahren und einem Umfang von stattlichen acht Metern zählt sie zu den ältesten Bäumen im Lipperland. Wenn Gerhard Schröder in späteren Jahren einmal nach Bexten kommt, führt kaum ein Weg an einem Foto mit Einheimischen und Linde vorbei.

Zunächst lebt Erika Schröder mit ihren beiden ältesten Kindern in einem Behelfswohnheim auf dem Gelände des Sportplatzes – einem Holzbau mit zwei Zimmern und Latrine im Anbau. Nachdem sich Paul Vosseler einquartiert hat und das erste gemeinsame Kind geboren worden ist, zieht die Familie 1947 in ein baufälliges Fachwerkhaus, eine umgebaute Schafsscheune, die bei den Kindern »Villa Wankenicht« heißt. Vier Familien hausen hier auf engstem Raum beieinander – ohne Heizung, Bad und sanitäre Anlagen. Die schließlich achtköpfige Familie Vosseler – die fünf Kinder, ihre Eltern sowie die Großmutter, also die vormalige Ehefrau ihres jetzigen Schwiegersohns – teilt sich zwei Zimmer, und es wundert einen nicht, dass die Geschwister jede Gelegenheit nutzen, um den beengten Verhältnissen zu entkommen.

Gerhard Schröders Schwester Gunhild hat den täglichen Lebensablauf in Bexten später einmal so geschildert: »Mama stand um fünf Uhr auf. Sie bereitete das Frühstück für alle und kochte die Wäsche auf dem Kohleherd ... Um sieben begann der Putzdienst in den Baracken der britischen Besatzungstruppen in Lemgo ... Zum Frühstück hatte es eine Scheibe Brot für jeden gegeben mit Marmelade oder Zuckersirup ... Wenn Oma zu Hause« und nicht auch auf der Arbeit war, hat »sie mittags gekocht. Die Woche über gab es Gemüseeintopf, Fleisch, wenn überhaupt, nur sonntags und dann Gulasch, das ließ sich am besten verteilen. Nachmittags machte Oma mit uns Hausaufgaben. Abends

Etwas besser wird es im Frühjahr 1957, als die Patchworkfamilie Vosseler-Schröder ins benachbarte Osterhagen zieht. Äußerst beengt sind die Verhältnisse auch hier, aber wenigstens klar: Unten wohnen die Vermieter, im oberen Stock des kleinen Hofes wohnen die Vosseler, deren zwei älteste Kinder nach wie vor den Namen ihres leiblichen Vaters Fritz Schröder tragen. Da das aktuelle Familienoberhaupt Paul Vosseler als Ernährer krankheitsbedingt endgültig ausfällt, lebt man vor allem vom Einkommen der Mutter. Mit dem, was Erika Vosseler in 14 bis 16 Stunden mit Putzen, gelegentlich auch durch Aushilfsarbeit auf dem Hof verdient, lässt sich die Miete bestreiten. Hinzu kommt eine Unterstützung durch das Sozialamt. Weil Erika Vosseler dort ihre Einkünfte nicht angibt, muss ihr Sohn Jahre später vor dem Sozialgericht in Detmold einen Prozess führen, der mit einem Vergleich endet: Der junge Rechtsreferendar zahlt den fälligen Betrag für seine Mutter nach. Schon als Kind und Jugendlicher hat Gerhard Schröder – »klein, pummelig, witzig und schlagfertig«, »sehr selbstbewußt und standfest«, wie sich die ältere Schwester erinnert⁴³ – einen Teil des Selbstverdienten für den Lebensunterhalt beigesteuert: 50 Pfennige bekommt er in der Stunde fürs Rübenziehen, Kartoffelnauflesen und andere Gelegenheitsarbeiten, wie zum Beispiel das Kühemelken.⁴⁴

Hunger leiden die Kinder also nicht, und dass es eine andere, eine Welt des Wohlstands gibt, weiß Gerhard Schröder damals nicht aus eigener Anschauung. So gesehen hat er »angemessen gelebt« und »nichts entbehrt«. Später lernt er, dass ihm in der Kindheit gleichwohl etwas fehlte. Weil der Stiefvater praktisch ausfällt, die Großmutter damit überfordert ist und die Mutter rund um die Uhr arbeitet, erfährt der junge Schröder im eigentlichen Sinne keine Erziehung. »Erziehung braucht Zeit, und die hatte sie nicht.« Das hat Folgen, unter anderem früh erkennbare »Neigungen zur Disziplinlosigkeit«, die sich auch in späteren Jahren immer wieder einmal Bahn brechen werden. Naturgemäß wird dieses Defizit von den Kindern nicht als solches wahrgenommen, wie auch die ärmlichen äußeren Umstände, in denen sie aufwachsen, nicht zählen, weil sie von der Mutter trotz ihres Leids und aller Entbehungen »nur Liebe erfahren«.⁴⁵ Das schreibt Gerhard Schröder, nachdem die große Karriere hinter ihm liegt, in seinen Lebenserinnerungen. Sie sind auch eine Hommage auf die Mutter. Die Kinder nennen sie »Löwe«. Dabei bleibt es. Ein Leben lang. »Löwe wird 70 Jahre alt«, notiert sich der Bundestagsabgeordnete Gerhard Schröder zum Beispiel 1983 in seinen Kalender,⁴⁶ und das heißt: Auf geht's nach Paderborn, wo Erika Vosseler ihren Lebensabend verbringt.

Natürlich bilden die späten Erinnerungen und Reflexionen die gefühlte Wirklichkeit der frühen Jahre nur bedingt ab. Um zu verstehen, was damals in dem jungen Gerhard Schröder aus dem Wülfer-Bextener Behelfsheim vorgeht, muss man bedenken, dass er in einer Zeit groß wird, die als Jahre des Wirtschaftswunders in die Geschichtsbücher eingegangen ist. Als solcher wird der rasante wirtschaftliche Aufschwung schon deshalb empfunden, weil noch wenige Jahre zuvor niemand damit gerechnet hat – bei den Kriegsgegnern Deutschlands nicht und in Deutschland schon gar nicht. Denn eigentlich gibt es Deutschland seit dem Frühjahr 1945 überhaupt nicht mehr.

Das ist das wenig überraschende Ergebnis der deutschen Politik und Kriegführung der vergangenen Jahre. Spätestens mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 hat der Krieg die Dimension eines Vernichtungsfeldzuges. Darauf kann es seitens der alliierten Gegner nur eine Antwort geben: Deutschland muss vollständig und unwiderruflich in die Knie gezwungen werden. Im Frühjahr 1945 ist es so weit. Als das Oberkommando der Wehrmacht am 7. und erneut in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 bedingungslos kapituliert und die alliierten Sieger am 5. Juni 1945 die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernommen haben, ist Deutschland lediglich ein geographischer Begriff.

Kein Mensch sieht damals voraus, dass gerade einmal vier Jahre ins Land gehen werden, bis es im Westen dieses Deutschlands, nämlich auf dem Territorium der Besatzungszonen Frankreichs, Großbritanniens sowie der USA, wieder ein staatliches Gebilde gibt. Das ist eine der Konsequenzen, welche die Hauptgegner Deutschlands aus dem rasanten Zerfall ihrer gegen Hitler gebildeten Koalition ziehen. Aus Partnern sind Gegner geworden, und kaum sonst wo auf der Welt stehen sich die drei Westmächte und die Sowjetunion so unmittelbar gegenüber wie im geteilten Deutschland. So wird die Grenze zwischen der Bundesrepublik und einer wenig später auf dem Gebiet der Sowjetisch Besetzten Zone gegründeten Deutschen Demokratischen Republik zur politischen und militärischen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen Demarkationslinie zwischen Ost und West, und daraus folgt: Die Teilung Deutschlands und der Erhalt des Friedens in Europa und der Welt sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das am 23. Mai 1949, ihrem Gründungstag, in Kraft getreten ist, mag den »Willen« des Deutschen Volkes manifestieren, »seine nationale und staatliche Einheit zu wahren«. Aber dass aus dem Willen Wirklichkeit werden könnte, glaubt, je weiter die Zeit voranschreitet, eigentlich kaum noch jemand. Im Übrigen beziehen sich die Vereinbarungen der alliierten Sieger auf das Deutschland westlich

von Oder und Neiße. Mithin gehen die vier – die Sowjets früher, die anderen später – davon aus, dass die östlich dieser Flüsse liegenden Gebiete unabhängig von den Bestimmungen des ausstehenden Friedensvertrages zu Polen beziehungsweise zur Sowjetunion gehören. Das zu akzeptieren und damit auch in dieser Hinsicht die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen zu übernehmen, zählt zu den großen innenpolitischen Herausforderungen der Nachkriegsjahrzehnte. Der politische Kampf um die Anerkennung dieser Oder-Neiße-Grenze, der sich vor allem mit dem Namen Willy Brandts verbindet, hat Gerhard Schröder entscheidend geprägt. Er ist der Bundeskanzler, der diese Politik mit der Absage an deutsche Entschädigungsansprüche gegenüber Polen konsequent zum Abschluss bringen wird.

Als Gerhard Schröder Anfang der sechziger Jahre politisch wach wird, befindet sich die Bundesrepublik mitten in jener Ära, die später nach ihrem ersten Kanzler, dem Christdemokraten Konrad Adenauer, benannt werden wird. Je länger sie dauert, umso bleierner wirkt sie. Das liegt zum einen an der schieren Amtsdauer des verdienten Patriarchen, der nicht vor dem Herbst 1963 abtritt und kaum mehr für Aufbruch und Dynamik steht; es liegt aber auch an einer gewissen Satttheit und Behaglichkeit, in der sich die Westdeutschen eingerichtet haben. Denn die spezifischen äußeren und inneren Gründungsumstände ihrer Republik haben es so gefügt, dass diese alsbald von einem wirtschaftlichen Aufschwung erfasst wird, den die Bundesbürger begreiflicherweise als regelrechtes Wunder, eben als »Wirtschaftswunder«, wahrnehmen.

Jedenfalls sehr viele. Aber keinesfalls alle. Dass der »Wohlstand für alle«, den Wirtschaftsminister Ludwig Erhard 1957 ausruft, eine Legende und die bundesdeutsche Gesellschaft tatsächlich keine der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit ist, wird für Gerhard Schröder zum ausschlaggebenden Grund, um am Ende der Adenauer-Ära der SPD beizutreten. Wenn auch sozialer Neid und Missgunst nicht zu seinen Charaktereigenschaften zählen – worin übrigens eine ganz wichtige Erklärung für seine phänomenale politische Karriere zu sehen ist –, fällt es dem Kind und dem Jugendlichen natürlich nicht leicht zu sehen, was man sich so alles leisten kann, sofern man es kann.

Und was man sich in diesen Jahren leisten kann, zeigt ein Blick in die Kataloge des Versandhauses Quelle, dessen sagenhafter Aufstieg in den fünfziger und sechziger Jahren Ausdruck besagten Wirtschaftswunders ist. Wer die Kulturgeschichte der Republik studieren will, muss die Quelle-Kataloge lesen. Als es Mitte der fünfziger Jahre so richtig losgeht, erscheint der auf das Weihnachtsgeschäft ausgelegte Herbst-/Winterkatalog 1954/55 in einer Auf-

lage von über 2 Millionen Exemplaren. Im Dezember kann es schon einmal vorkommen, dass an einem Tag nahezu 50 000 Pakete in die Post gehen. In der vordigitalen Welt ist das eine kaum fassbare Dimension. Buchstäblich alles lässt sich dort beziehen, sofern man das Geld hat: Möbel und Gartengeräte, Autozubehör und Fahrräder, Werkzeuge oder auch ein elektrischer Herd. In den kommenden Jahren folgen Waschmaschinen und Kühlschränke, Kleinbildkameras und Großbildfernseher. Der Fernseher »Primus« ist für 490 D-Mark zu haben, für das Modell »Luxus« sind 689 D-Mark zu überweisen. Das entspricht beinahe zwei durchschnittlichen Monatsgehältern – alle Einkommensgruppen zusammengenommen.

Von alledem können die Bewohner der »Villa Wankenicht« zu Wülferbexten nicht einmal träumen, weil zum Traum schließlich die Aussicht auf Erfüllung gehört. Einen Fernseher hat es bei den Schröders nie gegeben, und einen Fotoapparat kann man sich auch nicht leisten, was im Übrigen erklärt, warum es vom jungen Gerhard Schröder oder seiner Familie praktisch keine Aufnahmen gibt. Lediglich eine Schreibmaschine findet, in Raten gezahlt, den Weg in die beengte Welt der Familie Vosseler-Schröder. Der Grund ist aufschlussreich. Erika Vosseler war nämlich, wie ihr Sohn, als er Bundeskanzler ist, einmal erzählt, »für alle möglichen Warenangebote empfänglich – auch für die, die sie nicht bezahlen konnte –, wenn argumentiert wurde: ›Wenn Sie das nicht kaufen, dann haben es Ihre Kinder in der Schule schwerer.«⁴⁷ So ist die Familie eine der ersten im Dorf, die eine Schreibmaschine besitzen, auf der zu Hause keiner schreiben kann – Gerhard Schröder nicht, seine Geschwister nicht und ihre Mutter auch nicht. Erika Vosseler liest zwar flüssig und verschlingt die populären *Lore*-Romane in Serie, aber beim Schreiben tut sie sich schwer, vor allem wenn es um geschlossene Stücke wie zum Beispiel Briefe geht.

Als die Schreibmaschine daheim Einzug hält, drückt Gerhard Schröder schon die Schulbank. Im Sommer 1950 ist er in der zweizügigen Volksschule von Bexten eingeschult worden. Vieles ist aus diesen Jahren nicht überliefert, sieht man von der Geschichte mit dem Lehrer Tegmeier ab, der gelegentlich mit einem Rohrstock die Hand oder mit dem Zeigestock das Kreuz eines Schülers malträtiert, dabei aber einmal an den Falschen gerät. Denn als der Sohn eines Bauern seinem Vater von dem Vorfall erzählt, kommt der am nächsten Tag zur Schule und verprügelt den prügelnden Lehrer. Was durchaus dem Gerechtigkeitsempfinden des jungen Gerhard Schröder entspricht.

Der wechselt mit dem Umzug der Familie nach Osterhagen im März 1957 auf die dreiklassige Volksschule von Talle. In diese Jahre fallen auch die frühen

ist das anders. Dort gibt es ein klar geregeltes oben und unten. Der Pfarrer kümmert sich um die Kinder aus den besseren Kreisen. Für den Rest ist der Vikar zuständig.

Es ist eine unsichtbare Grenze, welche die einen von den anderen trennt. Der junge Gerhard Schröder akzeptiert sie nicht. Genau genommen kennt er sie nicht einmal, weil er grundsätzlich keine Grenzen kennt, jedenfalls keine, die von außen gesetzt werden. Wer ohne Vater aufwächst und schon deshalb keine Erziehung erfährt, wird im prägenden heimischen Milieu kaum in seine Schranken gewiesen. Und wer keine Grenzen kennt, den können diese nicht aufhalten. Kommen sie doch einmal in Sicht, versucht Schröder sie »an den Horizont zu verschieben«. Ein Leben lang. Die großen Seefahrer hatten diese Perspektive, bis die Gestade in Sicht kamen, denen sie zustrebten. Aufsteiger haben diese Perspektive auch.

Eine Möglichkeit, Grenzen zu verschieben, Chancen zu testen, als Gleicher unter Gleichen die Kräfte zu messen, ist der Fußball. Es dauert seine Zeit, bis der zunächst schwächliche, »nachkriegsmagere« Junge aus dem Behelfsheim es mit dem bäuerlichen Nachwuchs der Gegend aufnehmen kann. Bis 1964 bringt es Gerhard Schröder immerhin zum ersten und einzigen Halbprofi des TuS Talle. Die Bezahlung besteht in einer Mahlzeit und in der Karte für die Zugfahrt von Göttingen, wo er damals arbeitet, nach Talle – dort lebt die Familie Vosseler seit Mitte der fünfziger Jahre – oder auch zum Spielgegner. Schröder erkämpft sich als Halb- und Mittelstürmer den Titel »Acker«, weil er auf dem Fußballplatz das tut, was er auch sonst am besten kann, eben ackern. Den Spitznamen führt er auch innerhalb der Familie. Als Kanzler Gerhard Schröder im Februar 2001 erkrankt, wünschen Mutter und Schwester Gunhild ihrem »Acka [sic] mit seiner Grippe« gute Besserung.⁵²

Gunhild weiß zu berichten, dass der Bruder in seinen frühen Jahren nie eine Fußballerkarriere angestrebt, auch nicht wie so viele Jungs seines Alters von einer Zukunft als Kapitän oder Pilot geträumt hat, sondern dass er Kaufmann werden wollte.⁵³ In diesem Beruf kann man auch aufsteigen, wenn man von unten kommt. Das kann man im Fußball zwar ebenfalls, doch zahlt es sich im eigentlichen Sinne des Wortes in den fünfziger Jahren kaum aus, weil der Sport damals nicht zu den hoch bezahlten Professionen zählt. Vor allem aber weiß Gerhard Schröder um seine letztlich begrenzten Fähigkeiten auf diesem Feld. Überschätzt hat er sich nie. Auch deshalb behält er zeitlebens ein unverkrampftes Verhältnis zu diesem Sport, sucht noch in hohen Ämtern gerne den Kontakt zu den Fußballern, geht, wenn die Zeit es zulässt, zu Spielen der Nationalmannschaft, seines Heimatklubs Hannover 96 oder auch von

ihres sportlichen Talents ermöglicht werde, »ihren Platz in der Gesellschaft zu finden«. ⁵⁷

Hat man diesen Platz nicht oder noch nicht, kann man Mitte der fünfziger Jahre womöglich nicht einmal mitreden, wenn es um sportliche Großereignisse wie die Fußballweltmeisterschaft 1954 geht, bei der es die deutsche Mannschaft entgegen allen Erwartungen bis ins Endspiel bringt und dieses gegen die hoch favorisierten Ungarn auch noch gewinnt. Bevor der Fernseher auch dank dieser sportlichen Tat seinen Siegeszug in das deutsche Wohnzimmer antritt – das der Vosselers natürlich ausgenommen –, werden Großereignisse wie dieses gemeinsam in der Kneipe verfolgt. Von Bexten aus muss man ins Nachbardorf Knetterheide radeln, wo man das Spiel in der dortigen Gastwirtschaft verfolgen kann. Dafür wird ein Eintrittsgeld von stolzen 50 Pfennigen verlangt, halb so viel wie für eine Kinokarte. Weil der Elfjährige die nicht hat, findet er seinen Weg an der Kasse vorbei. Das Erlebnis hinterlässt Spuren. Noch im Januar 2001, als sie in Kaiserslautern den Achtzigsten des damaligen Mannschaftskapitäns Fritz Walter nachholen, kann der Bundeskanzler aus dem Kopf und ohne zu stocken die Namen sämtlicher Mitglieder der Endspielmannschaft aufzählen. Das macht Eindruck, zumal völlig klar ist, dass Schröder sie nicht eigens für den Zweck memoriert hat.

Gerhard Schröder lernt früh, dass es für ihn nur einen Weg nach oben geben kann: Bildung. Wäre es nach der Empfehlung seines Klassenlehrers gegangen, hätte der Junge das Gymnasium besucht. Aber dagegen sprechen zum einen die »wirtschaftlichen Verhältnisse«: Das Schulgeld und die Kosten für die Fahrt in die Stadt kann man daheim schlicht nicht aufbringen. Zum anderen scheitert der Besuch der höheren Schule »auch an dem mangelnden Verständnis und der falschen Einschätzung des Wertes einer solchen Ausbildung« durch die Eltern. Das schreibt Gerhard Schröder Mitte Juni 1967 – inzwischen ist er dreiundzwanzig – anlässlich der Bewerbung um eine Förderung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung und fügt hinzu: Die »Einsicht, daß die Schaffung einer vor allem auch materiell gesicherten Existenz entscheidend vom Bildungsgrad abhäng[t], veranlaßte mich, mir Gedanken über meine Weiterbildung zu machen«. ⁵⁸ Man kann die Bedeutung dieser Einsicht für die politische Entwicklung des Mannes kaum überschätzen. Die Sozial- und die Bildungspolitik des Bundeskanzlers sind ohne diese frühen Erfahrungen nicht zu verstehen.

Weil ihm im entscheidenden Moment die richtige Förderung fehlt, hat er nicht das Glück, das einst dem aus ähnlich schwierigen Verhältnissen stammenden Willy Brandt zuspelste. Der erhielt, als er vierzehn war, einen Platz am

angesehenen Lübecker Johanneum und konnte so den geraden Weg zum Abitur nehmen. Für den inzwischen fast vierzehnjährigen Gerhard Schröder scheidet hingegen nicht nur der Besuch einer weiterführenden Schule von vornherein aus, auch der Wunsch, Postbeamter zu werden, lässt sich nicht realisieren, und der Versuch, als Arbeiter bei der damals noch staatlichen Deutschen Bundesbahn unterzukommen, scheitert am praktischen Teil der Aufnahmeprüfung für Junganwärter. Daher beginnt Gerhard Schröder am 1. April 1958 bei der Firma August Brand in Lemgo eine kaufmännische Lehre. Fast ein halbes Jahrhundert später stellt er im Rückblick auf sein Leben fest, dass ihn diese Tätigkeit »nie wirklich interessiert« habe.⁵⁹

So gesehen sind die drei Jahre, in denen er die Abteilungen Glas, Porzellan, Hausrat und Spielwaren durchläuft, »keine gute«, also eine vertane Zeit. Als Schröder seine Ausbildung zum 31. März 1961 abschließt, hält er den Kaufmannsgehilfenbrief und ein Zeugnis seines Lehrmeisters in Händen, der ihm »gerne« bescheinigt, »daß er stets ehrlich und fleißig war und die ihm aufgetragenen Arbeiten zu meiner Zufriedenheit ausgeführt hat. Er hat neben dem Verkauf auch bei der Schaufensterdekoration mitgeholfen und auch einige Fenster selbständig dekoriert.«⁶⁰ Entsprechend fällt das Abschlusszeugnis der Kaufmännischen Berufsschule des Landkreises Lemgo aus, die Schröder nach drei Jahren ausschließlich »gute« Noten erteilt.⁶¹ Natürlich ist das Lehrgeld wie üblich bescheiden. Gerade einmal 450 D-Mark brutto verdient Gerhard Schröder im ersten, allerdings nicht vollständigen Jahr; 1960 sind es immerhin 1115 D-Mark.⁶²

Mit dem Abschluss seiner Ausbildung verlässt Schröder die Firma Brand auf eigenen Wunsch und geht als Verkäufer zur Firma Meier-Tönnies nach Lage. Das 1845 gegründete Geschäft handelt mit Eisenwaren, Werkzeugen, Beschlägen, Haus- und Küchengeräten. Glücklicherweise sind der Arbeitgeber und sein Angestellter offensichtlich nicht miteinander geworden. Jedenfalls verlässt er die Firma zum Jahresende 1961 nach nur neun Monaten. Zum Austritt attestiert man ihm, »sich stets große Mühe gegeben« zu haben, »die ihm übertragenen Arbeiten zufriedenstellend zu erledigen, und wir können ihn deshalb anderen Betrieben unserer Branche bestens empfehlen«.⁶³

Den Siebzehnjährigen, der ja bislang nur das flache Land seines engeren Umfeldes kennt, zieht es nach Göttingen. Ein Bekannter aus Talle, der in Göttingen Theologie studiert, hat ihn überredet. Mit Beginn des Jahres 1962 tritt Gerhard Schröder eine Stelle als Verkäufer und Sachbearbeiter in der Abteilung Baubeschläge bei der Firma Feistkorn an. Es ist in vieler Hinsicht ein Einschnitt in seinem Leben. Zum ersten Mal wohnt der bald Achtzehnjährige außerhalb der beengten familiären Verhältnisse, zwar zur Untermiete,

aber immerhin. Sodann kommt er mit der Politik in Kontakt und erfährt im linken Jungsozialisten-Milieu der Universitätsstadt eine lange nachwirkende Prägung, auch wenn er Göttingen zeitweilig wieder verlässt. Noch Jahrzehnte später verbindet er mit dieser Stadt vor allem seine politische Arbeit bei den Jungsozialisten.⁶⁴

Vor allem aber, und für Gerhard Schröders weiteren Lebensweg wesentlich entscheidender, fasst er in diesen Jahren den Entschluss, das nachzuholen, was ihm in frühen Jahren verwehrt war: eine höhere Schulbildung. Jetzt, da er ein eigenes Einkommen hat – immerhin rund 5000 D-Mark pro Jahr –,⁶⁵ ist der Weg in dieser Hinsicht leichter zu begehen. Außerdem hilft ein Stipendium, das der Pfarrer besorgt, der ihn seinerzeit konfirmiert hat. So berichtet Schröders Mutter drei Jahrzehnte später.⁶⁶ Allerdings wird das kein Spaziergang, denn Schröder muss den zweiten Bildungsweg nehmen, und dessen erste Etappe führt zunächst einmal zur Mittleren Reife. Offenbar in diesem Zusammenhang bittet er seinen Arbeitgeber, ihm ein Zeugnis auszustellen, das glänzend ausfällt. Denn die Firma Feistkorn bestätigt Schröder, dass er danach »strebt ..., sein Wissen zu erweitern ... Wir können zusammenhängend erklären, daß Herr Schröder an der Zeit seiner Ausbildung bemessen überdurchschnittliche Fähigkeiten zeigt.«⁶⁷

Den Weg, den er zur Mittleren Reife nimmt, bestimmt der Zufall. Im Herbst 1962 fällt ihm ein Bierdeckel in die Hand, der in seinem Mantel steckt. Auf dem hatte er sich viele Monate zuvor bei einem Skatabend mit Schülern des Instituts für Erziehung und Unterricht in Göttingen dessen Adresse notiert. Wenig später beginnt er dort mit dem Besuch der abendlichen Kurse und legt am 16. und 17. März 1964 vor dem zuständigen Prüfungsausschuss des Regierungspräsidenten in Hildesheim, Abteilung für Kirchen und Schulen, die Fremdenprüfung zur Erlangung des Abschlusszeugnisses einer Mittelschule ab. Der Notenspiegel reicht von »gut« zum Beispiel in den Fächern Deutsch und Geschichte bis »ausreichend« in Mathematik und Englisch.⁶⁸ Damit hat er die Mittelschule abgeschlossen. Es ist eine Zwischenetappe. Nicht weniger, aber eben auch nicht mehr.

Als Gerhard Schröder sich entscheidet, wieder auf die Schule zu gehen und zunächst einmal die Mittlere Reife nachzuholen, ist er achtzehn, und das heißt: Die Musterung steht ins Haus. Dass es überhaupt wieder deutsche Soldaten gibt, dass zum 1. April 1957 die ersten Wehrpflichtigen zur jetzt so genannten Bundeswehr einberufen werden, hat wie die Gründung der Bundesrepublik mit den weltpolitischen Konstellationen zu tun. Exponiert, wie der westdeutsche Teilstaat nun einmal ist – von dem isolierten, mitten im

Territorium der DDR liegenden West-Berlin gar nicht zu reden –, ist er un-mittelbar der Gefahr eines Zugriffs durch die Sowjets und ihre Verbündeten ausgesetzt. Glaubt man jedenfalls im Westen – von Ausnahmen wie Gerhard Schröder einmal abgesehen.

Da aber eben dieser Westen schon mal den ersten Schritt getan und die Teilstaatsgründung befördert hat, bleibt ihm kaum etwas anderes übrig, als ihn am Leben zu erhalten und im Zweifelsfall auch zu verteidigen. Dass der geo-strategische Vorposten den Amerikanern und ihren westlichen Verbündeten gelegen kommt, wenn es darum geht, den weltpolitischen Gegner in Schach zu halten, erleichtert die Entscheidung. Nur sollen sich die Deutschen, wenn es denn einmal so weit käme, an der Verteidigung ihres Landes beteiligen.

Als die Idee Anfang der fünfziger Jahre erstmals auftaucht, nutzt Kanzler Adenauer die Chance, stimmt – hinter den Kulissen und im Grundsatz – dem Aufbau einer westdeutschen Armee zu, fordert aber im Gegenzug die Herstellung der äußeren Souveränität für die junge Republik. Es ist eine der Sternstunden seiner Außenpolitik. Im Mai 1955 erhält die Bundesrepublik, vorbehaltlich der alliierten Rechte bezüglich einer definitiven Lösung der deutschen Frage, die äußere Souveränität und stimmt dafür der Aufstellung der Bundeswehr zu. Selbstverständlich im Rahmen eines westlichen Militär-bündnisses, und da die von Adenauer favorisierte Lösung einer europäischen Armee scheitert, wird die Bundesrepublik im Frühjahr 1955 Mitglied der im April 1949 gegründeten NATO.

Am 15. Oktober 1963 wird Gerhard Schröder beim Kreiswehrrersatzamt Göttingen gemustert.⁶⁹ Weil die ärztliche Untersuchung Krampfadern dia-gnostiziert, erhält er den Tauglichkeitsgrad II, ist also für »jeden Wehrdienst ... mit Ausnahme bestimmter Sonderverwendungen«, in diesem Falle beim Wachbataillon, »tauglich«. Schröder wird der »Ersatzreserve I« zugewiesen und hat sich bereitzuhalten, bis ihm durch Einberufungsbescheid mitgeteilt wird, wo er seinen Wehrdienst abzuleisten hat. Dazu kommt es aber nicht, weil der Ersatzreservist eine Woche nach der Musterung die »Befreiung vom Wehrdienst gemäß § 11 (2) 2. Halbsatz des Wehrpflichtgesetzes« beantragt. Danach sind Halb- und Vollwaisen vom Wehrdienst zu befreien, sofern der Wehrpflichtige der einzige lebende Sohn eines im Krieg ums Leben gekom-menen Elternteils ist. Nachdem die geforderte Bescheinigung des Bielefelder Versorgungsamtes vorliegt, stimmt das Kreiswehrrersatzamt Detmold Ende November 1964 der Befreiung Gerhard Schröders vom Wehrdienst und da-mit der Aufhebung der Wehrüberwachung zu.⁷⁰

So bleiben ihm anderthalb Jahre Kasernendienst erspart. Jetzt hat er freie Bahn für die Umsetzung seiner Pläne. Das betrifft zum einen die Fortsetzung

seiner schulischen Ausbildung und zum anderen sein Engagement in der Politik. Fast gleichzeitig mit der Aufforderung zur Musterung fällt im Herbst 1963 der Entschluss, einer politischen Partei beizutreten. Nach einigem Hin und Her entscheidet sich Gerhard Schröder schließlich zum Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Die SPD ist eine von der Geschichte gezeichnete Partei. Bei ihrem Alter ist das eigentlich kein Wunder. Nimmt man, wie die Sozialdemokraten das tun, die Bildung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Jahre 1863 als Gründungsmanifest, ist die SPD genau 100 Jahre alt, als Gerhard Schröder ihr beitrifft. In diesem Jahrhundert hat sie Kaiser und Könige, Präsidenten und Kanzler kommen und gehen gesehen, hat das zweite Kaiserreich und die erste deutsche Republik, die nationalsozialistische Diktatur und die Teilung des Landes überlebt und in zwei Weltkriegen einen hohen Blutzoll gezahlt. Sie ist in der Bismarck-Zeit zeitweilig unterdrückt und in der Zeit des »Dritten Reiches« verboten gewesen. Sie hat sich, als es 1918 darauf ankam, der Verantwortung gestellt, und sie hat sich, als es 1930 darauf angekommen wäre, dieser Verantwortung entzogen. Sie hat mit sich gehadert, und sie hat sich gespalten.

Seit im Frühjahr 1917 eine Unabhängige Sozialdemokratische Partei USPD aufgetreten ist, hat die deutsche Linke nie mehr zur Einheit gefunden. Erst macht die zu einem guten Teil der USPD entstammende Kommunistische Partei KPD den Sozialdemokraten das Leben schwer. Nach ihrer Zerschlagung in der Zeit des Nationalsozialismus fasst sie im Westen des geteilten Deutschland noch einmal Fuß, bis sie dort im Sommer 1956 durch das Bundesverfassungsgericht verboten wird. Inzwischen hält die 1946 gegründete Sozialistische Einheitspartei Deutschlands SED, ein Zwangszusammenschluss ostdeutscher Sozialdemokraten und Kommunisten, der SPD von der DDR aus die Frage vor, welcher Weg für Deutschland der richtige ist, bis die Überwindung der deutschen Teilung 1990 die Antwort auch auf diese Frage liefert.

Dass die deutsche Linke jahrzehntelang in den eigenen Reihen die eigentliche politische Konkurrenz und Bedrohung gesehen, dass sie diese Spaltung nicht einmal in der Zeit gemeinsamer Verfolgung überwunden hat, gehört fraglos zu den tragischen Kapiteln ihrer Geschichte. Sofern denn die Politik ein Ort für das Tragische ist. Auch die Generation Gerhard Schröders wird das erfahren. Zunächst sehen sich die jungen Sozialisten innerhalb der SPD, auch Schröder, durch die Altvorderen mit der Frage konfrontiert, ob ihre Visionen von Staat und Gesellschaft mit dem Selbstverständnis der Partei vereinbar sind. Später dann, während Schröders Kanzlerschaft, geht erneut ein Teil der Parteilinken von der Fahne, schließt sich mit den gewendeten Genos-

Dass die Genossen nicht einmal die Dreißig-Prozent-Hürde nehmen und auch in den Wahlen von 1953 und 1957 mal knapp unter, mal gerade über dieser magischen Grenze rangieren, ist äußerer Anlass zur Kurskorrektur. Andere Momente tun ein Übriges, so der Wechsel des politischen Personals an der Spitze der Partei. Willy Brandt und Helmut Schmidt zum Beispiel gehören zwar nicht mehr zu den Jüngsten, aber sie sind – aus unterschiedlichen Gründen – eben auch nicht in und durch die Vorkriegssozialdemokratie politisch sozialisiert worden. Diese beiden, die wiederum für die sozialdemokratische Sozialisation Gerhard Schröders von entscheidender Bedeutung sein werden, gehören zu den Promotoren der programmatischen Neuorientierung der Partei, die Mitte November 1959 im Godesberger Programm ihren Niederschlag findet. Es markiert die Abkehr von der klassenkämpferischen, radikalsozialistischen, so gesehen rückwärtsgewandten Tradition. In dieser Hinsicht ist auch die SPD eine moderne, eine zeitgemäße Partei, als Gerhard Schröder ihr beitrifft.

Dass er einmal an der Spitze der SPD und damit in der Nachfolge von August Bebel, Kurt Schumacher und Willy Brandt stehen würde, hat sich der junge Sozialist nicht vorstellen können. Zunächst ist nicht einmal ausgemacht, bei welcher Partei er landen wird. Wie andere politisch wach werdende Zeitgenossen schaut er sich um. Auch bei der Konkurrenz. »Meine Politisierung«, berichtet er 1986, als er erstmals für das Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten kandidiert, »ist Ergebnis von vielem Herumsuchen. Ich bin zu Wahlveranstaltungen gegangen und habe, egal bei welcher Partei, immer Opposition gemacht. Ich bin bei linken und rechten Parteien gewesen.«⁷¹

Grundsätzlich schließt er auch eine Mitgliedschaft in der CDU nicht aus. Wie im Falle des Christlichen Vereins junger Männer (CVJM), dem Schröder angehört,⁷² findet er damals das überkonfessionelle Moment attraktiv, das ja nach Ende des Zweiten Weltkriegs ein Gründungsmotiv der Christdemokraten gewesen ist. Für die Liberalen hingegen interessiert er sich weniger wegen ihres Parteiprogramms als vielmehr wegen ihrer »taktischen Situation« zwischen den beiden großen Volksparteien.⁷³ Selbst dem Karlsruher Parteitag der Deutschen Reichspartei, im Kern ein Zusammenschluss national- und rechtskonservativer Kräfte, die nicht mit der verbotenen Sozialistischen Reichspartei zu verwechseln ist, stattet er im September 1963 einen Besuch ab. Ein Arbeitskollege hat ihn mitgenommen, und im Ergebnis ist das gar nicht einmal schlecht, kann sich Schröder doch so gleichsam an der Quelle davon überzeugen, dass die Partei auf dem absteigenden Ast ist – tatsächlich

löst sie sich Ende 1965 auf – und dass er »in solchem Milieu« seines »politischen Lebens nicht froh werden könnte«.74

Also tritt Gerhard Schröder am 23. Oktober 1963 in die SPD ein und nennt dafür vor allem drei Gründe. Zum einen ist er gewissermaßen sozialdemokratisch sozialisiert worden. Zwar gehört die Mutter damals noch nicht der SPD an, doch ist Schröder überzeugt, dass sie zeitlebens »nichts anderes als SPD gewählt« hat: Sie war, »wie ich immer sagen würde, eine geborene Sozialdemokratin. Für sie gehörte sich das so. Man war Arbeiter und man wählte SPD.« Und dann findet der junge Schröder »Helmut Schmidt gut«,75 was sich für einige Jahre durchaus ändern wird. Vor allem aber sieht er in der SPD noch am ehesten die Partei, mit der sich Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit, seine politischen und gesellschaftlichen Hauptanliegen seit früher Jugend, realisieren lassen.

Einstweilen steht die Parteiarbeit allerdings hintan. Gerhard Schröder hat vordringlichere Ziele. Vor allem will er sein Abitur machen und dann so schnell wie möglich das Studium aufnehmen und damit seinem Traumberuf, dem des Anwalts, ein gutes Stück näher kommen. Also kündigt er, kaum dass er im März 1964 die Mittlere Reife in der Tasche hat, seine Stellung bei der Firma Feistkorn und geht zunächst für ein Jahr auf das Siegerland-Kolleg. Den Weg nach Siegen machten zum einen ein Gutachten des Göttinger Instituts für Erziehung und Unterricht vom Dezember 1963 und zum anderen eine mit durchweg ausreichendem Erfolg abgelegte schriftliche Aufnahmeprüfung frei. Zwei Semester büffelt er dort mit wechselndem, in Religion und Geschichte wie stets gutem beziehungsweise sehr gutem, in Englisch und Mathematik allenfalls ausreichendem Erfolg,76 bis er im Juni 1965 auf das Westfalen-Kolleg in Bielefeld wechselt.

Grund für den Schulwechsel ist die sich dramatisch verschlechternde Gesundheit seines Stiefvaters Paul Vosseler, der ein Jahr später sterben wird. Die Jahre am Westfalen-Kolleg sind eine gute Zeit, an die sich Gerhard Schröder, aber auch die dort Tätigen gerne erinnern. Fast dreieinhalb Jahrzehnte später, als er Bundeskanzler ist, meldet sich der damalige Hausmeister bei dem Schüler, schreibt von Sportereignissen und Klassenfeiern und wird von diesem für ein zehnminütiges Gespräch bei »einer Tasse Kaffee« empfangen.77 Für einen Kanzler ist das viel Zeit. Auch für einen Fototermin mit einer Besuchergruppe des Kollegs findet sein Büro selbst in der härtesten Zeit seiner Kanzlerschaft noch eine winzige Lücke im Terminkalender – zwischen der Landung mit dem Hubschrauber im Park des Kanzleramts und der Weiterfahrt zum nächsten Termin.78

Der Anwalt

1966 – 1980

Er weiß, was er will. Am 24. Oktober 1966, neun Tage nach Erlangung der Hochschulreife, immatrikuliert sich der zweiundzwanzigjährige Gerhard Schröder an der Georg-August-Universität zu Göttingen für das Studium der Rechtswissenschaft. In seinem Lebenslauf, mit dem er sich Mitte 1967 um ein Stipendium bewirbt, heißt es: »Ich habe mich für dieses Fach entschieden, da es meinen politischen Interessen Rechnung trägt, indem es mir die Grundlagen des Staatsrechts und der Verfassungsgeschichte vermittelt, mir aber auch die Gewähr einer angemessenen Existenz zu bieten scheint.«¹

Eine angemessene Existenz. Wie sieht die aus, wenn man von ganz unten kommt? Schröder wusste jedenfalls immer, dass es seine Sache ist, die eigene Existenz sicherzustellen. Selbstredend auch während des Studiums. Dass die Mutter nichts beisteuern kann, liegt auf der Hand. Erika Vosseler bezieht Sozialhilfe. Im Übrigen wird der Lebensunterhalt von ihrer Tochter, Gerhard Schröders älterer Schwester Gunhild, bestritten.²

Zum Glück ist der Student auch ohne Unterstützung von daheim »materiell gesichert«, weil er dank des Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges, des sogenannten Bundesversorgungsgesetzes (BVG), eine Ausbildungsbeihilfe bezieht. Als sich Schröder im Oktober 1967 für die Aufnahme in der Friedrich-Ebert-Stiftung bewirbt, geht es ihm folglich nicht um eine materielle, sondern um eine »ideelle Förderung«, namentlich um die Chance, an den von der Stiftung »regelmäßig veranstalteten politischen Diskussionen teilzunehmen«.³ Schon im Dezember des vorausgegangenen Jahres, als er die Möglichkeiten einer Förderung sondierte, hatte er auf seinen spezifischen Werdegang und insbesondere darauf hingewiesen, »daß der zweite Bildungsweg sehr hohe Anforderungen stellt und daß bei den Absolventen bereits weitgehend eine Spezialisierung eingesetzt hat. So sind meine Noten in den weltanschaulichen Fächern wie Geschichte, Religion, Soziologie zwei und besser.«⁴

Tatsächlich bestätigt ihm nicht nur der ehemalige Klassenlehrer des Westfalen-Kollegs in seinem bereits zitierten Gutachten »seine umfassenden

geschichtlichen und politischen Interessen, die weit über jede unterrichtliche Begrenzung hinausgriffen«; auch der Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung, ein Volkswirt, gewinnt ein »sehr positives Bild ... Er hat als Persönlichkeit auf mich einen ausgesprochen netten, fast ausgeglichenen, etwas vorsichtig abwägenden und recht ernsthaften Eindruck gemacht.«⁵ Als ihm schließlich auch noch einer seiner Professoren bescheinigt, »Herr stud.iur. Gerhard Schröder« sei »derjenige, der im Mündlichen am intensivsten« mitarbeite, und der »Stand seiner Kenntnis« sei, »zumal wenn man seine geringe Semesterzahl berücksichtigt, weit überdurchschnittlich«,⁶ ist der Weg frei. Ende Januar 1968 teilt die Friedrich-Ebert-Stiftung Schröder mit, dass man seine »Bewerbung um Aufnahme in den ideellen Teil der Studienförderung ... positiv entschieden« habe.

Das bedeutet zum einen und vor allem die Möglichkeit, an ausgewählten Seminaren teilzunehmen.⁷ Davon macht Schröder postwendend Gebrauch und lässt der Stiftung seine Anmeldung für die entsprechenden Lehrveranstaltungen zukommen.⁸ Danach interessiert sich der Dreiundzwanzigjährige für ein Seminar über »Restaurative Tendenzen an den Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik«, auch bewirbt er sich erfolgreich für ein in Genf veranstaltetes Seminar über Aufgaben und Arbeitsweisen internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen.

Zum anderen aber steht Gerhard Schröder als Angehörigem einer Begabtenförderungsinstitution ein Erlass der Studiengebühr in Aussicht,⁹ der ihm auch wenig später durch das entsprechende Gremium der Göttinger Universität gewährt wird. Mithin ist nur noch die Wohlfahrtsgebühr in Höhe von rund 50 D-Mark zu entrichten.¹⁰ Diese Entlastung ist hochwillkommen, denn trotz der Ausbildungsbeihilfe durch das BVG ist er meistens knapp bei Kasse. Um die laufenden Kosten, vor allem die Miete, zahlen zu können, arbeitet Schröder während der Semesterferien auf einem Dorf im Lippeschen, wo er zunächst auch wohnt, als Handlanger bei einem Bauunternehmer.

Für ein ausschweifendes studentisches Leben bleibt schon deshalb wenig Spielraum. Lediglich für den Fußball, der nichts kostet und ihn fit hält, findet Schröder regelmäßig Zeit. Er spielt jetzt für die Sportgemeinschaft Niedernjesa, die einige Kilometer vor den Toren der Universitätsstadt zu Hause ist, und läuft für den Verein auch gelegentlich im Göttinger Jahnstadion auf.¹¹ Und er geht auf Reisen. Das Ausland war Gerhard Schröder bislang aus eigener Anschauung fremd. Jetzt nutzt er die in dieser Zeit verbreitete, zudem günstigste Möglichkeit, fährt per Anhalter nach Italien, Spanien, Frankreich – und erschließt sich so Europa. Das ist mehr als ein touristisches Erlebnis: »Mein Traum von Europa«, erzählt Gerhard Schröder nach dem Ende seiner

Kanzlerschaft, »war kein intellektueller Traum. Ich habe Europa immer wahrgenommen als die Freiheit zu reisen, als die Freiheit andere Kulturen kennenzulernen, als die Freiheit ..., konfrontiert zu werden mit anderen Lebensweisen – Küche eingeschlossen. Für mich war Europa anfangs etwas Selbstverständliches, für das ich keine Vision brauchte.«¹²

Die Erinnerungen an die inhaltlichen beziehungsweise thematischen Schwerpunkte seines Studiums und an die akademischen Lehrer sind überschaubar. Während der ersten Semester erscheint Schröder noch morgens um acht zur Vorlesung »Allgemeiner Teil BGB«, danach lässt er es ruhiger angehen, zieht auch das Eigenstudium mit Hilfe des Handapparats in der Göttinger Universitätsbibliothek dem Besuch von Seminaren vor. Gehört hat er vor allem bei den Professoren Gerd Rinck Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht, Volkmar Götz Öffentliches Recht und Verwaltungsrecht, Peter Badura Öffentliches Recht, Horst Neumann-Duesberg Arbeits- und Sozial- sowie Handels- und Wirtschaftsrecht und Friedrich Schaffstein Strafrecht, Strafprozessrecht und Rechtsphilosophie.

Zu den in ihrer Zeit bekanntesten akademischen Lehrern in Göttingen zählen Ernst Rudolf Huber und Franz Wieacker. Huber – ein Schüler Carl Schmitts, in späten Jahren Verfasser einer monumentalen deutschen Verfassungsgeschichte, Vater von Wolfgang Huber, dem nachmaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland – verbringt seine letzten Berufsjahre an der Göttinger Universität, nachdem ihm wegen seines juristischen Engagements während des »Dritten Reiches« lange Jahre die Rückkehr an eine Hochschule verwehrt gewesen ist. Jahrzehnte später, als Wolfgang Huber seinen Siebzigsten feiert, berichtet Schröder davon, die Vorlesungen des Vaters »mit Begeisterung« gehört zu haben: Er hielt sie »frei, sie waren druckreif und stets genau 45 Minuten lang. Jeder Satz war perfekt, die Vorlesungen für angehende Juristen ein Hochgenuss«.¹³

Auch für Franz Wieacker sind es die letzten Jahre seines Wirkens an der Göttinger Universität, bevor er 1973 emeritiert wird. Schröder erlebt den Gelehrten, dessen geistes- und kulturwissenschaftliches Profil weit über den engeren juristischen Fachhorizont hinausweist, weniger als akademischen Lehrer denn vielmehr als beeindruckende und zugleich sehr präzente Figur im akademischen Leben von Universität und Stadt. Noch Jahrzehnte später hat er sich bewundernd an den »herausragenden, hoch geschätzten Professor Franz Wieacker« erinnert.¹⁴

Offensichtlich wollte Schröder sein Studium ursprünglich breiter anlegen. So vermerkt er auf seinem Studienbuch als »Fach« neben Jura »Politische Wis-

senschaften«, auch belegt er einige Veranstaltungen aus dem Bereich Publizistik, darunter Seminare zum Thema »Meinungsbildung in der Auslands-*pres*sse«, und verfolgt die eine oder andere Einführung in die Volkswirtschaft.¹⁵ Insgesamt bleiben solche Ausflüge aber eine Fußnote, und das hat seinen Grund: Er will dieses Kapitel seiner Laufbahn möglichst bald beenden.

Am 23. September 1971, also nach zehn Semestern, schließt Gerhard Schröder vor dem Justizprüfungsamt beim Oberlandesgericht Celle sein Studium mit der ersten juristischen Staatsprüfung ab. Damit hat er die Förderungsgrenze überschritten. Grund für die Verzögerung ist »nicht zuletzt« sein »Engagement bei der SPD«, insbesondere seine Teilnahme am Landtagswahlkampf 1970.¹⁶ Weil das BVG deshalb Ende April 1971 die Zahlungen einstellt, übernimmt die Friedrich-Ebert-Stiftung Gerhard Schröder »von der ideellen in die finanzielle Studienförderung«. Seit Anfang Mai 1971 erhält er ein Stipendium zuzüglich Büchergeld in Höhe von insgesamt 470 D-Mark.¹⁷ Damit kann Schröder die verbleibenden Monate bis zum Abschluss des Examens überbrücken.

Das Ergebnis ist mit »befriedigend« ordentlich, wenn auch nicht berauschend.¹⁸ Andererseits hat Schröder mit seiner Hausarbeit zum Thema »Darf der ärztliche Direktor einer Klinik wegen seiner Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei aus dem Dienst entfernt werden?« ein »vollbefriedigend« erzielt.¹⁹ Die Note wird ihm mit den übrigen der schriftlichen Prüfungen auf eigenen Antrag hin mitgeteilt. Weil die Arbeit den Gutachter beeindruckt hat, bietet ihm Professor Christian Starck an seinem Lehrstuhl für Öffentliches Recht eine Stelle an. Gerhard Schröder greift zu und ist seit dem 1. Oktober 1971 zunächst als Korrekturassistent des Juristischen Seminars, von Dezember des Jahres an als persönlicher Assistent bei Starck beschäftigt.²⁰

Hat Schröder seinen Mentor schon als Teilnehmer eines Klausurenkurses »durch gute Argumentation« überzeugt, so erledigt er seine Aufgaben als Assistent »zu vollster Zufriedenheit« Starcks, »d.h. seine Korrekturen und Notenvorschläge wiesen ihn als guten Juristen mit abgewogenem Urteil aus«. Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt Mitte 1972 auch der Göttinger Strafrechtler Hans-Ludwig Schreiber. Diesem ist Schröder durch »verständige und selbständige Beiträge aufgefallen«. Schreiber hat keinen Zweifel, »daß es sich bei Schröder um einen überdurchschnittlich befähigten, sachlich engagierten Juristen handelt, der zu wissenschaftlichen Arbeiten uneingeschränkt in der Lage ist.«²¹

Anlass für die beiden Gutachten ist die Bewerbung Gerhard Schröders für ein Graduiertenstipendium.²² Nach Abschluss seines ersten Examens trägt sich der Endzwanzigjährige nämlich mit dem Gedanken, unter Anlei-

tung Starcks eine Dissertation zu verfertigen. Im Juli 1973 steht das »endgültige« Thema fest: Mit dem »Einfluß der staatlichen Konjunkturpolitik auf die Finanzierung gemeindlicher Daseinsvorsorge. Dargestellt am Beispiel der Stadt Hannover« will sich Gerhard Schröder jetzt für eine Weile beschäftigen.²³ Gut anderthalb Jahre gehen ins Land, bis er weiß, dass daraus nichts wird. Offizieller Grund für den Abschied vom Status des Doktoranden ist die späte Erkenntnis, dass zum Gegenstand seiner Dissertation bereits 1972 eine Arbeit mit ähnlichem Thema erschienen ist.²⁴

Tatsächlich aber ist es wohl so, dass sich Gerhard Schröder während der rund 20 Monate, die er vom Graduiertenstipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung lebt, mehr in der Politik als in der Wissenschaft umtut und bei den Jungsozialisten hocharbeitet. Der schon zitierten, in der Arbeiterbewegung populären Maxime »Wissen ist Macht« verpflichtet, hält er damals Jura ohnehin nicht in erster Linie »für eine Wissenschaft, sondern eine Herrschaftstechnik«. Das berichtet Jahrzehnte später Klaus Uwe Benneter, der das ähnlich sieht.²⁵ Weil sich mithin bald herausstellt, dass die akademische Welt doch nicht die seine ist, empfiehlt ihm sein Doktorvater und Mentor Starck, konsequent zu sein und es vielleicht »eher in der Politik als in der Wissenschaft zu versuchen«.²⁶ Das entspricht Schröders Neigungen und wohl auch seinem Talent, wie er inzwischen aus einiger Erfahrung weiß. Jahre später kreuzen sich die Wege der beiden noch einmal, als der Ministerpräsident Gerhard Schröder 1991 seinem ehemaligen akademischen Lehrer die Ernennungsurkunde als Richter am Niedersächsischen Staatsgerichtshof überreicht.

Zum 30. April 1974 stellt die Friedrich-Ebert-Stiftung die Promotionsförderung für Gerhard Schröder ein. Mitte August 1974 lässt der wiederum die Stiftung wissen, dass er von Göttingen nach Hannover umgezogen sei, und bittet bei dieser Gelegenheit darum, den »Solidaritätsbeitrag in Höhe von DM 5,-« von einem dortigen Konto abzubuchen.²⁷ Offiziell begründet Schröder den Wechsel nach Hannover nicht. Er dürfte aber im Zusammenhang mit dem Beginn des Referendardienstes stehen.²⁸ Nicht den Akten zu entnehmen ist ein zweiter und der dritte Grund des Ortswechsels. Einmal steht der Umzug nach Hannover auch für Schröders Entscheidung, sich verstärkt der Politik als Beruf zu widmen. Und dann ist er den Bund der Ehe eingegangen. Ein zweites Mal.

Ende Dezember 1968 hat Gerhard Schröder auf dem Standesamt in Talle das erste Mal geheiratet, und zwar seine Jugendliebe Eva Schubach. Am 11. April 1969 werden die beiden in der dortigen Evangelisch-Lutherischen Gemeinde St. Michaelis auch kirchlich getraut. Die Gattin ist die Tochter eines Bau-

unternehmers, der es zu einigem Wohlstand und damit verbunden zu einer gesellschaftlichen Stellung gebracht hat, von der Schröder damals nur träumen kann. Eva Schröder ist Verlagsbuchhändlerin. Ein Grund, warum sich ihr Mann seither so intensiv um eine materielle Förderung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung bemüht, ist das bescheidene Einkommen seiner Frau von »nur 400.– monatlich«,²⁹ und davon kann das Paar, solange Gerhard Schröder nach Fortfall der BVG-Ausbildungshilfe lediglich ideell gefördert wird, nicht leben.

Der Jurastudent hat seine spätere Frau kennengelernt, als er während der Schulferien gelegentlich im Betrieb ihres Vaters gearbeitet und ihr auch schon einmal Nachhilfeunterricht gegeben hat. Dass die Eltern von dem künftigen Ehemann begeistert gewesen wären, lässt sich nicht sagen. Aber das stört Schröder, der diese Erfahrung inzwischen kennt, nicht sonderlich. »Ich bin nicht immer gerufen worden«, erklärt er Jahrzehnte später, als er um den Einzug ins Kanzleramt kämpft, einer ihn länger begleitenden Journalistin, und die bringt Schröders Einstellung zur Ehe auf den Punkt: »Was er liebt, wird geheiratet.«³⁰ Da liegt diese Erfahrung zum vierten Mal hinter ihm, so dass die Beobachtung, statistisch gesehen, einige Plausibilität besitzt. Tatsächlich ist Gerhard Schröder ein treuer Mensch, solange er zu seiner Frau steht und diese in sein Leben passt. Ändert sich das, endet die Ehe. Länger anhaltende außereheliche Verhältnisse, wie man damals zu sagen pflegt, gar Parallelbeziehungen sind seine Sache nicht. Schröder ist ein gerader Mensch, auch in dieser Hinsicht.

Für das Scheitern der ersten Ehe gibt es vielfältige Gründe, sicher auch die mangelnde Erfahrung mit einer Zweierbeziehung. Beide leben ja das erste Mal mit einem Partner zusammen. Was im Übrigen für Schröder, der bis dahin in Göttingen zur Untermiete gewohnt hat, zugleich bedeutet, dass er erstmals in seinem Leben eine bescheidene, aber doch immerhin eine eigene Wohnung bezieht.³¹ Hinzu kommt das Alter. Gerhard Schröder ist gerade einmal vierundzwanzig, Eva Schubach zwanzig Jahre alt und damit nach damaligem Recht nicht einmal volljährig, als sie diesen Schritt in eine gemeinsame Zukunft tun. Das ist zu früh, wenn man von dieser Zukunft keine gemeinsame Vorstellung hat. Während die junge Frau vor allem an eine Familie denkt, sich auch Kinder wünscht, konzentriert sich ihr Mann auf seine berufliche Zukunft, die in eben diesen Jahren seiner ersten Ehe neue Dimensionen annimmt. Neben der Karriere als Anwalt, die er nach wie vor fest im Blick hat, für die er aber, bis es so weit sein wird, noch einiges tun muss, zeichnet sich seit Anfang der siebziger Jahre immer klarer ein zweiter Weg ab, der ihn in die Politik führen wird. Da er beide Ziele gleichermaßen verfolgt, ist sein Leben ziemlich

verplant. Für anderes bleibt da wenig Zeit, auch nicht für seine Frau Eva. Dass er inzwischen eine andere kennengelernt hat, tut ein Übriges.

Und so scheitert die Ehe nach drei Jahren. Ende Juni 1972 bittet Gerhard Schröder die Friedrich-Ebert-Stiftung, ihn als »Ledigen« zu führen, da seine Scheidung bevorstehe.³² Seither leben er und Eva Schröder getrennt, und am 10. Januar 1973 wird die Ehe wegen »ehewidriger Beziehungen« des Gatten »zu einer anderen Frau namens Anne T.« geschieden.³³ Fast drei Jahrzehnte später, als Gerhard Schröder die dritte Ehe hinter sich hat, schreibt er einem Neffen zu dessen Hochzeit: »Am Hochzeitstag glaubt man, dass Ehen im Himmel geschlossen werden. Dass Ehen gut geraten, entscheidet sich aber nicht dort, sondern auf Erden im täglichen Zusammenleben.«³⁴

So bitter die Trennung ist, folgt ihr doch nicht ein bleibendes Zerwürfnis oder gar ein Rosenkrieg, wie das nach der Scheidung Schröders von seiner dritten Frau der Fall sein wird. Da beide noch immer sehr jung sind, ist der Weg in die jeweilige Zukunft nicht verbaut. Außerdem gibt es weder Streit über gemeinsame Kinder noch, mangels Masse, über ein gemeinsames Vermögen. Und da bislang beide nicht von medialem Interesse sind, bleibt ihnen auch die Erfahrung einer öffentlich ausgetragenen Trennungsschlacht erspart. So kreuzt sich sein Weg mit dem ihren beziehungsweise denen ihrer Familie in den kommenden Jahren und Jahrzehnten immer wieder einmal. Nachdem Schröder ins Kanzleramt eingezogen ist, schickt der vormalige Schwager, ein Polizeibeamter, zunächst einige Hinweise zum Personenschutz,³⁵ später dann zur Erinnerung ein Foto von Gerhard Schröder und Eva Schubach,³⁶ und im Sommer 1999 empfängt der Kanzler ihn in seinem Amtssitz. Als Schröders Mutter ihren 90. Geburtstag feiert, lädt sie die einstige Schwiegertochter ein. Und die kommt auch.

Die »andere Frau namens Anne T.«, um derentwillen Gerhard Schröder seine erste Frau verlässt, ist Anneliese Taschenmacher, die am 7. Mai 1949 als Tochter eines Postbeamten in Emden geboren wurde. Die beiden sind sich im Rahmen ihrer politischen Arbeit in Göttingen über den Weg gelaufen, wo Anne Taschenmacher Englisch und Französisch studiert. Genauer gesagt war Anne Taschenmacher an dem noch zu schildernden Putsch von Aktivisten des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) gegen den Göttinger Jusovorsitzenden Gerhard Schröder beteiligt.

Gerhard Schröder heiratet Anneliese Taschenmacher 1973, also unmittelbar nach seiner Scheidung. Womit er seiner inzwischen gut erkennbaren Linie, nämlich für klare Verhältnisse zu sorgen, auch in dieser Hinsicht treu bleibt. Seit Anfang September 1974 lebt das Ehepaar Schröder in Hannover.

Die beiden können sich das leisten, weil Gattin Anne am Gymnasium Letter Englisch und Französisch unterrichtet und somit ordentlich verdient. Von ihrem Ehemann lässt sich das einstweilen nur eingeschränkt sagen. Seine politische Arbeit ist noch eine brotlose Kunst, das Referendariat, das er zum 1. Mai 1974 antritt, lässt keine großen Sprünge zu, und die Mandate, die er danach als Anwalt übernimmt, sind vorerst zwar gut für Schlagzeilen, aber nicht unbedingt für die Haushaltskasse. Erst mit den Einkünften, die Schröder von Herbst 1980 an als Abgeordneter des Deutschen Bundestags bezieht, wird sich das grundlegend ändern.

Mit dem Umzug in die Hannoversche Oststadt beginnt das gutbürgerliche Leben des Gerhard Schröder. Der Schritt markiert nicht nur den Abschied von seinem studentischen Dasein, sondern auch den definitiven Abschluss mit den Verhältnissen, in denen er groß geworden ist. Nicht dass er diese künftig leugnen würde. Im Gegenteil, je selbstverständlicher er sich in seiner neuen Welt bewegt, umso souveräner kann Gerhard Schröder mit diesem Kapitel seiner Biographie umgehen. Diese frühen Erfahrungen erklären zugleich, warum ihm die Attribute einer gehobenen bürgerlichen Existenz so wichtig sind. Dass er, mit sich im Reinen, diese nicht nur nicht leugnet, sondern als Ausweis selbst geschaffenen Erfolgs gerne zeigt, bringt ihm auf dem Höhepunkt dieses Erfolgs manche Kritik, manchen Vorwurf und manchen gehässigen Kommentar ein. Er weiß damit umzugehen.

Im Übrigen trägt der neue Mittelpunkt seines politischen Lebens einiges zur Entfremdung des Paares bei. Eigentlich ist es eine gute Ehe, besser als die meisten, sagt Gerhard Schröder auch noch im Rückblick. Doch lassen sich die Vorstellungen der beiden im Laufe der Jahre schwer, wenn überhaupt unter einen Hut bringen. Während Anne Schröder die Gründung einer Familie und gemeinsame Kinder im Blick hat, steht für ihren Mann die Karriere eindeutig im Vordergrund. Und da das spätestens seit 1978 eine doppelte ist, weil Gerhard Schröder den Beruf des Anwalts mit der Spitzenfunktion in einer politischen Organisation vereinbaren will, bleibt für anderes wenig Zeit. So befindet sich Gerhard Schröders zweite Ehe alsbald an dem Punkt, an dem die erste scheiterte.

Als Gerhard Schröder 1973 erstmals die Gattin wechselt, liegen nicht nur frühe Szenen einer Ehe, sondern auch einschlägige politische Erfahrungen hinter ihm. Wer während der sechziger Jahre studiert, macht sie ganz unvermeidlich. Denn die bundesdeutschen Universitäten befinden sich in einem Umbruch wie selten zuvor. Mit ungeahnter Energie, die nicht selten mit physischer Gewalt einhergeht, entlädt sich der Unmut einer Studenten-

generation, die den für überlebt und diskreditiert geltenden Strukturen der überkommenen Ordinarienuniversität nicht mehr viel abgewinnen kann. Innerhalb weniger Jahre tun sich quer durch Studenten- und Professorenschaften, Fakultäten und Institute Gräben auf, die unüberbrückbar scheinen und die Politik zwingen, Stellung zu beziehen.

Dass die Antwort der Politik auf diese Entwicklung in Niedersachsen bei den meisten Hochschullehrern entschiedenen Widerstand provoziert, liegt am Kultusminister. Peter von Oertzen, Jahrgang 1924 und seit 1946 Mitglied der SPD, hat schon eine akademische Karriere als habilitierter Politologe und ordentlicher Professor für Politische Wissenschaft an der Hannoveraner Hochschule hinter sich, als er im Sommer 1970 in das neu konstituierte Kabinett Alfred Kubels eintritt. Mit dem sogenannten Vorschaltgesetz zu einem geplanten Gesamthochschulgesetz, das faktisch die Professoren im Rahmen der universitären Selbstverwaltung entmachtet, bringt der Minister diese auf die Barrikaden. Nicht weniger als 398 niedersächsische Hochschullehrer ziehen vor das Bundesverfassungsgericht und bekommen dort Ende Mai 1973 in wesentlichen Punkten recht. »Erbitternd an dieser Holzhacker-Politik« ist, so empfindet es jedenfalls die *Zeit* Mitte Oktober 1971, dass »dadurch ausgerechnet jene Hochschullehrer mit in den Streit gedrängt werden, die zum Reformflügel gehörten, wie zum Beispiel in Göttingen«.³⁷

Gerhard Schröder verfolgt die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen dieser Jahre eher distanziert. Zum einen ist er bereits auf dem Absprung nach Hannover, als die Situation in Göttingen infolge des Vorschaltgesetzes eskaliert. Zum anderen ist die Hochschulpolitik für ihn an diese Lebens- etappe gebunden und so gesehen perspektivlos. Das unterscheidet sie von der Kommunalpolitik, in der sich Schröder engagiert, sobald er in Göttingen Tritt gefasst hat. Seine Foren sind die SPD, vor allem aber die Jusos. Die wiederum haben mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund zumindest eines gemeinsam, in Göttingen wie überall sonst in der Republik: ihr gespaltenes Verhältnis zur Mutterpartei.

Keine zweite Partei der jungen Bundesrepublik hat sich mit ihrem politischen Nachwuchs derart schwergetan wie die SPD. Man übertreibt nicht, wenn man sagt, dass die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie während der sechziger und siebziger Jahre auch die Geschichte ihrer öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzung mit ihren Nachwuchsorganisationen gewesen ist. Die Gründe dieser phasenweise existenziellen Konfrontation sind vielfältig und überlagern sich. Zu dem natürlichen Generationenkonflikt, der nun einmal auch in politischen Parteien ausgetragen wird, mit einem Gerangel um Ämter,

Pfründe, Positionen einhergeht und so gesehen ein Machtkampf ist, kommt im Falle der SPD entscheidend ihr weltanschauliches Selbstverständnis als linke Bewegung mit jedenfalls zeitweilig revolutionärer Tradition hinzu. Daran hat auch das Godesberger Programm des Herbstes 1959 nichts ändern können, weil die SPD mit ihrem Drift in die politische Mitte der Gesellschaft den linken Flügel ja nicht entfremden oder gar abstoßen, sondern vielmehr mitnehmen wollte. Und so begreift die Partei nach wie vor die Beseitigung der »Vorrechte der herrschenden Klassen« auch für die Gegenwart und die Zukunft als den »Sinn des Sozialismus«. ³⁸

Nicht zuletzt deshalb fühlen sich die der SPD nahestehenden beziehungsweise ihr angehörenden Nachwuchsorganisationen in besonderem Maße von der sogenannten Achtundsechzigerbewegung angezogen, die an den deutschen Universitäten Hochkonjunktur hat. In ihr bündelt sich das Unbehagen an den Zuständen der nicht mehr ganz so jungen Republik, auch ihrer Hochschulen. Der wohl im Herbst 1967 von Hamburger Studenten erfundene Spruch »Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren« ist nicht nur eine ironische Kritik an der alten Ordinariatenuniversität mit ihrem Standesdünkel und ihren überlebten Curricula, sondern zielt von Anfang an auch auf die subkutan fortwirkenden beziehungsweise noch lange nicht aufgearbeiteten Sedimente des von den Nazis auf tausend Jahre angelegten Reiches.

Was hier aus der Sicht der Achtundsechziger noch an Aufarbeitung zu leisten ist, haben die sogenannten Auschwitz-Prozesse der Jahre 1963 bis 1965 gezeigt, die ein wesentlicher Anstoß für die Formierung dieser Bewegung gewesen sind, sofern man überhaupt von einer solchen sprechen kann. Hinzu kommen die fundamentale Kritik an der überfälligen Notstandsgesetzgebung, die Ende Mai 1968 durch die Große Koalition, also mit den meisten Stimmen der SPD, den Bundestag passiert, sowie ein wachsendes Unbehagen an der politischen Entwicklung des wichtigsten Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland. Vor allem der seit 1965 zusehends intensiver und brutaler geführte Krieg der USA in Vietnam wird zum Kristallisationspunkt vehementen antiamerikanischer Proteste.

So finden sich in dieser Bewegung Kräfte und Fraktionen, Forderungen und Ideen, die schlechterdings nicht unter einen Hut zu bringen sind, zumal die Achtundsechziger entgegen eigenem Anspruch eben nie eine intellektuelle und im engeren Sinne theoriefähige Organisation, sondern ein Sammelbecken für äußerst heterogene Analysen, Entwürfe und Konzepte gewesen sind. Dass sich auch einige der führenden Intellektuellen ihrer Zeit, beispielsweise aus dem Umfeld der Frankfurter Schule, dieser Bewegung zur Verfü-

Was um alles in der Welt zieht diesen Gerhard Schröder in solche geist- und phantasielosen Fraktionsgefechte? Sicher gehen die Debatten um den Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze und insbesondere den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auch an ihm nicht spurlos vorbei – andere, wie die gleichfalls endlosen Kontroversen über die antiautoritäre Erziehung, hingegen schon. Auch reiht er sich zum Beispiel Ende November 1966 in einen Demonstrationszug gegen die Bildung jener Großen Koalition aus SPD und CDU/CSU ein, mit deren Hilfe führende Sozialdemokraten ihre Partei in Bonn an die Macht bringen wollen.

Aber für die Forderung nach einer Überwindung oder gar Zertrümmerung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ist Schröder schon deshalb nicht zu haben, weil er dieser Gesellschaft sehr vieles, vor allem die Möglichkeit des Aufstiegs verdankt. Da der Krieg in ihren Reihen riesige Schneisen hinterlassen hat, muss sie auch denen eine Chance auf Bildung geben, denen diese Tür bislang verschlossen war. Für Gerhard Schröder steht fest, dass es auch eine Verpflichtung gibt, diese Chance zu ergreifen. Und er sieht natürlich, dass diese Chance in hohem Maße zeitgebunden ist. Sie gewissermaßen zu verstetigen, wird zu einem Hauptanliegen des Politikers. Ohne dieses Anliegen ist die Reformpolitik des Bundeskanzlers nicht zu verstehen.

Schon weil Gerhard Schröder die gesellschaftliche Wirklichkeit anders wahrnimmt als die meisten seiner linken Weggefährten, ist er für ein nachhaltiges Engagement in der studentischen Politik nicht zu haben. Er ist weder im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) oder im Studentenparlament seiner Universität, noch ist er Mitglied des Sozialdemokratischen Hochschulbundes oder gar des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Noch Jahrzehnte später erklärt er diese Abstinenz mit seiner Herkunft: »Da kriegt man dann doch eine etwas bodenständigere Einstellung, und dann kommt einem studentische Politik doch ein bisschen vor wie eine Spielwiese.«³⁹ Man ahnt die Qualen, die der Mann, der ja nicht in die Breite, sondern nach oben will, bei den endlosen, sich in Kreisen drehenden Diskursen der örtlichen Jungsozialisten erlitten haben muss.

An denen führt aber nun einmal kein Weg vorbei, als er sich auf den Marsch an deren Spitze begibt. Weil die theoretischen Diskurse der Jusos ganz unvermeidlich um Karl Marx und den Marxismus in diversen verdünnten oder verdrehten Varianten kreisen und weil sich Schröder erklärtermaßen als »Marxist« versteht,⁴⁰ bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als sich rudimentäre Kenntnisse anzueignen. Das tut er auf die ihm eigene pragmatische und zielorientierte Art, legt sich das seit 1972 in deutscher Sprache erscheinende

dreibändige *Marx-Lexikon zur Politischen Ökonomie* des japanischen Marxisten und Ökonomen Kuruma Samezo, eine Kompilation aus Exzerpten, zu und hat so, wenn nötig, ein passendes Zitat zur Hand. Wenn es noch schneller gehen muss, behilft er sich wahlweise mit der knappen Einführung *Marxismus für Manager* des Jesuiten Rupert Lay, die 1975 herauskommt. Zu seiner bevorzugten Lektüre gehören diese Bücher nicht. Überhaupt ist Schröder kein großer Leser. Biographien »durchstöbert« er, die Bücher Wolfgang Leonhards, Kenner und Kritiker des Kommunismus und der Sowjetunion, kauft und liest er.⁴¹

Nein, mit der Zertrümmerung der gesellschaftlichen Strukturen, die nicht mit deren grundlegender Reform zu verwechseln ist, oder mit der Suche nach der reinen Lehre des Sozialismus hat Schröders Marsch durch die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD nichts zu tun. Eher schon mit der Absicht, für den Fall des Falles vorzubeugen. Weiß er denn, ob die Karriere trägt, ob ihm der angestrebte Beruf des Juristen liegt, ob er sich in dieser ihm so fremden Welt behaupten und durchsetzen kann? Umgekehrt gilt allerdings auch, dass die Entscheidung für die Politik als Beruf erst fallen wird, nachdem die Laufbahn als Anwalt offen steht.

Und dann geht es um Macht. Schröder ist ein Machtmensch. Er sucht die Macht, er ist süchtig nach Macht. Das weiß er, und dazu steht er. Anfang der neunziger Jahre, als er das Spiel mit der Macht schon gut beherrscht, als er auch im Machtkampf schon wiederholt schwer angeschlagen wurde, nie aber zu Boden gegangen ist, schreibt er: »Was eigentlich hat jemand in der Politik zu suchen, der die politische Macht nicht will?« Was man eben auch zu der Frage umdrehen kann, was einer, der Macht will, außerhalb der Politik zu suchen hat: »Macht«, schreibt Schröder 1993, »fasziniert mich seit jenem Moment, da ich, ohne weiterführenden Schulabschluß und höhere Perspektiven im Westfälischen als Lehrling hinterm Ladentisch stand. Ich wollte raus da, etwas bewegen.«⁴²

Die Gelegenheit ergibt sich, als er im Wintersemester 1966/67 in Göttingen das Studium aufnimmt. Registriert ist sein Wechsel in die Göttinger SPD 1966. Im Jahr 1968 engagiert sich Schröder erstmals im Kommunal-, 1970 im Landtagswahlkampf, und auch die Bundestagswahlkämpfe der Jahre 1969 und 1972 sehen ihn an vorderster Front. 1969 wird er als Beisitzer in den Göttinger SPD-Vorstand gewählt, dem er angehört, bis 1973 seine Bewerbung um den Göttinger SPD-Vorsitz scheitert: Mit drei Stimmen unterliegt er dem fünf Jahre älteren Wolfram Bremeier, der wie Schröder über den zweiten Bildungsweg zum Studium gefunden hat, inzwischen als diplomierter Volkswirt in der

Göttinger Stadtverwaltung tätig ist und 1991 Hans Eichel im Amt des Kasseler Oberbürgermeisters nachfolgen wird.

Es ist eine der frühen Niederlagen Gerhard Schröders, nicht die erste, nicht unbedingt eine überraschende, auch keine wirklich schmerzende, immerhin aber eine, aus der man lernen kann. Und Schröder ist lern- und korrekturfähig. Das hat schon sein Weg an die Spitze der Göttinger Jusos gezeigt. Als er 1969 zu deren Vorsitzendem gewählt wird, ist er mit seiner pragmatischen, kommunalpolitischen Orientierung den Linken, vor allem denen aus den Reihen des SHB, ein Dorn im Auge. Also organisieren die Aktivisten, unter ihnen auch Schröders spätere zweite Ehefrau Anne, eine Mehrheit, stürzen den Vorsitzenden und binden ihn 1970 in einen dreiköpfigen Kollektivvorstand ein. Der Putsch zeigt, wie Schröder mit solchen Vorfällen umzugehen lernt. Da er weiß, dass die Konstellation nicht revidierbar ist, macht er das Beste daraus und wird binnen Kurzem die »zentrale Figur« der Göttinger Jusos: »Stets misstrauisch beobachtet, wegen individualistischer Aktionen immer wieder kritisiert, niemals um Mehrheiten fürchtend.«⁴³ Als Schröder 2004 sechzig wird, schreibt Inge Wettig-Danielmeier das auf. Einige Jahre älter als der Kanzler und viele Jahre Bundesschatzmeisterin der SPD, hat sie dessen Aufstieg in Göttingen miterlebt.

Gerhard Schröders Strategie, wenn man denn von einer solchen sprechen will, ist denkbar einfach. Zum einen überlässt er die öden Theoriendebatten zwischen den Fraktionen, die sich in den Arbeitskreisen »Theorie I« und »Theorie II« organisiert haben, anderen und hört zu. Und dann lässt er sich als Verbindungsmann des Juso-Kollektivs zum lokalen SPD-Vorstand aufstellen und festigt so seine Position. Während sich die beiden anderen Kollektivvorstände mit ihrer Klientel in endlosen theoretischen Debatten ergehen, bleiben für Schröder »nur« die Pflege des Kontakts zur SPD, Öffentlichkeitsarbeit und Kasse. Dies war der Beginn meiner politischen Karriere. Das Ergebnis ist bekannt.«⁴⁴

Mit anderen Worten: Die politische Karriere des Gerhard Schröder, die in die Ämter des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands münden wird, ist von Anfang an als Karriere angelegt. Das sagt er jedenfalls, als sie hinter ihm liegt. Grund, daran zu zweifeln, haben wir nicht: Wenn man Schröder dabei beobachtet, wie er die in dieser Hinsicht ahnungslose, tief zerstrittene Truppe benutzt, um sich mithilfe wechselnder Konstellationen und Koalitionen vom Göttinger Kollektivvorstand über den Hannoveraner Bezirksvorsitz bis zum Bundesvorsitz der Jungsozialisten vorzuarbeiten, spürt man rasch, dass er mehr im Sinn hat als eine Laufbahn in der Jugendorganisation der SPD.

Daher muss auch jeder Versuch scheitern, seine politischen Wege während der siebziger Jahre mit theoretischen, weltanschaulichen oder genuin politischen Motiven erklären zu wollen. Entscheidend sind ein unbändiger Vorwärtsdrang, ein voll entwickelter Machtwille, ein sicherer Instinkt und eine beachtliche taktische Finesse. Sie lässt erkennen, warum Schröder im Laufe der Jahre und Jahrzehnte fast alle Widerstände aus dem Weg räumt: Er lernt aus Fehlern, ist nicht nachtragend, und vor allem weiß er, wie man Mehrheiten organisiert. Da er das auf eine joviale und kumpelhafte Art tut, sich bei alledem einer saloppen und schnörkellosen Sprache bedient, merken die meisten erst sehr spät, dass er eigentlich immer auf der Überholspur ist. Gerhard Schröder wird unterschätzt. Anfänglich wurmt ihn das noch, dann nutzt er es. In dieser Hinsicht ähnelt sein Aufstieg den Karrieren Helmut Kohls und Angela Merks, seines Vorgängers und seiner Nachfolgerin im Kanzleramt.

Solange er seine Ausbildung noch nicht abgeschlossen hat, kann Schröder sich diesem Aufstieg allerdings nur mit halber Kraft widmen. Daher legt er die juristische Ausbildung von Ende Oktober 1972 bis Ende März 1974 auf Eis und firmiert einstweilen als »Doktorand«. In diesen knapp anderthalb Jahren zwischen dem Ende seiner Göttinger Assistentenzeit und dem Beginn seines Referendariats arbeitet sich Schröder bei den Hannoveraner Jusos so weit hoch, dass er von dieser gefestigten Position aus die letzte Etappe auf seinem Weg zum Anwaltsberuf hinter sich bringen kann, ohne im Nebenberuf des angehenden Politikers beschädigt zu werden. Als das Ende August 1976 geschafft ist, setzt er zum Sprung an die Spitze der Jusos an. Beobachter dieser Karriere beeindruckt schon früh die große »Flexibilität«. ⁴⁵

Schröders Weg führt über den Juso-Bezirk Hannover, wo der Siebenundzwanzigjährige 1971 als Nachfolger Herbert Schmalstiegs zum Vorsitzenden der Jungsozialisten gewählt wird. Wer ihm »damals in die Augen schaute«, erinnert sich der Vorgänger mehr als drei Jahrzehnte später, konnte erkennen, dass er »hier nicht stoppen« würde. ⁴⁶ Auch deshalb lehnt es Schröder wiederholt ab, für den Bundesvorstand zu kandidieren: »Wenn ich in den Vorstand komme, dann nur als Vorsitzender.« ⁴⁷ Schröder spielt grundsätzlich nicht die zweite Geige. Bis er so weit ist, die erste zu spielen, erprobt er sich in den Grabenkämpfen der Organisation.

Geht sein Wechsel nach Hannover zunächst mit einem merklichen Schub nach links einher, vollzieht Schröder seit 1974 eine nicht minder abrupte Bewegung in Richtung Mitte. Sie en détail nachzuzeichnen, erübrigt sich, weil es nichts nachzuzeichnen gibt. Theoretische Einlassungen Schröders aus diesen Jahren sucht man vergeblich, weil sie praktisch keinen schriftlichen Nie-

derschlag gefunden haben. Schröder ist der Mann des Augenblicks. Wolfgang Krumbain, einer der führenden Köpfe der Göttinger Antirevisionisten, hat Jahrzehnte später davon berichtet, was Schröder »gut konnte«: Er »saß dann häufig bei unseren endlosen Diskussionen drei, vier Stunden über irgendwelche Theorien, saß in der Ecke, hörte sich das an und war dann in der Lage, die Essenz aus diesen vier Stunden Debatte ziemlich präzise auf den Nenner zu bringen«.48

Diese Fähigkeit hat bekanntlich einen Vorteil: Wer zusammenfasst, setzt Akzente. Schröder tut das auch auf den jährlich stattfindenden Bundeskongressen der Organisation und gewinnt so national rasch ein Profil. Dass dieses Profil, wenn nötig, auch eine radikal linke Position reflektieren kann, hat seinen Grund. Schröder braucht für seine Pläne die Aktivisten des Stamokap, der Fraktion des Staatsmonopolistischen Kapitalismus. Denn die weiß Mitte der siebziger Jahre mitunter sogar ein Drittel der Juso-Mitglieder hinter sich.

Die Jusos sind damals bundesweit grob in drei Fraktionen sortiert, die Reformsozialisten, die Antirevisionisten und eben die Stamokap-Fraktion, die »einige ja für einen Fußballpokal halten, was es aber nicht war«, wie Schröder Jahrzehnte später nicht ohne Ironie analysiert.⁴⁹ Die Stamokap-Protagonisten sind überzeugt, dass der Kapitalismus in jenes Endstadium eingetreten sei, in dem der Staat vom Handlanger zum Opfer mächtiger Wirtschaftsmonopole werde. Die auf Lenin zurückgehende strohtrockene Theorie ist hier nur deshalb von Belang, weil sich der Konflikt zwischen der Mutterpartei und den Jusos, der bis an den Rand des Bruchs führt, vor allem am kompromisslosen Auftritt der Stamokap-Aktivisten entzündet. Damit stehen die übrigen Fraktionen und Gruppierungen der Jungsozialisten vor der Entscheidung, welche Position sie in dieser Auseinandersetzung beziehen wollen. Auch Schröder, der sich in der Sache von den Anhängern des Staatsmonopolistischen Kapitalismus absetzt, ohne Zweckbündnisse mit ihnen grundsätzlich auszuschließen, sich im Diskurs zwischen den beiden verbleibenden Fraktionen zunächst auf die Seite der Antirevisionisten schlägt, dann aber mit seinen Hannoveranern die Kurve hin zu den Reformsozialisten kriegt: Indem er auf dem Münchener Juso-Kongress 1974 »der Arbeit in der Partei und in den Parlamenten« nicht mehr »abschwor, durchbrach er die Isolierung der Hannoveraner endgültig und machte das Anti-Stamokap-Bündnis einsichtig«. Das beobachtet für die *Berliner Stimme* nicht ohne Erstaunen die Journalistin Brigitte Seebacher,⁵⁰ die es ihrerseits wenig später zur Lebensgefährtin und dann zur dritten Gattin des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt bringen wird.

Das Manöver hält den Taktiker Schröder aber nicht davon ab, erforderlichenfalls antirevisionistische Sprüche zu klopfen und damit seine Hannoveraner bei Laune zu halten. Spätestens mit der Wahl an die Juso-Spitze ist auch das vorbei. Nunmehr spricht Schröder antirevisionistischen Positionen glatt das Recht ab, bei den Jusos vertreten zu sein (»Diese Bezeichnung ist nicht ein Irrtum, sondern falsch.«), und gibt zu Protokoll: »Wir sind zwar der Auffassung, daß man über den bürgerlichen Staat nicht das Kapitalverwertungsverhältnis aufheben kann, also nicht die grundlegenden Veränderungen der Gesellschaftsordnung erreichen kann, aber wir meinen doch, daß man Reformvorhaben durchführen kann, die den Betroffenen, insbesondere den Arbeitnehmern, nutzen.«⁵¹

In diesem Punkt argumentiert Schröder ganz ähnlich wie die Reformisten, zu deren Wortführern Heidemarie Wiczorek-Zeul und Rudolf Scharping in Hessen beziehungsweise Rheinland-Pfalz zählen. Wie diese ist auch er überzeugt, dass der als überfällig betrachtete gesellschaftliche Wandel durchaus noch mit und in der SPD zu bewerkstelligen ist. Dass dieser Wandel auf der Basis des Grundgesetzes zu vollziehen ist, hat Schröder, soweit ersichtlich, ohnehin nie in Frage gestellt. Vielmehr begreift er das Grundgesetz Mitte der siebziger Jahre als »historische[n] Kompromiß«, der »eine Vielzahl von politischen Gestaltungsmöglichkeiten offen« lasse, »einschließlich des Übergangs zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung«, und der eben deshalb von der SPD »durchgesetzt« worden sei.⁵² Diese Standortbestimmung ist eine wichtige Voraussetzung für eine wie auch immer geartete parteiinterne Karriere, da der Bundesvorstand der SPD am 26. Februar 1971 ohne Wenn und Aber klargestellt hat, dass es für »jene, die aus der parlamentarisch-demokratischen Reformpartei des Godesberger Programms eine Kaderpartei revolutionären Typs machen wollen«, keinen Platz gebe.⁵³

Bei dieser Karriere kommt Gerhard Schröder, wie fortan so oft in seiner Laufbahn, der Zufall zu Hilfe. Im März 1977 wählen die Jusos auf ihrem Hamburger Kongress Klaus Uwe Benneter als Nachfolger Heidemarie Wiczorek-Zeuls zum Vorsitzenden. Benneter, im März 1947 als Sohn eines Bundesbahnoberamtsrates in Karlsruhe geboren, hat sich nach dem Studium der Jurisprudenz in Berlin-Schöneberg als Anwalt niedergelassen. Auch auf den zweiten Blick mag diese erfolgreiche bürgerliche Karriere nicht so recht zu der Entwicklung passen, die »Benni der Bürgerschreck« innerhalb der SPD nimmt. Seit 1965 Mitglied der Partei, hat er sich bei den Jusos in die Stomokap-Fraktion eingereiht beziehungsweise einreihen lassen. Die Stichwortgeber sind andere. Der Jurist Kurt Neumann und der Politikwissenschaftler

Detlev Albers, der im November 1967 das Transparent »Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren« mit entrollt hatte, halten sich bei der Propagierung der Thesen im Hintergrund und können so ihre Parteikarriere mehr oder weniger unbehelligt fortsetzen.

Anders Benneter. Der gefällt sich in einer rhetorischen Radikalität, die nicht unbedingt mit seinem heiteren Charakter korrespondiert, stellt öffentlich Überlegungen über ein Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten in einem Volksfrontbündnis an und schließt auch eine Zukunft der Jusos jenseits der Mutterpartei SPD nicht aus. Ein riskanter Kurs. Das weiß Benneter, und das weiß auch Schröder. Eben deshalb verhilft er mit seinem mitgliederstarken Hannoveraner Bezirk Benneter bei der Wahl zum Juso-Vorsitzenden zu einer denkbar knappen Mehrheit. Mit 149 zu 145 Stimmen setzt sich Benneter gegen seinen Konkurrenten durch.

Wenig später erläutert Schröder in der Zeitung des SPD-Bezirksvorstandes Hannover, warum die Delegierten dieses Bezirks im zweiten Wahlgang »geschlossen Klaus Uwe Benneter wählten«. Der einseitige Artikel dokumentiert aufs Schönste, wie der Zweiunddreißigjährige operiert. Theorie interessiert ihn schlicht nicht. Schröder geht es ausschließlich um Taktik, und dazu gehört, dass er sich eindeutig hinter Benneter stellt, dabei aber gleichzeitig auf Distanz zur Stamokap-Ideologie geht: Mit dem bezeichnenden Hinweis, diese »hier nicht umfassend darstellen« zu können, lässt er keinen Zweifel, dass diese Theorie im Bezirk Hannover »in entscheidenden Punkten für falsch« gehalten und daher »nicht vertreten« werde. »Gleichwohl muß es möglich sein, die aus der Theorie folgenden Ansätze innerhalb der Partei zu diskutieren. Auch hier wäre jeder Denkverzicht gefährlich.«

Und was den »Genossen Benneter« angeht, erinnert Schröder an dessen mehr als zwölfjährige Mitgliedschaft in der SPD und stellt klar, dass er »kein getarnter Kommunist, sondern ein seit langen Jahren in unsrer Partei arbeitender demokratischer Sozialist« sei. Nicht minder eindeutig ist übrigens seine Haltung zu dem in Hamburg knapp unterlegenen Gegenkandidaten: Ottmar Schreiner, Jahrgang 1946 und wie Schröder und Benneter Jurist, ist 1969 der SPD beigetreten und ein exponierter Vertreter der Reformsozialisten. Deshalb – und nur deshalb – war Schreiner für Schröder und seine Hannoveraner Genossen, die hier wieder die Antirevisionisten geben, »nicht wählbar«. Kein inhaltliches Argument trübt Schröders Einschätzung, von längeratmigen theoretischen Auslassungen gar nicht zu reden. Schreiner hat »sich mit der alten ›Mehrheit‹ identifiziert«. Punkt. Das reicht für die erforderliche »inhaltliche Orientierung des Bezirks«, nämlich die Wahl Benneters. Was die »alte

Mehrheit« sagt oder tut, ist in diesem Zusammenhang irrelevant oder doch jedenfalls nicht der Erwähnung wert.⁵⁴

Erstaunlich, dass man diesen Mann immer wieder unterschätzt hat. Das liegt sicher auch an der Jovialität, der »Leichtigkeit« und der Fähigkeit zur Selbstironie, die Heidemarie Wieczorek-Zeul früh an ihm beobachtet.⁵⁵ Anders als in jenen Juso-Zeiten üblich und später gelegentlich kolportiert, hatten die beiden übrigens nie ein Verhältnis. Das hilft, als sie auf den kommenden Stationen ihrer Lebenswege, die sich immer wieder einmal kreuzen und zeitweilig parallel verlaufen werden, auf Fairness, Loyalität und Verlässlichkeit angewiesen sind. Die Vorgängerin Benneters im Juso-Vorsitz erkennt früh und genau: Diesem Gerhard Schröder geht es um die Macht, um nichts als die Macht. Und er ist fast am Ziel. Dass er es rascher erreicht als erwartet, liegt an der Reaktion der Mutterpartei auf Benneters Wahl. Wobei nicht auszuschließen ist, dass Schröder mit dieser Reaktion gerechnet und sie in sein Kalkül einbezogen hat. Jedenfalls wird Benneter im Juni 1977 auf Betreiben Egon Bahrs, damals Geschäftsführer der Partei, aus der SPD und damit auch aus ihrer Jugendorganisation ausgeschlossen. Sechs Jahre gehen ins Land, bis sich die Partei eines anderen besinnt und Benneter 1983 auf Betreiben Gerhard Schröders wieder in die Arme schließt.

Mit dem Rauswurf Benneters ist die Lage der Jusos noch desolater als ohnedies – und damit für Schröder so günstig wie nie. Gefragt ist ein Vorsitzender, der sich einerseits sein Eintreten für den geschassten, dank des Bannstrahls aus der Bonner Parteizentrale, der »Baracke«, jetzt besonders populären Ex-Vorsitzenden zugute halten kann. Andererseits muss der kommende Juso-Vorsitzende das Gespräch mit dieser Baracke führen wollen und führen können – wenn nötig auch informell und an der eigenen Organisation vorbei. Gerhard Schröder ist dieser Mann. Ob er der Parteispitze im Vorfeld des Kongresses signalisiert hat, die Truppe wieder auf Vordermann zu bringen, und ihm dafür unverbindlich eine Perspektive im Bundestag zugesichert worden ist,⁵⁶ wie man gelegentlich gemutmaßt hat, wird später von keiner Seite bestätigt.⁵⁷ Sicher ist, dass der Juso-Vorsitz 1980 mehr oder minder nahtlos in eine Kandidatur für den Bundestag übergeht. Sicher ist auch, dass Schröder die Jungsozialisten wieder zu einem mehr oder weniger geschlossenen Verein und zum Partner der Mutterpartei macht.

Auf dem entscheidenden Bundeskongress, den die Jusos im Februar 1978 im hessischen Hofheim abhalten, ist die Parteispitze zahlreich und prominent vertreten – aber weniger weil sie auf Schröder hofft, sondern weil sie auf den Gegenkandidaten setzt. Zu den Emissären gehören neben Geschäftsführer

draus – für sich, die SPD und die Jusos. In dieser Reihenfolge. Tatsächlich zieht der *Spiegel* rund zehn Jahre nach der Juso-Ära Schröder die Bilanz, dass nach ihm »kein Juso-Chef sich oder den Verband mehr ins öffentliche Bewußtsein rücken« konnte.⁵⁹

Für die meisten in der SPD-Führung ist Schröder zu diesem Zeitpunkt ein unbeschriebenes Blatt. Geschäftsführer Egon Bahr hat, bis es so weit ist, »nie daran gedacht zu fragen, wie der eigentlich Kandidat und Vorsitzender geworden ist«. ⁶⁰ Da Schröder dann aber nach eigenem Bekunden »von den gleichen Leuten gewählt« wird, »die Benneter gewählt haben«, ⁶¹ ist das für die Parteiführung zunächst einmal eine schlechte Nachricht. Entsprechend förmlich, wenn nicht frostig, fällt die Gratulation durch Bahr aus: »Dass er einmal der erste sein würde, der es aus dieser Funktion – zugegeben auf einigen Umwegen – zum Bundeskanzler bringen würde, gar zum Parteivorsitzenden, hat meine strategische Fantasie nicht hergegeben«, schreibt Bahr rund 25 Jahre später.⁶²

Wie es an diesem Tag in Schröders strategischer Phantasie aussieht, sei dahingestellt. Jedenfalls ist der neue Bundesvorsitzende nicht auf Krawall gebürstet, signalisiert öffentlich, dass er »unnütze Konflikte« mit der Parteiführung vermeiden, auch nicht »jeden zweiten Tag den Kanzler in den Hintern treten« oder sich gar als Nebenzkanzler aufspielen wolle. So zitiert ihn der *Spiegel*,⁶³ der dem neuen Juso-Vorsitzenden im Februar 1978 einen ganzseitigen Artikel widmet, ein gutes Jahr später das erste Gespräch mit ihm führt und damit seine schließlich Bände füllende Berichterstattung über Gerhard Schröder aufnimmt. Dass Schröder, kaum im Amt, öffentlich erklärt: »Antirevisionistische Positionen werden bei den Jusos nicht vertreten«, damit seine eigene Herkunft leugnet beziehungsweise ignoriert und den ganzen Verein auf eine, nämlich seine neue Linie festlegt, ist schon ein starkes Stück.

So gesehen bestätigt sich schon bald der Eindruck, den Egon Bahr seit Schröders Wahl gewinnt und der sich seither verfestigt hat: »Wenn man mit ihm etwas vereinbarte, wusste man, dass er sich daran hält.«⁶⁴ Dass die SPD-Spitze mit dem neuen Mann wird »leben können«, prognostiziert auch die *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, die sich ihrerseits seit jenem 13. Februar 1978 erstmals mit Gerhard Schröder befasst und ihn ebenfalls fortan eng begleiten wird: Der »hannoversche Anwalt« sei »zu geschickt und zu flexibel«, um den »tölpelhaften Kollisionskurs« Klaus Uwe Benneters wieder aufzunehmen. »Ruhe in die zutiefst verunsicherte SPD-Nachwuchsorganisation zu tragen«, »zwischen den rivalisierenden Gruppen zu vermitteln«, sei das Gebot der Stunde.⁶⁵

Schon nach einem Jahr zeichnet sich ab, dass er es schaffen kann. Das sehen auch die meisten in den eigenen Reihen so und plädieren daher für seine Wiederwahl. Da Schröder aber zum vorgesehenen Termin das 35. Lebensjahr hinter sich und damit die Altersgrenze überschritten haben wird, ziehen sie den Bundeskongress auf einen früheren Termin vor. Am 1. April 1979 wird der Vorsitzende, der in Aschaffenburg ohne Gegenkandidaten antritt, mit 253 Stimmen bei 297 Delegierten wiedergewählt. Ein für Juso-Verhältnisse sensationelles Ergebnis. Als er Ende Februar 1980 in einem Gespräch mit der Lokalpresse eine Bilanz seiner ablaufenden gut zweijährigen Amtszeit zieht, fällt diese beachtlich aus: »Wir haben die Jusos wieder zu einem Verband gemacht, in dem die Gemeinsamkeiten mehr betont werden als die Unterschiede. Um es klar zu sagen: Wir standen vor zwei Jahren am Rande einer Spaltung ... Zum zweiten: Wir haben wieder ein erträgliches Verhältnis kritischer Solidarität zur Partei gefunden. Das haben wir dadurch erreicht, daß wir Konflikte nicht mehr personalisiert ausgetragen haben, sondern streng in der Sache.«⁶⁶ Eine präsentable Bilanz, in der Tat. Eine Bilanz auch, die in der Bonner »Baracke« und im Kanzleramt mit einiger Genugtuung und im Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit mit interessierter Neugier registriert wird: »Nach Monaten der Führungslosigkeit konnten die tiefen Gegensätze ... mit der Wahl Schröders zum neuen Vorsitzenden überbrückt werden ... Bemerkenswert schnell kam es zu einer Entkrampfung im Verhältnis der Juso zur SPD.«⁶⁷

Das ist, schon für sich genommen, beachtlich. Erstaunlich aber ist, dass Gerhard Schröder der zeitraubenden und jedenfalls zeitweilig auch nervenaufreibenden Tätigkeit an der Spitze einer im Rampenlicht stehenden Organisation nachgeht, während er als Anwalt einen nicht minder zeit- und energieaufwendigen Beruf ausübt. Das zeugt von der enormen Energie, die dem Mann zur Verfügung steht, es spricht für seinen unbedingten Willen zum Erfolg – und es offenbart einmal mehr den instinktsicheren Pragmatismus, mit dem er zu Werke geht. Denn bei den Fällen, die der Anwalt Schröder übernimmt, handelt es sich nicht selten um solche, die sein Profil als Juso-Vorsitzender schärfen – und umgekehrt. Üppige Honorare spült das noch immer nicht in die Kasse, aber für mediale Resonanz sorgt es allemal.

Am 1. April 1974 ist Gerhard Schröder »unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf« zum Referendar ernannt worden. Von den Etappen, die er in den kommenden gut zwei Jahren durchläuft, ist die in der Kanzlei Holtfort von besonderer Bedeutung. Werner Holtfort hat Gerhard Schröder entscheidend geprägt. Im Mai 1920 in Hannover geboren, im Zweiten Welt-

krieg als Frontoffizier mehrfach verwundet, zählt Holtfort dank seines breit angelegten Studiums unter anderem auch der Volkswirtschaft, der Philosophie und der Geschichte zu den Juristen seiner Generation mit ungewöhnlich umfassender Bildung. Seit 1955 ist er in seiner Heimatstadt als Anwalt, seit 1960 auch als Notar tätig, übt seit 1968 verschiedene Ehrenämter in den entsprechenden Kammern aus und engagiert sich bei der Reform der Juristenausbildung in Niedersachsen.

Außerdem – und für Schröders Wahl nicht unwichtig – ist Holtfort in der SPD aktiv. Zwar gehört er der Partei erst seit 1970 an, auch fällt sein Engagement als Mitglied der Rechtspolitischen Kommission und als Stellvertreter der Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen in eine Zeit, als Schröder bereits eigene Wege geht, doch sind das Profil und das Selbstverständnis des politisierenden Anwalts schon Mitte der siebziger Jahre Holtforts Markenzeichen. Sein Eintreten für Opfer von Willkürmaßnahmen des Justizapparats wird auch für die Anwaltstätigkeit Schröders leitend. Dem Strafverteidiger, schreibt der Jüngere in der Festschrift zum Siebzigsten des Älteren, »fällt die Aufgabe zu, denjenigen, welchen vorgeworfen wird, eine der Normen dieser Gesetze verletzt zu haben, ... vor dem Sanktionsanspruch des Staates zu schützen«. ⁶⁸ Die Wege der beiden werden sich immer wieder kreuzen, nicht zuletzt im Niedersächsischen Landtag, dem Holtfort seit 1982 angehört.

Am 27. August 1976 legt der Referendar Gerhard Schröder vor dem Landesjustizprüfungsamt beim Niedersächsischen Ministerium der Justiz die zweite juristische Staatsprüfung ab, und zwar mit der Note »vollbefriedigend«. ⁶⁹ Danach tritt er zunächst wieder in die Kanzlei Holtfort ein, macht sich aber im Frühjahr 1978 selbstständig und gründet mit Hela Rischmüller-Pörtner und Dietrich Buschmann seine eigene Sozietät mit Sitz am Wedekindplatz in Hannover.

Fortan ist Schröder wenn nicht als Juso-Vorsitzender oder danach als Bundestagsabgeordneter als Anwalt im Gespräch, bis Mitte der achtziger Jahre seine politische Karriere in Niedersachsen zum dominanten Thema der Berichterstattung wird. Dass er als Anwalt in die Schlagzeilen kommt, liegt zunächst an seinem Juso-Profil, dann an den Fällen, die er übernimmt oder zu denen er Stellung bezieht. Von Nazis abgesehen, deren Verteidigung er ablehnt, wird keiner aus grundsätzlichen Erwägungen abgewiesen. Ganz gleich ob es um die Rechte von Arbeitern des Emdener VW-Werkes geht, die Anfang 1980 auf Lohnzahlung für wetterbedingte Ausfalltage klagen, oder ob sich Josef Leinen, der Vorsitzende des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz, im Frühjahr 1982 gegen die Anklage wegen seiner Beteiligung

Der Aufbau der RAF, der Roten Armee Fraktion, beginnt Ende der sechziger Jahre. Sie ist ein Produkt der zerbröselnden und sich fraktionsweise bekämpfenden Linken der Bundesrepublik, in deren Trümmern sich hier und da neue Organisationen formieren. Das Spektrum reicht von den Umweltaktivisten der ersten Stunde, die später als Grüne auch parteipolitisch zueinander finden, über die numerisch starke, organisatorisch schwache Friedensbewegung bis hin zum straff organisierten Linksterrorismus der RAF. Die Konturen sind gerade anfänglich unscharf, die Ränder überlappen sich gelegentlich. Wobei vor allem die Frage nach den stillen und heimlichen wie nach den offenen und offensiven Unterstützern und Sympathisanten der Linksterroristen einige Relevanz besitzt. Als führende Köpfe der RAF gelten allgemein die examinierte Volksschullehrerin Gudrun Ensslin, die Journalistin Ulrike Meinhof sowie der Kaufhaus-Brandstifter Andreas Baader, dessen Befreiung aus der Haft unter anderem durch die beiden Frauen organisiert worden ist. Nach der Festnahme der drei und anderer früher Führungsfiguren im Juni 1972 geht die zweite Generation zur nächsten Etappe des sogenannten bewaffneten Kampfes über und hinterlässt in der verunsicherten Republik eine breite blutige Spur.

Im November 1974 wird in Berlin Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann erschossen, Ende Februar 1975 kommt der entführte Berliner CDU-Chef Peter Lorenz frei, weil sich die Bundesregierung erpressen und eine Handvoll Terroristen freilässt. Als acht Wochen später RAF-Gangster die deutsche Botschaft in Stockholm besetzen und die Freilassung von 26 Kumpanen verlangen, bleibt Kanzler Schmidt hart. Die Erstürmung endet in einem Blutbad. Im April 1977 sterben Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seine Begleiter im Kugelhagel einer Maschinenpistole, im Sommer richten RAF-Terroristen den Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, in seinem Privathaus hin, und am 5. September 1977 wird der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hanns Martin Schleyer, entführt. Als sich Kanzler Schmidt entscheidet, den Forderungen der Erpresser nach Freilassung von Baader und anderen nicht nachzugeben, und sich auch durch die Entführung einer Lufthansa-Boeing 737 nicht umstimmen, sondern am 18. Oktober die Maschine in Somalia stürmen lässt, nehmen sich Baader und Ensslin das Leben. Meinhof hat sich schon im Mai 1976 in ihrer Zelle erhängt. Wenig später wird Schleyer von seinen Entführern ermordet.

Acht Monate liegen diese aufwühlenden Ereignisse zurück, als der Anwalt und Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder die Vertretung eines Mitglieds dieser sogenannten Baader-Meinhof-Gruppe übernimmt. Horst Mahler,

Jahrgang 1936, ist eine irrlichternde Gestalt in der außerparlamentarischen Szene der Republik. Der Jurist, der während seiner Studienzeit sowohl Mitglied der SPD als auch einer schlagenden Verbindung gewesen ist, führt zunächst eine bürgerliche Existenz als Anwalt in Berlin-Wilmersdorf – einschließlich Ehefrau und dreier Kinder – und macht sich als Wirtschaftsanwalt und Subventionsberater wohlhabender Bürger einen Namen. Das schließt für ihn ein auch anwaltliches Engagement für die APO, die Außerparlamentarische Opposition, jedenfalls zunächst nicht aus: So vertritt der »brillante Jurist« zum Beispiel Peter Brandt, den ältesten Sohn des SPD-Vorsitzenden und damaligen Außenministers, der am Ostersonntag 1968 wegen Beteiligung an einem »Auflauf« verhaftet worden ist.⁷² Der Übergang zur terroristischen Szene ist auch für Horst Mahler fließend. Als Gründungsmitglied der »Baader-Meinhof-Gruppe« an der Befreiung Baaders sowie an diversen Banküberfällen beteiligt, außerdem in Jordanien für den »bewaffneten Kampf« ausgebildet, wird er am 8. Oktober 1970 in West-Berlin verhaftet und Ende Februar 1973 wegen Bankraubs und Mitgliedschaft in einer »kriminellen Vereinigung« zu 12 Jahren Haft verurteilt.

Ein gutes Jahrzehnt lang, vom Juni 1978 bis April 1989, wird sich Gerhard Schröder immer wieder mit dem Fall Horst Mahlers im Besonderen, mit der Frage des angemessenen Umgangs mit inhaftierten Terroristen im Allgemeinen befassen – juristisch, politisch, publizistisch. Das ist ein Drahtseilakt. Von Anfang an. Denn zum einen ist die Öffentlichkeit, was den Linksterrorismus angeht, aus nachvollziehbaren Gründen praktisch kommunikationsunfähig und in weiten Teilen auch kommunikationsunwillig. Und dann sieht die SPD, Schröders Partei, im Linksterrorismus vielleicht stärker noch als andere Parteien eine elementare Bedrohung. Weil die RAF sich nämlich als linke Organisation versteht und zudem in einigen Punkten mit gesellschaftspolitischen Forderungen aufwartet, die auch auf dem linken Flügel der Jungsozialisten zu finden sind, gibt es ein Abgrenzungsproblem. Jedenfalls für die Jusos. Für die überwältigende Mehrzahl der SPD-Mitglieder, die Parteiführung eingeschlossen, stellt sich die Frage der Abgrenzung schon deshalb nicht, weil es keine gemeinsame Grenze mit Terroristen geben kann.

Wenn sich in dieser Situation ein führender Kopf der RAF erklärtermaßen nicht etwa deshalb an Gerhard Schröder wendet, weil er einschlägige Prozessfahrung hat, sondern weil er der Bundesvorsitzende der Jusos ist, hat der ein Problem. Dass er damit nicht nur gegenüber der Parteiführung, sondern auch in der Öffentlichkeit offensiv umgeht, hat einzig und allein den Grund, dass sich Mahler inzwischen vom Terrorismus distanziert hat. Für alle Fälle wartet der Hannoveraner Rechtsanwalt Gerhard Schröder aber

noch die Wahlen in Niedersachsen ab, wo ein Mitglied aus Schmidts Bonner Kabinett gegen den Amtsinhaber von der CDU antritt, bevor er am 8. Juni 1978 den Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, wissen lässt, dass er die »Vertretung von Horst Mahler übernehmen« werde. Die Partei nimmt das zur Kenntnis, und ihr Vorsitzender Willy Brandt stellt fest: »Das muß ein Anwalt ganz allein entscheiden.«⁷³

So gesehen läuft Schröder kein Risiko, wenn er auch dem *Spiegel* vorsorglich erklärt, »über den Auftrag keineswegs begeistert« zu sein. Zunächst geht es um einen Hafturlaub für Mahler, wie er anderen Gefangenen unter solchen Umständen zusteht. Schröder argumentiert zum einen mit den Wandlungen des Ex-Terroristen, der inzwischen »jeder Form der Gewaltanwendung zur Veränderung der Gesellschaft abgeschworen« habe. Vor allem aber kann der Anwalt ins Feld führen, dass sich Mahler bei der Lorenz-Entführung geweigert hat, »das Gefängnis zu verlassen und sich freipressen zu lassen«. Im Übrigen könne die Gesellschaft in diesem Fall nachweisen, »daß derjenige, der umkehren will, von dieser Gesellschaft auch die Chance zur Umkehr erhält«.⁷⁴

Tatsächlich sind Schröder und Mahler mit ihrem Antrag erfolgreich, so wie es Schröder neun Jahre später auch gelingt, vor dem Bundesgerichtshof die Wiedenzulassung Mahlers als Anwalt zu erwirken. Ein letztes Mal meldet sich Schröder in Sachen RAF zu Wort, als es um die Zusammenlegung der Gefangenen geht. Jetzt tritt er allerdings nicht als Anwalt vor Gericht auf, sondern als Publizist im *Spiegel*. In einem klugen Artikel, der Ende April 1989 erscheint, argumentiert Schröder, dass die fortgesetzte Isolierung gerade zu »Verhärtung und zur Verfestigung«, nicht aber dazu führe, »den RAF-Gefangenen die Unmenschlichkeit und Aussichtslosigkeit ihrer Position einsichtig zu machen«, und im Übrigen den Aufbau von Legenden erleichtere, »die der Stoff sind, aus dem emotionsgeladene Solidarität entsteht«. Dass der Anwalt die »Grenzen«, allen voran »die Sicherheit der Bürger vor dem Terror« sieht und benennt, versteht sich von selbst.⁷⁵

Als Schröder das schreibt, setzt er ein zweites Mal zum Sprung in die Hannoveraner Staatskanzlei an. Inzwischen liegen drei Jahre als Oppositions- und Fraktionsführer im Niedersächsischen Landtag, sechs Jahre als Bundestagsabgeordneter, 13 Jahre als Anwalt und, beginnend mit seiner Göttinger Jusokarriere, 20 Jahre Parteiarbeit hinter ihm, darunter zwei Jahre an der Spitze der Jugendorganisation. Im Rückblick auf diese Zeit wird noch deutlicher als während der Jahre 1978 bis 1980 selbst, wie wichtig diese für die weitere Karriere des Mannes gewesen sind. Hier nämlich testet und perfektioniert er

seine taktischen Fähigkeiten. Das Erfolgsrezept, das Schröder an der Spitze der Jusos anwendet, ist im Kern dasselbe, das er schon auf dem Weg hin zum Vorsitz ausprobiert hat. Mit einer radikal linken Rhetorik wird das Gros der Organisation bei Laune gehalten und allmählich eingeebelt. Hinter dieser Nebelwand beginnt der Strippenzieher mit einer massiven Kurskorrektur, deren Radikalität den meisten erst auffällt, als es zu spät und der Initiator des Ganzen bereits seiner Wege gegangen ist.

So haut der neue Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten erst mal richtig auf die Pauke, bezeichnet den von dem Sozialdemokraten Herbert Ehrenberg, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, angekündigten Verzicht auf die Erhebung der Ausbildungsplatzabgabe als »Buckeln« vor den Unternehmern und spricht von einem »notwendigen Klassenkampf«. ⁷⁶ Herbert Ehrenberg – seit 1955 Mitglied der SPD, seit 1972 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Wilhelmshaven und seit 1975 Mitglied des Bundesvorstandes der Partei – ist wegen seiner ostpreußisch herb-eckigen Art ein leichtes Opfer und wird in diesen Jahren zu einer Art Lieblingsgegner Schröders. Mit dem 20. Rentenanpassungs- sowie dem Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz nimmt Ehrenberg 1977 die ersten, wenn auch behutsamen Einschnitte in das bislang als beliebig belastbar geltende soziale Netz der Republik vor und schlägt damit einen Pfad ein, den der Bundeskanzler Gerhard Schröder zu einer Schneise erweitern wird. Gut 25 Jahre zuvor ist für den Juso-Vorsitzenden das, was »der Arbeitsminister Herbert Ehrenberg tut, ein Schlag direkt ins Gesicht der Partei«, wie er Ende März 1979 in seinem ersten *Spiegel*-Gespräch einem Millionenpublikum erläutert. ⁷⁷ Unter anderen Ehrenberg ist auch gemeint, als Schröder im Frühjahr einen Brief an vier Gesinnungsgenossen schreibt, unter ihnen Karsten Voigt, einen seiner Vorgänger als Juso-Vorsitzender und mitverantwortlich für den Linksrutsch der Organisation seit 1972, der jetzt im Bundestag sitzt. In seinem Brief, der natürlich an die Öffentlichkeit kommt, ruft Schröder dazu auf, bei den Vorstandswahlen des kommenden Parteitages alle die zu boykottieren, die in wichtigen Sachbereichen wie Kernenergie, Entwicklungshilfe, Entspannung oder Abrüstung nicht dem rechten, also linken Kurs folgen.

Bei der insgesamt ohnehin eher verhaltenen Kritik fällt auf, dass Schröder die engere Parteiführung und namentlich Kanzler Helmut Schmidt, wenn möglich, aus der direkten Schusslinie hält. So zum Beispiel nach der Rückkehr aus Moskau, wo er, noch als Hannoveraner Delegierter, die Jusos im Frühjahr 1978 auf dem alle vier Jahre durchgeführten Großkongress der sowjetischen Staatsjugend vertreten hat. Dass sich ein solcher Ausflug zu einer Veranstaltung, an der die gesamte Führungsriege der KPdSU, außerdem Vertreter spa-

nischer, französischer und skandinavischer Sozialisten teilnehmen, für die eigene Profilbildung in der Öffentlichkeit nutzen lässt, ist für Schröder nicht nur willkommener Nebeneffekt.

Dabei war die Reise insgesamt ein Reifall. Die führenden Sowjets bekommen die Jusos nicht mal aus der Ferne zu Gesicht. Da nämlich Klaus Uwe Benneter, der die Delegation leitet, West-Berliner ist, werden die Nachwuchssozialisten »nicht nur nicht gebührend, sondern überhaupt nicht empfangen«: »Statt eines komfortablen Schlafwagens«, erinnert sich Benneter viele Jahre später, »hängten unsere Gastgeber für uns einen Holzklasse-Waggon an einen Linienzug. Mit der Folge, dass unser Waggon in jedem Bahnhof über den Bahnsteig hinausragte.«⁷⁸ Ein Kontakt zu den sowjetischen Jungfunktionären gelingt nur, weil die westdeutschen Genossen das Protokoll umgehen.

Von alledem erfährt der Zeitungsleser in Hannover natürlich nichts. Hier ist von der großen Politik, von Moskaus expansiver oder, wie Schröder mit gutem Argument meint, eben nicht expansiver Politik oder auch vom Abrüstungs- und Entspannungsprozess die Rede. Und weil der Jungsozialist dafür nicht die eigene Regierung in die Verantwortung nehmen will, muss halt die »konservative Bürokratie im Auswärtigen Amt« für die Stagnation in diesem Bereich erhalten.⁷⁹ Bei dieser Strategie bleibt Schröder bis ins Frühjahr 1979, ruft zwar zum Beispiel Anfang dieses Jahres zum Kampf »gegen das Kapital« auf und bilanziert, dass sich das »politische Klima in der SPD und ihre Politik« seit dem Ende der Ära Willy Brandts »grundlegend geändert« hätten. Allerdings vermeidet er es nach wie vor sorgfältig, den Bundeskanzler in diesem Zusammenhang institutionell oder gar namentlich anzusprechen.⁸⁰ Bei seiner Eröffnungsrede auf dem Aschaffener Juso-Kongress, den er »insgesamt stark bestimmte«, streicht Schröder sogar die geplanten Angriffe auf Helmut Schmidt aus dem Redemanuskript, erklärt dann aber im kleinen Kreis, er »stehe dennoch zu jedem, also auch zu dem nicht gesprochenen Wort«.⁸¹

Wenn Schröder in dieser Zeit auf den Kanzler und seine Politik eingeht, tut er das sehr verhalten und bedient sich dabei, wie Ende März 1979 in seinem Gespräch mit dem *Spiegel*, eines simplen Tricks: Weil Schmidt die »öffentliche Debatte weitgehend beherrscht«, sieht der Juso-Vorsitzende »die objektive Gefahr«, dass »die SPD immer mehr ins Hintertreffen gerät« und ihre Politik nicht »so weit nach vorne entwickelt«, dass »eben auch morgen noch Wähler bei der SPD bleiben«.⁸² Mit anderen Worten: Eigentlich ist der Kanzler ja kein schlechter Kerl, nicht einmal seine Politik ist pauschal in Grund und Boden zu verdammen, nur leider und vielleicht sogar ganz ungewollt steht er mit seinen Themen »objektiv« im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, und das hilft der SPD nicht weiter.

Für diese gezähmte Kritik hat Gerhard Schröder einen triftigen Grund. Der Juso-Vorsitzende will einen Termin beim Kanzler. Allein, exklusiv, unter vier Augen. Das ist gut fürs Ego, es hilft bei der Fortsetzung der Gratwanderung in der eigenen Organisation, und es ist, so glaubt Schröder, unerlässlich für das Erreichen seines nächsten Ziels, der Kandidatur für den Bundestag. Am 9. Juni 1979 ist es endlich so weit. Helmut Schmidt empfängt den Bundesvorsitzenden der Jusos zu einem Vier-Augen-Gespräch im Kanzleramt.

Helmut Schmidt ist für das Amt des Kanzlers prädestiniert wie kein Zweiter vor und kein anderer nach ihm. Als der Sohn eines unehelich geborenen Volksschul- und späteren Diplomhandelslehrers mit jüdischen Wurzeln am 23. Dezember 1918 in Hamburg zur Welt kommt, ist die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg gerade besiegelt, die Monarchie gestürzt, der Kaiser geflohen. Die reformpädagogisch geprägte Schulzeit an der Hamburger Lichtwarkschule ist ein Glückfall. Doch kaum hat Schmidt das Abitur in der Tasche, machen zunächst der Reichsarbeits-, dann der Kriegsdienst alle Pläne zunichte. Schmidt, der Architekt und Städtebauer werden wollen, wird nun Oberleutnant in Hitlers Armee. Im Winter 1941/42 übersteht er die Niederlage der Heeresgruppe Mitte vor Moskau, Anfang September 1944 verfolgt er als Zuhörer einen der Schauprozesse Roland Freislers gegen die Männer des 20. Juli. Der Witwe Ulrich von Hassells, eines der zum Tode Verurteilten, schreibt er einen bewegenden Brief;⁸³ ein Bild Julius Lebers, des hingerichteten Arbeiterführers, hängt später in seinem Büro.

Wer das ohne Schaden an Leib und Seele überlebt, wird in der Zukunft keine Hürde, sondern eine zu meisternde Herausforderung sehen. Was in ihm steckt, haben schon Schmidts Vorgesetzte und Untergebene während der Kriegsjahre erkannt: »... seine Veranlagung, sein Fleiß und sein fester Wille lassen ihn hervorragende Leistungen zeigen.« Eben deshalb »neigt er ... zu einer gewissen Überheblichkeit«. Und »alles mit einem Tempo, das einem zuerst den Atem verschlägt. Er bekümmert sich um alles, verlangt viel von sich und den anderen. Tadellos!«⁸⁴ Dabei bleibt es – zeitlebens und in jeder Hinsicht.

Als Helmut Schmidt aus kurzer britischer Kriegsgefangenschaft nach Hause kommt, ist er siebenundzwanzig – und aus Überzeugung Sozialdemokrat. 1946 tritt er der SPD bei. Ohne den Krieg hätte Schmidt seine weltanschauliche Heimat wohl kaum in den Reihen der Genossen gesucht und gefunden. Ihren Stallgeruch jedenfalls hat er nie angenommen, ein in der Wolle gefärbter Sozialdemokrat ist er nie gewesen, und auf die Idee, den Parteivorsitz zu übernehmen, sind weder er noch die anderen je gekommen.

Das erweist sich in seiner Kanzlerzeit als Handicap und Fehler, einmal abgesehen davon, dass Willy Brandt diesen Platz auch in der Zeit, als es für Schmidt darauf angekommen wäre, freiwillig niemals geräumt hätte. Spätestens seit Mitte der sechziger Jahre ist das politische Schicksal Helmut Schmidts an dasjenige Willy Brandts gebunden wie an das keines anderen Sozialdemokraten, von Herbert Wehner vielleicht abgesehen.

Der Aufstieg in der Partei und in der Politik ist rasant. Kaum hat Schmidt das Studium der Staatswissenschaften und der Volkswirtschaft hinter sich, wird er 1952 Verkehrsdezernent seiner Heimatstadt und geht 1953 als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag. Weil Helmut Schmidt – wie später auch Gerhard Schröder – weiß, dass die Berufung zu Höherem eine Bewährungsprobe jenseits der Hauptstadt voraussetzt, kehrt er 1961 als Polizeisenator nach Hamburg zurück und kann sich dort im Februar 1962 als Krisenmanager in der Flutkatastrophe einen weit über die Hansestadt hinausreichenden Ruf erwerben.

Eben die Fähigkeit, Krisen zu meistern, ist gefragt, als Schmidt, nachdem er 1965 in den Bundestag zurückgekehrt ist, Anfang 1967 von Fritz Erler den Vorsitz der Fraktion übernimmt und diese sicher durch die Große Koalition steuert. Danach geht es Schlag auf Schlag. Mit der Bildung der sozial-liberalen Koalition wird Helmut Schmidt zunächst Verteidigungsminister, nach dem Rücktritt Karl Schillers 1972 Finanzminister. Zu diesem Zeitpunkt ist er nicht nur Mitglied von Vorstand und Präsidium seiner Partei, sondern auch einer der Stellvertreter des Parteivorsitzenden Willy Brandt, den er im Mai 1974 als Bundeskanzler beerbt.

Helmut Schmidt hat schon den jungen Gerhard Schröder schwer beeindruckt. Erklärtermaßen ist dessen markante Persönlichkeit 1963 für Schröder einer von drei Gründen gewesen – die anderen waren die Sozialisation durch die Mutter und der Einsatz der Partei für die soziale Gerechtigkeit –, der SPD beizutreten. Bei diesem Respekt und in mancher Hinsicht auch bei dieser Vorbildfunktion des Hamburgers für den Hannoveraner bleibt es auch in jenen Jahren, in denen der Bundestagsabgeordnete Schröder in der Partei wie im Parlament in einigen Fragen zu einem dezidierten Kritiker des Bundeskanzlers Schmidt wird, ohne allerdings im Bundestag jemals die Hand gegen ihn zu heben, solange dieser im Kanzleramt residiert.

Im Dezember 1988, als Schmidt siebzig wird, verfasst Schröder, inzwischen Oppositionsführer im Niedersächsischen Landtag, eine bemerkenswerte Würdigung des Mannes, den er, »noch nicht zwanzig« Jahre alt, bewundern lernte – wegen der »Entschiedenheit seines Handelns« und der »Art

Rahmen für diese Feststellung ist bezeichnenderweise ein großer Vortrag über Willy Brandt, den Schröder am 21. August 2002, also mitten im Wahlkampf um eine zweite Amtszeit, in Berlin hält und der ihn zu einem Vergleich der beiden führt: »Willy Brandt haben wir geliebt – Helmut Schmidt geachtet und verehrt ... Helmut Schmidt war mehr als der kluge Verwalter der Erbschaft Willy Brandts. Er hat den Stil demokratischen Regierens in der Bundesrepublik auf seine Weise gestaltet. Nüchterner, aber doch – oder eben darum – ein brillanter Parlamentarier. Auch ohne die Inspiration des Visionären, das er immer ein wenig fragwürdig ... fand. Den Anspruch auf die geistige, die moralische Führung des Volkes wies er für die Politik ausdrücklich zurück – und erfüllte ihn dennoch, gleichsam hinter seinem eigenen Rücken.«⁸⁶

Fast ein Vierteljahrhundert zuvor, als er Schmidt seinen öffentlichkeitswirksamen Besuch im Kanzleramt abstattet, sieht Schröder manches noch ganz anders. Die Jusos im Nacken und die Karriere im Blick, gilt es sorgfältig abzuwägen, wo man diesem Kanzler politisch folgen kann und wo nicht. Es sind heiße und bewegte Zeiten, in der internationalen Politik wie zu Hause. Abgesehen vom wieder erkaltenden ost-westlichen Klima, das sich vor allem im dramatisch eskalierenden Konflikt über die landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa niederschlägt, sorgen die Verwerfungen im Mittleren Osten für nervöse Aufmerksamkeit. Seit Resa Pahlevi, der Schah von Persien, Mitte Januar 1979 fluchtartig das Land geräumt und es den Mullahs überlassen hat, kommt die Region endgültig nicht mehr zur Ruhe. In der Folge steigen die Öl- und damit die Spritpreise auch in der Bundesrepublik rasant an und verstärken die ohnehin krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft. Ein sechswöchiger Streik in der Stahlindustrie, mit dem – Ende November 1978 beginnend – der Kampf für die Einführung der 35-Stunden-Woche eingeläutet worden ist, deutet darauf hin, dass harte Auseinandersetzungen anstehen. Auch in der Politik.

Niemand weiß, wie lange sich der Kanzler im Amt halten wird, ob er überhaupt die nächste Bundestagswahl im Herbst 1980 für sich und seine Partei entscheiden kann. Sollte das gelingen, stehen die großen Auseinandersetzungen, beispielsweise über die Umsetzung des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses, ja erst noch bevor. Da ist es wichtig, dass die Reihen hinter der Regierung geschlossen sind. Kanzler Schmidt wird den Eindruck gewonnen haben, dass er sich auf den Noch-Juso-Vorsitzenden verlassen kann, sollte es hart auf hart kommen.

So ist es einstweilen auch, denn bis Gerhard Schröder in den Bundestag gewählt ist, hält er sich mit regierungs- oder gar kanzlerkritischen Äußerungen zurück, achtet aber, solange er noch Vorsitzender der Jusos ist, zugleich

darauf, diese nicht zu verprellen. Wer weiß, wann man den einen oder die andere wieder braucht. Eine geradezu ideale Situation ergibt sich, als CDU und CSU Franz Josef Strauß als Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl nominieren. Hier lassen sich vorsichtige regierungskritische Töne, der Schulterschluss mit der Partei sowie von dieser wahrnehmbare Warnungen an die eigene Basis trefflich miteinander verbinden: »Es geht«, sagt der Vorsitzende der Jusos im Spätsommer 1979, »um bürgerliche Demokratie, vertreten von der SPD mit klaren Schwerpunkten in der Sozialpolitik gegen einen Polizeistaat ... Unsere Wahlaussage für die SPD heißt nicht, daß die Jusos mit der gegenwärtigen Regierungspolitik einverstanden sind. Dennoch lassen sich die Dinge nur mit der Partei regeln. Wer das Spielchen ›denen wischen wir eins aus‹ machen will, wird zu spät erkennen, daß die Veränderungen der nächsten Jahre durch eine Unionsregierung nicht mehr rückgängig zu machen sind.«⁸⁷

Eng wird es noch einmal Mitte Dezember 1979, als Schröder, noch immer Vorsitzender der Jusos, zur Wahl des SPD-Kandidaten für den Wahlkreis Hannover-Land I antritt. Das ist das Terrain der traditionsbewussten niedersächsischen Sozialdemokratie, und es ist die Heimatbasis Egon Frankes, des führenden »Kanalarbeiters« in der SPD. Zwar haben diese den Höhepunkt ihres Einflusses hinter sich, aber sie zu unterschätzen, wäre fahrlässig. Das weiß Schröder, denn er kennt Franke. Der gebürtige Hannoveraner des Jahrgangs 1913 hat 1947 dem ersten gewählten Niedersächsischen Landtag angehört, ist aber schon 1951 nach Bonn gegangen, um dort an seiner bundespolitischen Karriere zu arbeiten. Seit 1964 Mitglied des SPD-Präsidiums, zeitweilig auch der Fraktionsführung im Bonner Parlament, wird er mit Bildung der sozial-liberalen Koalition im Herbst 1969 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, wie das vormalige Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen jetzt heißt.

Zu diesem Zeitpunkt verfügt Franke über eine eigene Hausmacht. Diese »Kanalarbeiter«, eine Gruppierung von rund 100 SPD-Abgeordneten des Bundestages, treffen sich regelmäßig zunächst in der Bonner Kneipe »Rheinlust«, später im »Kessenicher Hof«. Wenn die Truppe auch »mehr durch intensive Geselligkeit als durch eine minuziös ausgeklügelte Strategie« auffällt,⁸⁸ sollte man den Einfluss der eher konservativen und traditionsbewussten, zudem numerisch starken Fraktion in der Fraktion nicht unterschätzen. Allerdings beginnt ihr Stern in der Ära des Kanzlers Brandt, die ja mit einer zunehmenden Orientierung der Partei nach links einhergeht, rasch zu sinken.

Zwar kann Egon Franke seinen Ministerposten bis zum Ende der sozial-liberalen Koalition behaupten, muss aber schon 1973 seinen Sitz im Präsidium, zwei Jahre später auch den ersten Platz auf der niedersächsischen Lan-

desliste an Karl Ravens, seinen auch nicht gerade linken Ministerkollegen für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau im Kabinett Schmidt, abtreten. Unbeschadet dieses unaufhaltsamen parteiinternen Abstiegs kann Franke seine Truppen zusammenhalten: Die Kanalarbeiter beziehungsweise »Seeheimer«, die seit Mitte der siebziger Jahre an ihre Stelle treten, bleiben ein Faktor von Gewicht, ganz gleich ob sich die SPD an der Regierung oder in der Opposition befindet. Wenn sie rufen, findet sich auch im Terminkalender des Kanzlers Gerhard Schröder fast immer ein Platz.

Anfang der achtziger Jahre ist das lange von der Franke-Fraktion beackerte Hannoveraner Land für einen Mann mit dem politischen Profil des Juso-Vorsitzenden ein schwieriges Terrain. Weil er sich nicht sicher sein kann, dass die Genossen zwischen Neustadt am Rübenberge und Lehrte seine Kurskorrekturen der vergangenen zwei Jahre zu würdigen wissen oder überhaupt mitbekommen haben, fährt er zweigleisig. Zum einen besorgt er sich besagten Termin bei Kanzler Schmidt, der hier im Norden hoch im Kurs steht. Zum anderen lässt er während der Ochsentour durch die SPD-Ortsvereine in seinem künftigen Wahlkreis keinen Zweifel, dass er sich während des Bundestagswahlkampfes an die Mehrheitsentscheidungen des Berliner Parteitages halten werde, obgleich er dort zum Beispiel in der Energie- und NATO-Politik die Minderheitenmeinung vertreten hat.

Da zeigt sich eine weitere Stärke des inzwischen fünfunddreißigjährigen Anwalts aus Hannover. Wenn der Mann in Form ist und die Rahmenbedingungen passen, kann er sein Auditorium im Handumdrehen überzeugen. Selbst dann, wenn er heute eine ganz und gar andere Position vertritt als noch gestern. Und so nehmen ihm die Delegierten seine Läuterung ab, geben ihm den Vortritt vor der Fachhochschulprofessorin Monika Ganseforth, Stadträtin in Neustadt am Rübenberge, und bestimmen ihn mit 56 gegen 40 Stimmen als ihren Kandidaten für die Bundestagswahl 1980.

Muss man erwähnen, dass es nicht bei Schröders hehrer Absicht bleibt? Kaum dass er nominiert ist, stellt er auch schon die eine oder andere Entscheidung der Bundesregierung infrage. So zum Beispiel ihre Empfehlung an das Nationale Olympische Komitee, der Aufforderung der amerikanischen Regierung zu folgen und den Einmarsch der Sowjets nach Afghanistan unter anderem mit einem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau zu beantworten, den Schröder »immer für falsch gehalten« hat.⁸⁹ Oder den NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979, der auf eine Anregung des deutschen Bundeskanzlers zurückgeht und mit dem das Atlantische Bündnis auf die einseitige sowjetische Hochrüstung durch hochmobile, mit Mehrfachsprengköpfen

ausgerüstete Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 reagiert. Danach gilt als beschlossen, die Mittelstreckensysteme der NATO »durch die Dislozierung von amerikanischen bodengestützten Systemen in Europa zu modernisieren. Diese Systeme umfassen 108 Abschußvorrichtungen für Pershing II, welche die derzeitigen amerikanischen Pershing Ia ersetzen werden, und 464 bodengestützte Marschflugkörper«, sogenannte Ground-Launched Cruise Missiles (GLCM). Der Beschluss zielt auf die Wiederherstellung einer glaubwürdigen Abschreckung durch die Modernisierung bestehender Systeme. Es geht nicht darum, den sowjetischen Vorsprung einzuholen. Deshalb betonten die Außen- und Verteidigungsminister der NATO auch, dass sie im Zuge der Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen »so bald wie möglich« 1000 amerikanische Nukleargefechtsköpfe aus Europa abziehen wollen.

Noch wichtiger aber ist der zweite Teil des Doppelbeschlusses, nämlich das Angebot an die Adresse Moskaus, »so bald wie möglich« Verhandlungen aufzunehmen. Über die weitreichenden taktischen Nuklearwaffen soll im Rahmen eines dritten Abkommens über die Begrenzung der strategischen Nuklearwaffen SALT verhandelt werden. Nach Auffassung der Minister sollen die Begrenzungen »in einer Form vereinbart werden, die de jure Gleichheit sowohl für die Obergrenzen als auch für die daraus resultierenden Rechte festlegt«. ⁹⁰ Kaum ein zweites Thema hat die Regierung Schmidt nach den Wahlen des Herbstes 1980 derart belastet und maßgeblich zu ihrem vorzeitigen Ende beigetragen wie dieses. Und wie im Falle des Olympia-Boykotts ist Schröder auch in diesem der Ansicht, dass die Entscheidung »falsch« war. ⁹¹

Beide Aussagen fallen in die letzten Maitage 1980, die zugleich die letzten Tage des Juso-Bundesvorsitzenden und die ersten Tage des aufziehenden Bundestagswahlkampfes sind. Gut möglich, dass Gerhard Schröder bei den langjährigen Weggefährten eine Art Vermächtnis hinterlegen will. Wahrscheinlicher ist, dass er diese Positionen im Wahlkampf für mehrheitsfähig hält. So oder so hinterlässt sein Taktieren einen schalen Beigeschmack. Von Rückgrat keine Spur, wohl aber von bedenklichem Opportunismus. Nun gehört eine ordentliche Portion Opportunismus zum Wesen der Politik. Wer gewählt und wiedergewählt werden will, muss der Stimmung im Lande Rechnung tragen. Und Stimmungen schwanken nun einmal. So gesehen agiert Schröder wie der typische Politiker. Andererseits stehen diese Anpassungsfähigkeit und Beliebigkeit in einem greifbaren Widerspruch zu der Verlässlichkeit, die den Mann im nichtöffentlichen Bereich auszeichnet. Schröder hält das aus, sieht den Widerspruch nicht einmal, ist in dieser Hinsicht mit sich im Reinen. Außenstehende, auch Betroffene dieser Wandlungsfähigkeit, nehmen das naturgemäß anders wahr. Sie gehen erst in Deckung und dann in

die Offensive. Das ist nicht ungefährlich, zumal Schröders Gegner vor allem während der neunziger Jahre rudelweise auftreten. Dann wird ihn diese Attitüde des »Heute so und morgen eben anders« wie ein Bumerang treffen und fast aus der Bahn werfen.

Einstweilen scheint er mit dieser Haltung, die eben keine ist, ganz gut zu fahren. Immerhin hat Gerhard Schröder es auf der ersten Etappe seiner politischen Karriere zum Bundesvorsitzenden einer zwar schwierigen, aber eben auch medienpräsenten Organisation gebracht. Das ist ein gewaltiger Erfolg. Und schon ist die nächste Etappe in Sicht. Zunächst aber gibt es Wahlkampf. Für Gerhard Schröder ist es, von organisations- beziehungsweise parteiinternen Wettbewerben abgesehen, der erste, in dem er sich selbst zu stellen hat, und schon bald zeigt sich, dass er in seinem Element ist. Was man bis hin zu seinem letzten Wahlkampf im Sommer 2005 immer wieder beobachten wird, ist hier erstmals zu besichtigen: Während dieser Kampagnen ist der Kämpfer in Bestform, vor allem dann, wenn die Chancen nicht besonders gut sind.

In diesem Herbst 1980 sind sie allerdings gar nicht mal schlecht, weil er mit dem Listenplatz 17 aussichtsreich gesetzt ist. Aber natürlich hat Schröder den Ehrgeiz, seinen Wahlkreis direkt zu holen. Alles andere wäre überraschend. Und so macht er sich auf den Weg übers Land und legt mit dem parteieigenen weißen Bulli rund 15 000 Kilometer zurück. Kein Stammtisch und kein Sportverein, keine Freiwillige Feuerwehr und kein Verein sozialdemokratisch organisierter Frauen ist Schröder zu abgelegen oder zu weit entfernt, um nicht bedient zu werden. Auch die politische Konkurrenz nicht. Als die Junge Union Berenborstel per Plakat zu einem »Schröder-Tribunal« einlädt, um gegen den »Marx-Schröder« mobilzumachen, staunen die Organisatoren nicht schlecht, als der dort auftaucht und Rede und Antwort steht. Bei dieser Gelegenheit bekommt Schröder im Übrigen erstmals einen Vorgeschmack auf kommende Wahlkämpfe. Wenn es um die Verunglimpfung seiner Person geht, sind Niedersachsens Christdemokraten nicht zimperlich.

Der Einsatz auf dem Lande lohnt sich. Als am Abend des 5. Oktober die Stimmen im Wahlkreis Hannover-Land I ausgezählt werden, hat Gerhard Schröder auch die nächste Hürde seiner politischen Laufbahn genommen. Und zwar souverän. Mit 50 Prozent holt er mehr Erst- als seine Partei Zweitstimmen, gewinnt seinen Wahlkreis direkt und zieht jetzt für vier Jahre als Abgeordneter des Deutschen Bundestages an den Rhein. Jedenfalls geht er davon aus, dass es vier Jahre sein werden. Dass es anders kommen, dass die Legislaturperiode auf halber Strecke beendet wird, liegt nicht zuletzt an beträchtlichen Schwierigkeiten, die er und seinesgleichen dem eigenen Kanzler bereiten.

Der Kandidat

1980 – 1990

Es wird ein langer Weg. Als Gerhard Schröder am 4. November 1980 seinen Platz als Mitglied des Deutschen Bundestages einnimmt, schaut er von der Abgeordneten- auf die Regierungsbank. Da will er hin. Hinter ihm liegen, beginnend mit seinem Eintritt in die SPD, beinahe 18 Jahre, in denen er auf der politischen Linken gewirkt und gestaltet hat. Vor ihm werden weitere 18 Jahre liegen, in denen er in einer von ihm entdeckten »Neuen Mitte« seinen Platz finden und so die Voraussetzung für die Erfüllung seines Lebensstraums schaffen wird: den Einzug ins Kanzleramt.

Bis dorthin sind zahlreiche Hürden zu nehmen. Sie bestehen vor allem aus Kandidaturen. Immer wieder muss Gerhard Schröder in den kommenden Jahren seinen Hut in den Ring werfen, um erst einmal jene entscheidende Position, die des Ministerpräsidenten von Niedersachsen, zu erreichen, von der aus er die Erstürmung des Kanzleramtes in Angriff nehmen kann. Also bewirbt er sich – in allen Fällen wiederholt – um Listenplätze für die Wahlen zunächst des Deutschen Bundestages, dann des Niedersächsischen Landtages, um den SPD-Vorsitz im Bezirk Hannover und um den Vorsitz seiner Partei in Niedersachsen, um den Vorsitz seiner Fraktion im Landtag zu Hannover und damit um die Führung der Opposition, um die Nominierung als Kandidat seiner Partei für das Amt des Ministerpräsidenten und natürlich um dieses Amt selbst. Ein enormes Programm, das Kräfte kostet, die einmal fehlen könnten. Dabei ist es ja nur das Vorprogramm zum eigentlichen Stück, der Eroberung des Kanzleramtes.

Offiziell und öffentlich ist davon einstweilen noch keine Rede. Aber dass Gerhard Schröder diesen Traum spätestens mit dem Einzug in den Bundestag träumt und nicht zuletzt deswegen nach Bonn gegangen ist, hat mancher bezeugt, der ihn damals aus der Nähe erlebte. Zum Beispiel Heiko Gebhardt, Jahrgang 1942, der Schröder schon seit Jahren kennt, als Chefreporter des *Stern* nicht unwesentlich dessen öffentliches Profil mitgestalten und ihn später auch in den Wahlkämpfen beraten wird. Gebhardt gehört wie Schröder zu

jenem »Quartett Infernal«, das es seit Ende der siebziger Jahre mehr oder weniger regelmäßig nach Ibiza zieht.¹ Schon in der engen, randvollen Chartermaschine, berichtet Gebhardt viele Jahre später, »malte er uns lautstark aus, wie es denn sein würde, wenn wir ihn später einmal in seiner viel komfortableren Kanzlermaschine begleiten dürften«. Abends am Strand griff er dann »auf seine Art nach den Sternen, trug vor, wie er sich neben Willy Brandt und Helmut Schmidt im Buch der deutschen Geschichte positionieren wollte ... So ging das in den nächsten Tagen weiter mit unserem ›Kanzler‹ – wie wir ihn längst nannten.«²

So ist es wohl gewesen. Wie es auch richtig ist, dass Schröder während der kommenden sechs Jahre, die er in Bonn zubringen wird, irgendwann einmal – nächtens und angetrunken – am Gitter des Kanzleramts gerüttelt und gerufen hat: »Ich will da rein!« Das ist später nicht nur von ihm selbst, sondern auch von anderen bestätigt worden, die wie Renate Schmidt dabei gewesen sind. Schmidt, Jahrgang 1943, hat, weil mit siebzehn schwanger, das Gymnasium vor dem Abitur verlassen müssen und war danach, von einigen Jahren der Selbstständigkeit abgesehen, beim Versandhaus Quelle in Fürth tätig. Seit 1972 Mitglied der SPD, zieht sie mit Gerhard Schröder in den Bundestag ein, ist wie dieser eine der Sprecher der parlamentarischen Linken und weiß zu berichten, dass Schröder nicht nur das eine Mal an besagtem Gestänge gerüttelt hat. Dass er da wirklich rein will, nimmt Renate Schmidt ihm aber erst ab, als er 1986 in Niedersachsen um das Amt des Ministerpräsidenten kämpft, nicht gewinnt und dennoch als Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer in Hannover bleibt.³

Um tatsächlich irgendwann in das zu jener Zeit von Helmut Schmidt souverän verwaltete Amt gewählt zu werden, bedarf es einer Portion Mut, harter Arbeit, natürlich auch des Glücks. Zunächst und vor allem muss die Mutation vom radikal linksbewegten jungen Sozialisten zum gleichermaßen moderaten wie profilierten Politiker mit staatsmännischem Potential bewerkstelligt werden. Daran arbeitet Schröder mit dem ihm eigenen Ehrgeiz und mit bemerkenswertem Geschick. Dass ihm knappe vier Jahre später die nicht gerade linkslastigen Genossen in Niedersachsen zutrauen, das Amt des Ministerpräsidenten erstens erkämpfen und zweitens ausfüllen zu können, ist beachtlich.

Allzu viele Möglichkeiten, sich zu profilieren, hat der sechsunddreißigjährige Anwalt aus dem Wahlkreis Hannover-Land I einstweilen nicht. Zum einen ist er einer von 228 Abgeordneten seiner Fraktion, die zehn Berliner eingerechnet. Und dann gehört er zu ihren insgesamt 67 Neulingen und hat

sich, wie in diesem Geschäft üblich, mit und unter diesen hinten anzustellen. Und zwar in jeder Hinsicht – bei der Wahl des Büros und der Mitarbeiter, in den Ausschüssen, vor allem aber auf der Rednerliste. Fast ein halbes Jahr geht ins Land, bis Schröder im Plenum erstmals das Wort ergreifen kann, von Fragen oder Zwischenrufen einmal abgesehen. Nicht einfach für einen Mann, der sich als Vorsitzender eines medienwirksamen Verbandes wie der Jusos mehr oder weniger jederzeit an die Öffentlichkeit wenden konnte und der weiß, dass sein Weg nach oben mitten durch diese Öffentlichkeit führen muss.

Sein Quartier als Abgeordneter nimmt Schröder im siebten Stock des Abgeordnetenhochhauses am »Tulpenfeld«. Das mit 114 Metern lange Zeit höchste Gebäude Bonns ist vom Architekten Egon Eiermann entworfen und 1969 bezogen worden. Nach dem langjährigen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier vom Volksmund »Langer Eugen« genannt, ist es eines der Wahrzeichen der Hauptstadt, von der 1980 kaum noch jemand glaubt, dass sie ein Provisorium ist. Um die räumlichen Verhältnisse etwas großzügiger als eigentlich zugestanden gestalten zu können, gründet Gerhard Schröder mit Peter Struck eine Bürogemeinschaft.

Schröder und der etwas ältere Zimmernachbar am Tulpenfeld kennen sich aus der Parteiarbeit in Niedersachsen. Peter Struck, am 24. Januar 1943 in Göttingen geboren, studierte nach dem Abitur in seiner Heimatstadt, später in Hamburg Rechtswissenschaften, schloss dieses Kapitel 1970/71 mit dem zweiten Staatsexamen und der Promotion ab und ist seit 1983 als Anwalt zugelassen. Seit 1964 Mitglied der SPD, beginnt Struck seine politische Laufbahn als Mitglied des Kreistages im Landkreis Uelzen und gelangt über diverse Stationen, darunter als Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD in Hannover, in den Deutschen Bundestag, dem er seit 1980 mit einem Mandat der SPD-Landesliste Niedersachsen angehört.

Damit beginnt eine Partnerschaft, die nicht frei von Umwegen und manchem Zerwürfnis bis zum Ende von Schröders Kanzlerschaft dauern wird. Immer wieder werden sich die Wege der beiden kreuzen, und am Ende wird Struck einer der wichtigsten politischen Weggefährten des Bundeskanzlers sein. »Mehr als dreißig Jahre« werden sie im »gleichen Team« spielen, wie sich Struck erinnert, »mal enger, mal nur aus der Distanz verbunden. Mal gemeinsam im Bezirksvorstand, mal in einer Bonner Bürogemeinschaft, mal der eine im Land, der andere im Bund.«⁴ Dass es Struck nicht lange in der Bürogemeinschaft mit Schröder hält, liegt weniger an politischen Fragen, über die man bald in Streit gerät, als vielmehr an der Lage des Langen Eugen. Struck ist der Weg zum Parlamentsgebäude zu weit.

Natürlich ist das eine Frage des persönlichen Empfindens, denn Bonn ist tatsächlich eine Kleinstadt, und selbst der Stadtteil Poppelsdorf ist im Zweifelsfall zu Fuß zu erreichen. Dort, in der Kirschallee 6, hat Gerhard Schröder sich eingemietet. Das Zimmer – 40 Quadratmeter für 500 D-Mark – kann er sich spielend leisten. Denn zum ersten Mal in seinem Leben verdient er ordentlich. Die Diäten von 7500 D-Mark zuzüglich 4500 D-Mark steuerfreier Pauschale reichen aus, um neben dem Bonner Zweitwohnsitz die Altbauwohnung am hannoverschen Stadtwald Eilenriede zu halten. Das ist wichtig, weil Schröders Frau Anne dort wohnen bleibt – und weil er den nächsten Schritt seiner Karriere in Niedersachsen plant. Die Bonner Bleibe gehört zu einer Gemeinschaft, in der sich sechs bis sieben Bewohner, zumeist jüngere Sozialdemokraten und Grüne, Küche, Wohnzimmer und zwei Bäder teilen.⁵ Die eine oder der andere wird den Weg Gerhard Schröders in den kommenden Jahren wieder kreuzen. So gesehen ist die Bonner Wohngemeinschaft auch eine der Brutstätten rot-grüner Koalitionen.

Eine andere ist die schräg gegenüber dem Bundeskanzleramt gelegene Kneipe »Provinz«, wo sich Abgeordnete, Funktionäre und andere mehr oder weniger wichtige Repräsentanten beider Parteien nach getaner Arbeit auf das eine oder andere Bier einfinden. Folglich sieht man hier auch regelmäßig jene Journalisten, die sich für eben diese Klientel interessieren. Der neue SPD-Abgeordnete aus Niedersachsen ist ihnen natürlich schon ein Begriff, denn er hat inzwischen ein mediales Profil.

Gerhard Schröder kann mit den Medien, auch mit dem immer noch ziemlich jungen Fernsehen, das allerdings in den frühen achtziger Jahren auf gerade einmal drei Kanälen sendet, und das auch nicht rund um die Uhr. Die politische Berichterstattung besteht im Wesentlichen aus den Nachrichten, der gelegentlichen Direktübertragung von Bundestagsdebatten, noch seltener ausgestrahlten und nach parteipolitischem Proporz sortierten Magazinen sowie ab und an einer Reportage oder auch einer Interviewsendung wie der legendären von Günter Gaus bestrittenen Reihe *Zur Person*. Als Schröder am 4. Oktober 1979 erstmals in einer Fernsehdiskussion mit den Vorsitzenden der übrigen Partei-Jugendorganisationen auftaucht, sorgt er mit der Aufforderung, der Landesvorsitzende der Jungen Union Bayern, Alfred Sauter, solle »die zweite Silbe seines Namens« streichen, gleich für einen Paukenschlag; Sauter hatte insinuiert, auch die Nationalsozialisten seien Sozialisten gewesen. Zu den politischen Gegnern, mit denen sich der Juso-Häuptling im Fernsehen besonders gerne streitet, gehört der wenige Jahre ältere Edmund Stoiber, der es 1978 zum Generalsekretär der CSU gebracht hat. Bei allen

Gegensätzen in der Sache haben die beiden bald einen direkten Draht, der sich in den kommenden Jahrzehnten als belastbar erweisen wird.

Während seiner frühen Bonner Abgeordnetenjahre sieht man Schröder dann des Öfteren im Magazin *Panorama* und vor allem im *Bericht aus Bonn*. Bei *Panorama* ist es Stefan Aust, der sich für Horst Mahler und damit natürlich auch für dessen Verteidiger interessiert. Und weil er gute Verbindungen zu den beiden Fernsehjournalisten Harald Brand und Sven Kuntze, dem zeitweiligen Lebensgefährten seiner späteren vierten Ehefrau, unterhält, schafft er es auch immer wieder einmal in den wöchentlich ausgestrahlten *Bericht aus Bonn*, der in der gleichnamigen Republik eine Institution ist. Neben diesem staatstragenden Teil gibt es im Fernsehen den Schröder zum Anfassen, der in den Monaten und Jahren vor seiner ersten großen Wahl durch Niedersachsen tourt, für sich und, wenn nötig, auch für seine Sache wirbt und keine Kamera übersieht: »Gerd, du warst ja gestern schon wieder im Fernsehen«, sagt seine Mutter. »Wie kommst du eigentlich immer rein? Kennst du einen?«⁶

Richtig Bewegung kommt in die Fernsehlandschaft erst, als Anfang 1984 das Kabelfernsehen einen regional begrenzten Probebetrieb aufnimmt und das spätere Sat.1 sowie RTL plus ihren einstweilen noch sehr eingeschränkten Sendebetrieb starten. Schröder beobachtet und befürwortet diese nicht unumstrittene Öffnung des Fernsehmarktes für die Privaten, und er nutzt sie, als es so weit ist. In den neunziger Jahren tummelt er sich wie kein zweiter Politiker in den Talk- und sonstigen Shows der Zeit. Ein Novum ist auch sein Kurzauftritt in einem Spielfilm. In dem 1993 ausgestrahlten ZDF-Vierteiler *Der große Bellheim* spielt er den, den er am besten spielen kann: sich selbst, in diesem Falle als niedersächsischen Ministerpräsidenten; ein ähnlicher Auftritt folgt Jahre später in der Serie *Gute Zeiten, schlechte Zeiten*. Und als er sich Anfang 1992 halb im Scherz beklagt, dass ihm das ZDF keine Chance gebe, Interviews mit Fußballern zu führen (»Ich könnte das auch, ich würde ... aus den Fußballern einiges herausholen.«), flattert ihm prompt eine durchaus ernst gemeinte Einladung des Geschäftsführers von Sat.1 auf den Tisch: Man sei »stets an neuen, hoffnungsvollen Talenten interessiert« und suche »unermüdlich neue TV-Persönlichkeiten«.⁷

Anfang der achtziger Jahre ist man noch nicht so weit. Noch sind die Printmedien das fürs politische Geschäft entscheidende Vehikel. Schröder sucht die Kontakte. Die Gelegenheit ist günstig, denn anders als später in Berlin hocken die Vertreter der kleinen wie großen Zeitungen und Zeitschriften im provinziellen Bonn auf engstem Raum beieinander. Da lassen sich, wenn es

darauf ankommt, leicht mehrere Termine an einem Tag unterbringen. Schröder fährt zweigleisig. Zum einen bedient er regelmäßig die Lokalpresse von Hannover. Er hat ja dort noch einiges vor, weil der Weg von der Abgeordneten- auf die Regierungsbank in Bonn über die entsprechenden Bänke in Hannover führt.

Folglich ist sein Name zum einen und in rasch zunehmender Taktzahl in der einflussreichen *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* zu finden, einem aus dem *Hannoverschen Anzeiger* hervorgegangenen, 1949 neu gegründeten Blatt, das keinen Hehl aus seiner Nähe zur CDU macht, aber den politischen Werdegang Schröders bis 1998 insgesamt zuverlässig dokumentiert. Zu den Redakteuren des Blatts, die ihn beobachten, gehört Reinhard Urschel, der seit Ende der achtziger Jahre für die *HAZ* aus Bonn berichtet und 2002 eine Biographie Schröders vorlegt, die Insiderwissen erkennen lässt.⁸ Und dann gibt es noch die zur selben Verlagsgruppe zählende *Neue Presse* – mit deutlich kleinerer Auflage, aber großer Tradition, da die Zeitung ihre Wurzeln im 1933 faktisch verbotenen sozialdemokratischen *Volkswillen* sieht. Die *Neue Presse* hat viel von einer Boulevardzeitung, und das heißt für Schröder: Der private Lebensbereich, den er seit Mitte der achtziger Jahre öffentlich inszeniert, ist vor allem hier abzubilden, und das auch im eigentlichen Sinne des Wortes. Nicht zuletzt aber bietet die *Neue Presse* Schröder mehr oder weniger regelmäßig Raum für – stets mit einem Fotoporträt verbundene – Interviews, die damals wesentlich seltener sind als in unseren Tagen. Keine Frage, dass Schröder die Chance nutzt – und damit, was ihn damals sicher weniger umtreibt, eine interessante historische Quelle produziert.

Die lokalen Medien sind eine Sache; die überregionale Presse ist die andere. Langfristig ist sie für die Karriere Schröders natürlich die wichtigere Plattform, aber sie ist auch die schwerer zu bespielende. Schon wegen der schier Zahl der Zeitungen und Zeitschriften, aber auch wegen des relativ breiten politischen Spektrums. Schröders Chancen, Gehör zu finden, sind gut. Denn er tritt ja nicht wie die meisten Parlamentsneulinge als mehr oder weniger unbeschriebenes Blatt aus der Provinz an, sondern hat sich als Juso-Vorsitzender und als Verteidiger schon einen einschlägigen Namen gemacht. Er gilt in den meisten Sachfragen als Linker, und das hilft auch deshalb, weil in den Dämmerstunden der Ära Schmidt und in der aufziehenden Ära Kohl linke Positionen zu Minderheitenpositionen werden, und die fallen nun einmal auf. Gerhard Schröder nutzt dieses mediale Privileg, arbeitet sich unter den kritischen Blicken der Öffentlichkeit konsequent ins politische Zentrum vor, achtet bei alledem aber sorgfältig darauf, das linke, fortschrittliche Image nicht ganz zu verlieren.

Berührungsgängste kennt er nicht. Von *Bild* bis *Konkret* werden über kurz oder lang alle bedient, so sie denn wollen. Natürlich setzt Schröder Prioritäten. Dazu gehört auch, dass er sich im Oktober 1981 – im Rahmen der »Aktion für mehr Demokratie« – gemeinsam mit weiteren 41 Bundestags- und 140 Landtagsabgeordneten der SPD einem Boykottaufruf gegen die Springer-Presse anschließt. Der ursprünglich 1967 von der Gruppe 47 formulierte Aufruf ist soeben von Heinrich Böll, Günter Grass, Peter Rühmkorf und Klaus Staack erneuert worden und richtet sich vor allem gegen *Bild*, *Bild am Sonntag* und die Berliner *BZ*. Am Pressegespräch, mit der die Aktion am 6. Oktober 1981 im Bonner Restaurant »Tulpenfeld« um Aufmerksamkeit wirbt, nehmen auch die Bundestagsneulinge Freimut Duve, Renate Schmidt und Gerhard Schröder teil.⁹

Wie alle Bewohner des Bonner Biotops, ganz gleich ob sie darunter leiden oder davon profitieren, kennt auch Gerhard Schröder die Deutungshoheit der Hamburger Wochenblätter, also des *Stern*, der *Zeit* und des *Spiegel*. Vor allem dort geht er bald ein und aus, und damit rückt er in das Blickfeld Rudolf Augsteins, eines der mächtigsten Publizisten der Republik. Augstein, Jahrgang 1923 und in einem streng katholischen Elternhaus aufgewachsen, hat nach Abitur, Reichsarbeitsdienst, Einsatz an der Ostfront, in dem er wiederholt verwundet wird, und kurzer amerikanischer Gefangenschaft beim *Hannoverschen Nachrichtenblatt* den Einstieg in die journalistische Laufbahn gefunden, die rasant an Fahrt gewinnt, seit er von Januar 1947 an als Chefredakteur und Herausgeber des *Spiegel* die drei eigentlichen Gründer und ursprünglichen Lizenzträger des Blatts in den Hintergrund drängt.

Anfänglich schreiben auch beim oder für den *Spiegel* eine ganze Reihe von Leuten, die Funktionsträger im nationalsozialistischen System gewesen sind, allen voran Georg Wolff und Horst Mahnke. Das ändert sich Anfang der sechziger Jahre. Seit der vom damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß losgetretenen »*Spiegel*-Affäre«, die im Herbst 1962 unter anderem zur Festnahme Augsteins wegen Landesverrats führt, gelten der Herausgeber als »Märtyrer der Pressefreiheit« und das Blatt als Hort des Widerstands und des Fortschritts.¹⁰ In den siebziger, achtziger und neunziger Jahren ist der *Spiegel* »ein Macho-Laden mit hypertrophem Selbstbewusstsein«, dessen Redakteure keinen Zweifel daran lassen, dass sie »das Leitmedium der Bundesrepublik« machen.¹¹ Damit verfügen sie über ein erhebliches Maß an Deutungshoheit und Macht, wenn es um die Frage geht, ob jemand im Einzelfall den Anforderungen an die richtige politische Gesinnung genügt oder auch nicht.

Wer in der Politik Karriere machen will, kommt am *Spiegel* nicht vorbei. Eben weil der als linkes Magazin gilt, betrifft das vor allem Sozialdemokraten mit Ambition. Also auch Gerhard Schröder, der mit dem Blatt und seinem Herausgeber über die Jahre ein Wechselbad der Gefühle erlebt. Natürlich sitzen die Hamburger zunächst am längeren Hebel: Der aufstrebende Politiker braucht das Blatt, nicht umgekehrt, und auf der letzten Etappe hilft der *Spiegel* auch kräftig mit, diesem den Weg ins Kanzleramt zu planen. Dass man, einmal dort eingezogen, auch ohne das Magazin auskommen kann, zeigt Helmut Kohl, der sich beharrlich weigerte, dem *Spiegel* oder dann auch Spiegel TV ein Interview zu geben. Und man kann wahrlich nicht sagen, dass die Redaktion mit Gerhard Schröder, der es anders handhabt, in der Endphase seiner Kanzlerschaft pfleglicher umgegangen wäre als mit seinem Vorgänger in den langen Dämmerstunden von dessen Amtszeit.

Im Juni 1973 wird er in einer Reportage über den Streit der Sozialdemokraten über das imperative Mandat erstmals zitiert, mit der Wahl zum Jusovorsitzenden hat er einen mehr oder weniger festen Stammplatz im Magazin: Im Februar 1978 gibt es den ersten eigenen Bericht über den Nachwuchspolitiker, im März 1979 folgt das erste ausführliche *Spiegel*-Gespräch, dem bis zum Ende von Schröders Kanzlerschaft beinahe 50 und damit fast so viele folgen werden, wie sie Willy Brandt bis zum Auszug aus dem Palais Schaumburg dem Magazin gegeben hat. In Jürgen Leinemann findet Schröder schließlich einen Reporter, der das Potential des Mannes aus Hannover erkennt und ihm in drei Wahlkämpfen massive publizistische Schützenhilfe gibt.

Wie überhaupt auffällt, dass einige Journalisten ihren Schröder bis zum Ende seiner politischen Karriere, also bis zum Auszug aus dem Kanzleramt, publizistisch eng begleiten. Günter Bannas ist bald einer von ihnen. Bannas, Jahrgang 1952, der seit dem Frühjahr 1981 für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* aus Bonn berichtet, verfolgt damals vor allem den Aufstieg der Grünen, hat aber von Anfang an auch den ambitionierten Ex-Juso im Blick und registriert früh, dass sich der vorwärtsstürmende Niedersachse vor allem mit jüngeren Redakteuren einlässt.¹² Das ist durchaus sinnvoll und für beide Seiten eine Investition in die Zukunft. Sowohl der Politiker als auch seine Berichterstatter wollen ja noch etwas werden. Außerdem hat Schröder damals eine Neigung, die Journalisten sehr gelegen kommt: Er weiß alles, registriert mit sicherem Instinkt, was hinter den Kulissen so vor sich geht. Er »liebt den Tratsch«, wie Ulrike Posche beobachtet, die 1990 in diesen engen Zirkel stößt.¹³

Um für die Medien von Interesse zu sein, nutzt Schröder das Kapital seiner Juso-Vergangenheit und gibt auch weiterhin den temperierten innerparteilichen Kritiker. Die Regierung ist noch nicht gebildet, da meldet der Parlamentsneuling aus Hannover auch schon seine Bedenken gegen die Koalitionsverhandlungen von Sozial- und Freien Demokraten an. Vom *Vorwärts* zu einer Stellungnahme aufgefordert, ist die Redaktion des sozialdemokratischen Traditionsblatts doch arg irritiert, als sie das Ergebnis sieht, und schickt dem Autor das Manuskript zurück. Der reicht es an den *Stern* weiter, und dort ist Ende November 1980 zu lesen, was Gerhard Schröder von den Koalitionsgesprächen hält: Offensichtlich »hätten sich beide Parteien mit ihren jeweils konservativsten Positionen durchgesetzt« und damit ein »Stück sozialdemokratischer Identität preisgegeben«. Und wenn man als Fraktionsmitglied dann auch noch »neue Vorhaben der Regierung über die Presse verordnet bekommt«, ballt man »die Faust in der Tasche«. ¹⁴

Als der Fraktionsvorsitzende das liest, lässt er die Faust nicht dort, sondern haut kräftig auf den Tisch und stellt den aufmüppigen Abgeordneten in den Senkel. Herbert Wehner, 1906 in Dresden geboren, ist ein von der deutschen Geschichte und seiner eigenen Biographie gezeichneter Mann. Er hat eine frühe politische Karriere als Linksozialist, Anarchist und Kommunist hinter sich, als er 1935 vor den Nationalsozialisten flieht und unter anderem über Prag ins sowjetische Exil geht, das sich in den kommenden Jahren für deutsche Emigranten zur Hölle entwickelt. In Moskau unterhält Wehner Kontakte zum sowjetischen Geheimdienst, denunziert in der Zeit des Großen Terrors wohl auch einige Genossen, entgeht, seinerseits wiederholt denunziert, knapp der Hinrichtung und überlebt die schlimmsten Jahre, die mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion beginnen, in Schweden. Nach dem Krieg tritt Wehner in die SPD ein, wird bald einer der engsten Mitarbeiter seines Förderers Kurt Schumacher, sitzt von Beginn an im Bundestag, vollzieht dort 1960 unangekündigt den Friedensschluss der SPD mit der Westbindung, ist in der Zeit der Großen Koalition Minister für gesamtdeutsche Fragen und vor allem seit 1969 gleichermaßen gefürchteter wie respektierter Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Jetzt also liest er dem Jungabgeordneten aus Niedersachsen die Leviten. Wenn er schon zur Attacke blase, sagt Herbert Wehner zu Gerhard Schröder, dann doch bitte auf den politischen Gegner. Jedenfalls in der Öffentlichkeit. So hält es dieser dann auch. Kritik an Mitgliedern der Regierung oder der Fraktion, die Schröder durchaus gelegentlich anzumelden hat, wird fortan zunächst einmal mündlich oder schriftlich dem Fraktionsvorsitzenden vorgebracht. Etwa Ende November 1981, als er sich im Auftrag der sozialdemokra-

tischen Arbeitsgruppe für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau brieflich bei Herbert Wehner über eine Initiative des gleichfalls sozialdemokratischen Bundesjustizministers Jürgen Schmude zu *Zeitmietverträgen* empört.¹⁵

Gerhard Schröder ist einer der 27 Abgeordneten, die sich in diesem Ausschuss mit Fragen des Bauwesens und des Städtebaus beschäftigen. Dort kreuzen sich erstmals seine Wege mit denen Franz Münteferings. Der sitzt schon seit mehr als fünf Jahren im Bundestag und wird 1985 zum wohnungsbaupolitischen Sprecher der Fraktion aufsteigen. »Unsere Gespräche kreisten damals fast ausschließlich um Fachthemen der Wohnungspolitik und des Mietrechts«, schreibt ihm Schröder ein Vierteljahrhundert später zum Fünfundsechzigsten: »Wir beide haben damals keine Sekunde daran gedacht, dass du eines Tages Bundesbauminister in einem Kabinett Schröder sein würdest.«¹⁶

In diesem Ausschuss wie im Plenum lernt Schröder bald, dass auch die Parlamentsarbeit »Maloche« ist, wie er sich auszudrücken pflegt. Dass ihn diese Tätigkeit ausfüllt, kann man nicht sagen; und dass sich mit städtebaulichen oder Wohnungsfragen nicht die erhoffte Wirkung in den Medien entfalten lässt, weiß der Parlamentsneuling. Es sei denn, man findet Themen, die polarisieren und folglich die Opposition im Parlament – oder doch einige ihrer Abgeordneten – auf die Barrikaden treiben. Das ist zuverlässig beim Thema Häuserbesetzung der Fall, auf das Schröder einerseits über seine Ausschussarbeit und andererseits über seine Beschäftigung mit dem Jugendprotest stößt und das ihn prompt in die Medien bringt.

Seinen ersten Kurzauftritt im Parlament hat der Abgeordnete Gerhard Schröder in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 2. April 1981, als er sich nach einer Untersuchung des Kanzleramtes zum Rechtsextremismus erkundigt und in der anschließenden Erörterung das tut, was er gut kann: provozieren. Jedenfalls sind die Abgeordneten von CDU und CSU aktenkundig empört, als Schröder Gunter Huonker, den Staatsminister beim Bundeskanzler, um Bestätigung bittet, »daß 54,5 % des rechtsextrem eingestellten Wählerpotentials bei der Bundestagswahl die CDU/CSU gewählt haben, aber nur 20 % die SPD und 4 % die FDP«.¹⁷

So auch am 10. April 1981, als der Vizepräsident des Bundestages im Rahmen der Debatte über die Enquete-Kommission »Jugendprotest im demokratischen Staat« erstmals dem Abgeordneten Schröder das Wort für einen Redebeitrag erteilt. Es ist ein kurzer, aber typischer Auftritt, von denen man in den folgenden Jahren noch etliche erleben wird. Innerhalb und außerhalb des Parlaments. Schröder ist nicht unbedingt ein begnadeter Redner. Wenn er seine Vorträge abliest, wirkt das gleichermaßen routiniert und stereotyp,

schenrufe so: »Sehen Sie, Herr Kollege, genau diese Frage hatte ich erwartet, nicht weil ich keine habe, sondern weil diese Frage – ob ich keine Krawatte hätte – ... die Jugendlichen, über die Sie nur reden, mit Sicherheit nicht verstehen ... Unser Verständnis von Würde des Parlaments ... ist ein Verständnis, das sich auf die Inhalte bezieht.«¹⁸

Bei dieser Tonlage bleibt es. Man wird schwerlich einen zweiten Abgeordneten seiner Generation finden, der so häufig, so heftig und so emotional angegangen worden ist wie Schröder, schon gar niemanden, der später eine solche Karriere hingelegt hat. Etwa am 31. Januar 1986, als es unter anderem um die Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes geht. Vom »Brunnenvergifter« über »ungeheuerlich« und »unverschämt«, »lachhaft« und »keine Ahnung«, »sozialistische Überheblichkeit« und »sozialistischer Schwachsinn« oder auch »böseartig«, »vergiftet« und »eine große Hetze« bis hin zu »Castro-Freund«, »halber Kubaner« und »geistiger Notstand« gibt es nichts, was sich ein durchschnittliches Abgeordnetenhirn ausdenken könnte und an diesem Tag von den Stenographen des Hohen Hauses nicht zu Protokoll genommen wird.¹⁹

Ganz offensichtlich provoziert Schröder durch sein Auftreten, seine Sprache, die Wahl seiner Themen und die Art und Weise, wie er diese behandelt, auch dann die heftigsten Reaktionen im Plenum, wenn er das gar nicht beabsichtigt. Mitunter wird das selbst ihm, der damit umgehen kann, zu viel. So dass er den Präsidenten fragt, ob er »diese pöbelnden Leute nicht zur Ruhe bringen« könne,²⁰ oder seinen pausenlos unterbrochenen Beitrag zum Haushalt 1986 mit dem Dank an die Pöbelnden beschließt: »Denjenigen, die mir zugehört haben ..., sage ich sehr herzlichen Dank und denen, die es nicht getan haben: Machen Sie so weiter mit Ihrer Störerei; die Bürger werden Ihnen schon die Quittung geben.«²¹

Natürlich gibt es unter den Abgeordneten der Regierungsparteien auch den einen oder anderen, der die Talente und Fähigkeiten dieses Gerhard Schröder erkennt. Rainer Barzel – Christdemokrat mit bewegter Biographie und gescheiterter Herausforderer des Bundeskanzlers Willy Brandt – ist einer von ihnen: »Heute früh eine intelligente und stellenweise brillante Rede des früheren Juso-Vorsitzenden Gerhard Schröder«, notiert er Mitte Mai 1983 in sein Tagebuch.²² Wolfgang Schäuble, der für die CDU seit 1972 im Bonner Parlament sitzt, ist ein anderer, dem schon früh das »überdurchschnittliche, polemische Talent« des Mannes auffällt.²³

Bei dem Geplänkel und Getöse, die Gerhard Schröders Auftritte im Bundestag begleiten, geht gelegentlich unter, dass er ein kompetenter, konzentrierter, gut vorbereiteter Debattenredner sein kann. Seine Beiträge zur Verteidigungspolitik, namentlich zum NATO-Doppelbeschluss, zur Partei-

spendenaffäre, zu den Grund- und Menschenrechten, zur Lage der bäuerlichen Betriebe in Niedersachsen, zum Umweltschutz und nicht zuletzt zur Lage der Jugendlichen im Lande sind hörensenswert. Weil sie in aller Regel eine eigenständige, eben nicht zwangsläufig partei- oder fraktionsgebundene Position erkennen lassen, und weil man spürt, dass der Abgeordnete aus eigenem Beobachten und Erleben weiß, wovon er spricht, zum Beispiel wenn es um den Dreh- und Angelpunkt seines politischen Denkens, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, geht. Man muss Schröder ernst und beim Wort nehmen, wenn er von der Erfahrung spricht, »daß eine Gesellschaft auf Dauer nur dann friedlich bleibt, wenn es auch das Recht des Schwachen und nicht nur das des Starken gibt, wenn die Chancen nicht von vornherein nach Geburt und Vermögen verteilt sind«. Dass Schröder auch hier aus den Reihen der Regierungskoalition unterbrochen und seine Äußerung zur Chancengleichheit mit einem »Pfui Teufel!« quittiert wird, gibt zu denken.²⁴

Jugend und Jugendprotest bleiben eines der Themen, mit denen Schröder in Bonn anfänglich befasst ist. Wie erwähnt, gehört er der Enquete-Kommission »Jugendprotest im demokratischen Staat« an, die der Bundestag am 26. Mai 1981 einsetzt und die sich Anfang Juli konstituiert. Als der Ausschuss am 19. Mai 1983 nach 33 Sitzungen seinen Abschlussbericht vorlegt, ist man vor allem um einige praktische Erfahrungen reicher. Zur Kommissionsarbeit gehört nämlich unter anderem im Februar 1982 eine Busreise nach West-Berlin, wo die Kommissionsmitglieder unter Vorsitz des CDU-Politikers Matthias Wissmann – Vorsitzender der Jungen Union und wie Schröder ein Mann mit Ambitionen – mit Vertretern der wabernden Hausbesetzerszene ins Gespräch kommen wollen.

Treffpunkt ist unter anderem das Szene-Café »K.O.B.« an der Potsdamer Straße. Zum Dialog kommt es aber gar nicht erst, weil sich die Bonner Emissäre nicht auf die »Bedingung« der Hausbesetzer eingelassen und die »Gefangenen« der »Bewegung« mitgebracht haben. Tatsächlich gleicht das West-Berliner Biotop in einigen Bezirken einer Bürgerkriegslandschaft, in der Hundertschaften schwer bewaffneter Polizisten gegen Hausbesetzer aller Couleur und gestaffelter Gewaltbereitschaft vorgehen. Zwar ist der Scheitelpunkt der Eskalation überschritten, auch versucht der Berliner Senat, der Bewegung durch partielle Legalisierung der Besetzungen und andere Maßnahmen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber ausgestanden ist die Sache noch lange nicht. Schröder hat durchaus Verständnis für eine Bewegung, die in ihren Ursprüngen eine Reaktion auf den von oben verordneten flächendeckenden Abriss alter Bausubstanz ohne zeitnahen Ersatz gewesen

ist, fordert eine Amnestie für inhaftierte Hausbesetzer und wundert sich, »daß die überhaupt noch mit uns reden.«²⁵

Das Thema ist heiß, es ist umstritten, und es holt Schröder immer wieder ein. So zum Beispiel im Hannoveraner Wahlkampf 1986, von dem noch zu berichten ist. Als Politiker und Anwalt danach befragt, wie es um die Rechtmäßigkeit der Häuserbesetzungen bestellt sei, antwortet er unmissverständlich: »Eine Hausbesetzung ist nicht gerechtfertigt. Es gibt Gesetze, die das Eigentum schützen, und diese Gesetze müssen aufrechterhalten werden, damit nicht alles drunter und drüber geht. Das ist das eine. Aber wenn die Wohnungssituation und die Tätigkeit der Spekulanten so ist wie zum Beispiel in Berlin, dann ist mit dem Einsatz des Gewaltmonopols zugleich die Verpflichtung verbunden, die Verhältnisse zu verändern, die zu den Hausbesetzungen geführt haben.«²⁶

Eben das versucht ein Jahr später Hamburgs Erster Bürgermeister in einem bemerkenswerten Alleingang. Als im Herbst 1987 die seit fünf Jahren andauernde militante Auseinandersetzung um eine Gebäudezeile an der Hamburger Hafestraße erneut eskaliert und in der Nacht zum 12. November Geschäfte geplündert, Autos angezündet und Straßen aufgerissen werden, kommt es zum politischen Showdown. Während auf der einen Seite eine Art informeller Großer Koalition aus Christdemokraten, Freidemokraten und rechtem Flügel der SPD, von den Medien namentlich des Hauses Springer gar nicht zu reden, in Stellung geht und zum finalen Sturm bläst, vollzieht Klaus von Dohnanyi – Hamburgs Erster Bürgermeister, Sozialdemokrat und Mann mit einer facettenreichen politischen Biographie – einen radikalen Kurswechsel, verbindet seine politische Zukunft mit einer friedlichen Lösung und handelt gleichsam über Nacht einen gangbaren Weg aus: Abbau der Befestigungsanlagen gegen Pachtvertrag.

Schröder zählt eigentlich nicht zu den politischen Freunden des Hamburger Sozialdemokraten mit großbürgerlichem Profil, schätzt aber dessen Courage und weiß dank eigener Anschauung der Berliner Szene, dass der Einsatz massiver polizeilicher Gewalt zwar rechtens, aber nicht zielführend ist. Also setzt er sich in den eigenen Reihen für den bedrängten von Dohnanyi ein, drückt im Parteivorstand ein klares Votum für dessen Linie durch, das dann vom Parteirat einstimmig als »Erklärung« verabschiedet wird,²⁷ und gibt – für die Öffentlichkeit und mit erkennbarem Respekt – zu verstehen: »Der hat wirklich hart gepokert. Er hat immer gewußt: ›Wenn das scheitert, bin ich dran.«²⁸

Henning Scherf, der seit Jahren im Bremer Senat für die Jugend zuständig ist, hat fast zwei Jahrzehnte später bestätigt, dass der »praktische und

pragmatische Vorschlag« zur Lösung des Konflikts im Kern von »Gerhard« stammte: »Die Häuser in St. Pauli werden verselbständigt und per Vertrag wird eine selbstorganisierte Sanierung verabredet. Der Vorschlag machte Schule und wurde später auch anderswo aufgegriffen – z. B. in Berlin und Bremen.«²⁹

So holt das Thema Jugend in der einen oder anderen Variante zwar Gerhard Schröder immer wieder ein – als Landes- und natürlich auch als Bundespolitiker, aber zu seinen favorisierten Themen zählt es nicht unbedingt. Allerdings lässt sich auf diesem Feld genauso wie auf jedem anderen das Einmal-eins der Parlamentsarbeit erlernen. Dazu gehört, dass man sich in der Welt umschaut. Der in dieser Hinsicht noch ziemlich unerfahrene Politiker Schröder nutzt die Chance und begibt sich, kaum dass er in Bonn angekommen ist, auf Reisen ins Ausland sowie in die DDR beziehungsweise nach Ost-Berlin, die ja im bundesdeutschen Selbstverständnis kein Ausland sind.

Das Verhältnis Schröders zur DDR ist gespalten. Zum einen will er, wovon noch zu berichten ist, die Perspektiven einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten »nicht aufgeben«.³⁰ Andererseits glaubt er nicht, dass ein Festhalten an den überkommenen Positionen in der Deutschlandpolitik sinnvoll und weiterführend ist. Was er nicht akzeptiert, sind die Willkürmaßnahmen des SED-Regimes gegen die eigene Bevölkerung, namentlich gegen Regimegegner wie Rudolf Bahro, dessen Buch *Die Alternative* 1977 in der Bundesrepublik veröffentlicht wurde und Bahro eine ursprünglich auf acht Jahre angesetzte Haft in Bautzen eintrug. Das hatte der Jusos-Vorsitzende Schröder im Juli 1978 mit der Ausladung einer FDJ-Delegation quittiert.

Nachdem dieses Kapitel mit der Ausreise Bahros in die Bundesrepublik 1979 abgeschlossen ist und auch andere Hindernisse aus dem Weg geräumt sind, fährt Schröder im April 1981 nach Ost-Berlin. Dass er dort auf Schritt und Tritt beobachtet wird, ahnt er. Dass er spätestens seit dem Frühjahr 1973 von zwei Inoffiziellen Mitarbeitern IM des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR MfS observiert wird, weiß »Jung« nicht. Unter diesem Decknamen wird Gerhard Schröder in den Akten der Staatssicherheit Stasi geführt. Die Informationen stammen in erster Linie von Gerhard Grunwald und seiner Frau Ruth, die von der Hauptverwaltung Aufklärung HVA im MfS seit Dezember 1959 beziehungsweise Mai 1962 als »Mai« und »Ruth Mai« geführt werden. Gerhard Grunwald – wie seine Frau (»Hausfrau«) Jahrgang 1926 – ist in Ostpreußen aufgewachsen, lebt nach Kriegsende in der Sowjetisch Besetzten Zone beziehungsweise in der DDR, zieht dann in die Bundesrepublik und ist dort bei der Bahnmeisterei Langenhagen tätig, arbeitet also bei der

Deutschen Bundesbahn.³¹ Zuständig für die beiden ist die Bezirksverwaltung Magdeburg, Abteilung XV, deren operatives Zielterritorium seit den fünfziger Jahren Niedersachsen ist. Schwerpunktobjekte sind das dortige Innenministerium (»Bobby«), außerdem die Landesvorstände von CDU und SPD. Ende der achtziger Jahre verfügt die Bezirksverwaltung Magdeburg XV über 34 bundesdeutsche IM, darunter 18 – mithin eine sehr hohe Anzahl – von O-Quellen, die »direkt im Objekt verankert« sind.³²

Was die »Mais« nach Magdeburg berichtet haben, füllte einmal 21 Bände. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, scheinen auch in diesem Fall sämtliche Berichte der Vorvernichtung zum Opfer gefallen zu sein. Wie substantiell sie gewesen sind und welchen Raum die Observierung Gerhard Schröders in ihnen eingenommen hat, wissen wir daher nicht. Sicher ist, dass die Berichterstattung ungewöhnlich umfangreich gewesen ist; sicher ist auch, dass Gerhard Grunwald aufgrund seiner umfassenden und fortgebildeten Schulung (einseitiger KW-Funk, Geheimschreibmittel, Mikratfotografie, persönliche Kurierverbindung etc.)³³ als hochkarätiger IM gelten darf; gesichert ist schließlich, dass »Mai« und »Ruth Mai« noch Mitte November 1989 im »Operationsgebiet« aktiv sind und dass man in Magdeburg der Überzeugung ist, die »derzeitige Lage, insbesondere in der DDR«, biete für »Mai« gute Möglichkeiten, die Abschöpfkontakte noch intensiver zu nutzen.³⁴

Ganz offensichtlich sind die Grunwalds über das, was in der SPD, insbesondere in ihrem niedersächsischen Landesverband, vorgeht, sehr gut unterrichtet. Als aktives SPD-Mitglied in Hannover verfügt Gerhard Grunwald über einen guten Zugang vor allem zu Egon Franke.³⁵ Die Kopien einiger seiner Briefe an Gerhard Schröder finden ihren Weg in die Stasi-Akte dieses aufstrebenden Sozialdemokraten, der mit seiner Wahl zum Juso-Vorsitzenden für die Stasi endgültig von erheblichem Interesse ist. Was die »Mais« über Schröder zusammentragen, zeigt das in Teilen erhaltene »Dossier ›Jung««. Zwar sind nicht alle Informationen, die »Mai« liefert, korrekt (»Vater war Studienrat«), doch zeichnet der auf seinen Informationen basierende »Fragebogen zur Personeneinschätzung« vom 27. Juli 1978 ein bemerkenswertes Porträt des »Objekts«.

Und so nimmt die Stasi Gerhard Schröder wahr: »Gestalt: *kräftig*; Gang: *lässig*; ... Dialekt/Mundart: *gepflegtes Hochdeutsch*; ... Umgangsformen: *korrekt, bestimmend*; Sicherheit im Auftreten: *sehr sicher*; ... Intelligenz, logisches Denken, geistige und sprachl. Beweglichkeit: *sehr gut entwickelt*; ... Erinnerungs- und Merkfähigkeit: *sehr gut entwickelt*; Anpassungsverhalten: *Führungstyp*; Selbständigkeit im Denken und Handeln: *sehr selbständig*; ... Lernbereitschaft: *sehr ausgeprägt, arbeitet sehr intensiv*; Willensstärke/Wil-

lenseigenschaften: *ausgeprägt*; Mut und Ausdauer: *gut entwickelt*; Kontaktfähigkeit und eigene Zugänglichkeit: *fühlt sich als eine Art besonderer Mensch*; Kollektivhaltung: *zur Durchsetzung seiner Interessen*; ... Charakterliche Besonderheiten und Schwankungen: *sehr von sich eingenommen, harter stabiler Typ*; Stellung zu Lob und Kritik: *verträgt Kritik*; ... Physische und psychische Belastbarkeit: *ausgeprägt*; ... Materielle Interessen: *abgesichert*; ... Motivationen für Handlungen: *rationaler Typ*; ... Risikobereitschaft: *vorhanden*; ... Beherrschungsvermögen: *gut*; Selbstkontrolle: *gut*; Verschwiegenheit: *verschwiegen*.«

Damit ist klar: Für die Zwecke der Stasi einspannen lässt sich der Mann nicht. Zwar gibt es »auffällige Lebensgewohnheiten: *trinkt gern und viel Bier (immer große Gläser)*«, aber zu »beeinflussen« ist er nur »schwer«. Folglich bleiben alle einschlägigen Fragen zur Personeneinschätzung – »operativ nutzbare DDR-Verbindungen«, »nutzbare Motive und Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit«, »Operative Verbindungsaufnahme«, »Bereitschaft zur Zusammenarbeit«, »durchgeführte Werbung« – unbeantwortet.³⁶ Daran ändert sich in den kommenden Jahren nichts. Es liegt in der Logik dieses Geschäfts, dass Schröder für die ostdeutsche Staatssicherheit umso interessanter wird, je höher er steigt. Entsprechend eng wird er beobachtet und – während seiner Aufenthalte in der DDR, also »im Rahmen« dessen, was die dortigen Behörden »Polittourismus«³⁷ nennen – natürlich auch beschattet.

Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit geht hervor, dass Gerhard Schröder der DDR, wo er während seiner Besuche unter dem Decknamen »Sonne« geführt wird, insgesamt elf Besuche abgestattet hat. Der erwähnte erste im April 1981 gilt Egon Krenz, der im Zentralkomitee der SED für die Jugendarbeit zuständig ist und Schröder zu einem Gespräch eingeladen hat. Krenz bleibt in den kommenden Jahren ein vertrauter Ansprechpartner des aufstrebenden Sozialdemokraten und behält aus diesen Begegnungen Schröders »Fähigkeit, den politischen Gegner ernst zu nehmen«, in Erinnerung, wie er ihm Mitte November 1999 schreibt. Inzwischen hat es Gerhard Schröder zum Bundeskanzler gebracht, während Egon Krenz vom Landgericht Berlin wegen Totschlags in vier Fällen zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt worden ist.³⁸

Der ersten Visite der DDR folgt noch im selben Jahr ein Besuch der USA. Im Herbst 1981 bereist der Abgeordnete Schröder erstmals die Vereinigten Staaten von Amerika. Dass der Besuch im Rahmen des Austauschprogramms »Young political leaders« erfolgt, zeigt nebenher, dass der inzwischen immerhin Siebenunddreißigjährige nicht nur für die Jugend zuständig ist, sondern im vergreisten Politikbetrieb jener Jahre noch selbst dieser Jugend zugerech-

net wird. Die Reise führt ihn vier Wochen lang durch eine Reihe amerikanischer Metropolen und beeindruckt ihn tief, hinterlässt aber auch ambivalente Gefühle: »Das Maß an individueller und räumlicher Freiheit ist beeindruckend, aber die Armut ist schockierend.«³⁹

Bei diesem gespaltenen Verhältnis zu Amerika bleibt es. Das liegt immer wieder auch an den führenden Persönlichkeiten auf der anderen Seite des Atlantiks, wie jetzt vor allem am Präsidenten Ronald Reagan, später dann, während seiner Zeit als Bundeskanzler, an George W. Bush. Es liegt aber vor allem an der spezifischen Konstellation des transatlantischen Verhältnisses. So wie die Dinge sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt haben, ist völlig klar, wer der Führende und wer der Geführte ist. Ohne die amerikanischen Sicherheitsgarantien wäre das westliche, das freie Europa und allen voran die geostrategisch exponierte Bundesrepublik dem sowjetischen Expansionsbestreben mehr oder weniger hilflos ausgeliefert.

Man mag ja darüber streiten, ob es ein solches Bestreben überhaupt noch gibt, seit die Sowjets im August 1961 quer durch Berlin, durch Deutschland und damit auch durch Europa eine Mauer gezogen und sich mit ihren ostzonalen Genossen dahinter verschanzt haben. Andererseits haben sie – und mit ihnen ihre osteuropäischen Satrapen – die weltrevolutionäre und damit per se offensive Rhetorik nicht nur nicht eingestellt, sondern ihr in den siebziger Jahren Taten folgen lassen. Wie sonst soll man das – wenn auch indirekte, nämlich mit Hilfe kubanischer Söldner forcierte – Engagement Moskaus in Angola oder Äthiopien verstehen? Welche Ziele verfolgt der Kreml mit seiner massiven militärischen Invasion in Afghanistan, von der man an Heiligabend 1979 erfährt und von der man annehmen muss, dass sie auf die strategisch sensible und ökonomisch lebenswichtige Region des Persischen Golfes zielt? Und warum um alles in der Welt eröffnen die Sowjets seit Mitte der siebziger Jahre, also ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Entspannungspolitik, eine beispiellose militärische Offensive und stationieren in Serie einen nuklear bestückten neuen Typ von Mittelstreckenraketen, die Westeuropa elementar bedrohen?

Nein, an dem sehr realen Bedrohungsszenario dieser späten siebziger und frühen achtziger Jahre kann es keinen Zweifel geben. Und an der Tatsache, dass die Europäer dem aus eigener Kraft nichts oder doch nur sehr wenig entgegenzusetzen haben, auch nicht. Nur mit dem strategischen nuklearen Schirm der Amerikaner lassen sich die Sowjets beeindrucken oder gar abschrecken, so sie denn tatsächlich an einen Angriff oder, was wahrscheinlicher ist, an eine Erpressung des freien Europa denken. Da man aber nicht weiß und auch nicht wissen kann, was sie vorhaben, ist man auf die Amerikaner angewiesen. Das sehen auch jene Vertreter der deutschen Linken ein, die das

Denken noch nicht verlernt haben. Zu ihnen zählt grundsätzlich auch der Abgeordnete des Wahlkreises Hannover-Land I im Deutschen Bundestag.

Gerhard Schröder geht es eigentlich gar nicht um die Raketen. Ihm geht es auch nicht um das Abhängigkeitsverhältnis, an dem sich unter den gegebenen Umständen realistischere nichts ändern lässt. Gerhard Schröder geht es um die Art und Weise, wie die Amerikaner mit ihren Partnern umgehen. Das will und das kann er nicht hinnehmen. Als junger Abgeordneter nicht – und als Bundeskanzler auch nicht. Jemand wie er, der sich im Wesentlichen aus eigener Kraft und gegen alle Widerstände aus misslichen Verhältnissen hochgearbeitet und unter Beweis gestellt hat, dass man auch im Rahmen schwerlich änderbarer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Konditionierungen seinen Weg gehen kann – so einer lehnt Bevormundung rundweg ab.

An eher entlegenem Ort macht Schröder im Sommer 1981 deutlich, was ihn eigentlich bewegt, wenn er gegen die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses zu Felde zieht: »Ich finde«, sagt er in einem Interview mit der *Neuen Presse*, »daß jetzt die Verpflichtung besteht, deutlich zu sagen, wenn eine derartige Politik der Amerikaner weitergeht, Distanz zu ihnen die einzige – weil lebensnotwendige – [Möglichkeit] ist, die die deutsche Politik noch hat ... Die Nato ist ein Bündnis unabhängiger und selbstbewußter Staaten und keiner, insbesondere die Bundesrepublik, kann den Führungsanspruch einer anderen Macht, auch nicht der stärksten, akzeptieren. Die USA hat diesen. Es ist gegen unsere Interessen ... wenn ein Militärbündnis von einer, auch der stärksten Macht, in dieser Weise vor Tatsachen gestellt wird, dann entspricht es den Selbstbehauptungsinteressen der anderen, daß sie sich das nicht gefallen lassen.«⁴⁰ Gewiss, da fehlt noch der diplomatische Schliff, und irgendwie klingt das alles noch unausgereift, beinahe naiv. Aber dass es Schröder mit dem deutschen »Selbstbehauptungsinteresse« ernst meint, steht außer Frage. Hier wird ein Punkt gesetzt, der für Schröder im Kern nicht verhandelbar ist. Auch zwei Jahrzehnte später nicht.

Was besagte »derartige Politik« der Amerikaner im Sommer 1981 angeht, hat der niedersächsische Abgeordnete vor allem zwei Themen vor Augen, zum einen die sich allerdings erst in Umrissen abzeichnende neue amerikanische Wirtschafts- und Finanzpolitik, die als »Reagonomics« in die Geschichte eingegangen ist und die nach Schröders zutreffender Analyse bewusst eine Destabilisierung der ökonomischen Verhältnisse in Europa in Kauf nimmt. Zum anderen und vor allem hat er die Umsetzung des erwähnten NATO-Doppelbeschlusses, also die anstehende Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa, und die »Neutronenbombe« im Visier.

Eigentlich hatte sich dieses Thema schon erledigt. Bei den Neutronenwaffen, den Enhanced Radiation Weapons ERW, handelt es sich um Bomben mit erhöhter Strahlenwirksamkeit. Sie rückten Mitte der siebziger Jahre ins Zentrum der amerikanischen und damit zwangsläufig auch der deutschen strategischen Planungen und sollten vor allem die Überlegenheit der Panzerwaffe des Warschauer Paktes neutralisieren. Sollte er angreifen, würden die Panzerbesatzungen getötet, das Gerät selbst bliebe unzerstört. Kritiker dieses Waffensystems wie Egon Bahr bezeichneten die Neutronenbombe als ein »Symbol der Perversion des Denkens«. ⁴¹ Diese Kritik nicht nur aus den eigenen Reihen, sondern auch aus großen Teilen der Bevölkerung machte es der Bundesregierung schwer, der Aufforderung des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter an die Verbündeten der USA nachzukommen und einen Beschluss über die Lagerung und – im Ernstfall – den Einsatz der Waffe durchzusetzen. Eben das taten Kanzler Helmut Schmidt und der liberale Außenminister Hans-Dietrich Genscher mit beträchtlichem persönlichen Engagement.

Dann aber mussten sie zur Kenntnis nehmen, dass sich die Regierung Carter inzwischen entschlossen hatte, die Entscheidung über die Produktion der Waffe zu verschieben. Auch diese Entscheidung, an der selbst ein Blitzbesuch des deutschen Außenministers in Washington Anfang April nichts mehr zu ändern vermochte, war ohne vorherige Konsultation der wichtigsten Verbündeten getroffen worden und brachte den Kanzler und seinen Außenminister, wie dieser am 4. April 1978 Carter vor Augen führte, in eine »schwere innenpolitische Lage«. ⁴² Er habe, sagte fast zeitgleich der Kanzler dem amerikanischen Botschafter in Bonn, »bei der Behandlung der Neutronenwaffe sein Äußerstes getan, um zu einer einvernehmlichen Haltung mit den USA zu kommen. Er sei dabei so weit gegangen, daß er sein persönliches Einvernehmen mit Brandt und Wehner aufs Spiel gesetzt habe ... Er habe gestern abend Brandt über die neue Lage unterrichtet und ihn gebeten, keinen falschen Applaus zu spenden.« ⁴³

Allerdings hatte Carter die Entscheidung über die Produktion der Waffe lediglich verschoben und zugleich angeordnet, im Zuge der Modernisierung des Boden-Boden-Raketensystems vom Typ »Lance« mit der Produktion einiger für die Neutronenoption erforderlichen Komponenten zu beginnen. ⁴⁴ Sein Nachfolger Reagan übernimmt diese Entscheidung nicht nur, sondern beschließt Anfang August 1981, die einzelnen Elemente des Sprengkopfes zusammenzufügen und sie in den Vereinigten Staaten zu lagern. ⁴⁵ Als dann Verteidigungsminister Caspar Weinberger vor der Presse bekannt gibt, dass die Vereinigten Staaten demnächst in der Lage sein würden, die Neutronen-

waffe innerhalb weniger Stunden außerhalb der USA zu stationieren,⁴⁶ ist das Wasser auf die Mühlen der Friedensbewegung.

Auch Gerhard Schröder lässt wenige Tage später wissen, dass die Entscheidung »verhängnisvoll« sei und »die Kriegsgefahr in der Welt und Europa erhöht« habe.⁴⁷ Für den fachlich nicht geschulten Zeitgenossen, mithin für die überwältigende Mehrheit der Deutschen, ist das natürlich nicht überprüfbar, aber es klingt plausibel, wenn es auch in dieser verkürzten Form ein ziemlicher Unsinn ist. Überhaupt hat man nicht den Eindruck, dass Schröder, jedenfalls in dieser Phase und auf diesem Feld, zu den gut informierten Abgeordneten gehört. Eher ist er ein typischer Vertreter jener Mehrheit im Parlament, die allenfalls in groben Umrissen mit der militärischen wie der gleichermaßen wichtigen politischen Dimension des Komplexes vertraut ist. Dass auch der Parteivorsitzende Willy Brandt zu ihnen zählt, macht die Sache nicht besser, im Gegenteil. Denn das Gesagte gilt nicht nur für die Neutronenwaffe, sondern auch für den NATO-Doppelbeschluss.

Auch hier ist Schröders Position schwach. Sehr schwach. Das weiß er natürlich, und entsprechend verschlungen sind seine Pfade durch den politischen Dschungel, der dieses Terrain bedeckt. Bei dem Komplex geht es nämlich nicht nur um den Doppelbeschluss beziehungsweise die Auf- und Abrüstung im Allgemeinen. Es geht auch um sein Verhältnis zur politischen Linken, der er sich nach wie vor zurechnet, zum Kanzler, dem er verpflichtet ist, und nicht zuletzt zu den USA, an denen natürlich auch Schröder nicht vorbeikann.

Was die Abrüstung angeht, gehört er zu einer Gruppe von 24 Abgeordneten seiner Fraktion, die dort Anfang 1981 den Antrag einbringen, eine Milliarde D-Mark von den Rüstungsausgaben in die Entwicklungshilfe umzuleiten. Damit lässt sich in der Öffentlichkeit punkten, ohne dass der Konflikt in Partei und Fraktion verschärft wird. Denn jedermann weiß natürlich, dass so etwas nicht realisierbar ist. Letztlich, sagt Schröder, ging es bei dieser Initiative »um die Frage der Ernsthaftigkeit des Abrüstungswillens«. Das unzweideutige Bekenntnis der Partei zur Abrüstung ist nämlich die Voraussetzung für die Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses, an dem Schröder allem rhetorischen Getöse zum Trotz festhält: Erst wenn die Verhandlungsoption erschöpft ist, die Sowjets also nicht bereit sind, »die dortigen Raketen des Typs SS 20 zu vermindern ... kann man überhaupt diskutieren über Stationierung«.⁴⁸

Das sagt er im Januar 1981. Es ist die eine Seite des öffentlichen Gerhard Schröder in diesen bewegten Zeiten, die Seite der eher stillen Töne. Es gibt die andere, die Seite des rhetorischen Krawalls. Was Schröder hier aufführt, gehört nicht zu seinen besten Stücken. Dass er die Haltung der Bundesregie-

rung und namentlich des sozialdemokratischen Kanzlers zum NATO-Doppelbeschluss hinterfragt, ihre Tragfähigkeit prüft, geht nicht nur in Ordnung, sondern gehört zu den Aufgaben eines Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Schließlich hat er über kurz oder lang darüber abzustimmen, ob die Verhandlungen mit den Sowjets als gescheitert betrachtet werden müssen und die Stationierung neuer amerikanischer Raketen auch in der Bundesrepublik unausweichlich ist.

Aber was Schröder in diesen Wochen und Monaten treibt, geht weit über eine nüchterne Prüfung hinaus. Es ist politische Agitation reinsten Wassers – dazu noch an fragwürdigen Orten und mit zweifelhaften Kumpanen. So bezieht er zum Beispiel im März in der Zeitschrift *Konkret* und vor allem im August 1981 in einer vom Bundesvorstand der Jusos herausgegebenen Broschüre *Wider den NATO-Rüstungsbeschluss* öffentlich gegen die Politik der Bundesregierung Stellung. Co- und eigentlicher Hauptautor dieser knapp vierzigseitigen Denkschrift ist Gert Bastian. Der vormalige Berufssoldat, Jahrgang 1923, der zuletzt eine Panzerdivision der Bundeswehr kommandiert und sich dann der Friedensbewegung angeschlossen hat, ist Mitinitiator des »Krefelder Appells« gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa sowie Mitbegründer der Gruppe »Generale für den Frieden«. Beide Initiativen werden von der Ost-Berliner Stasi mitinitiiert und von ihr mitfinanziert.

Die Argumentation Gerhard Schröders im Einzelnen nachzuzeichnen erübrigt sich. Sie folgt dem bekannten Muster, ist zudem für einen Juristen bemerkenswert unstringent – und hält sich eine Hintertür offen. Indem Schröder die anstehende »Nachrüstung« den »Veränderungen in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik« anlastet, reduziert er den Bundeskanzler auf die Rolle des »Zauberlehrlings« und nimmt ihn so aus der Schusslinie.⁴⁹

Bei diesem Erklärungsmuster bleibt Schröder auch in den kommenden Jahren. Das hat den Vorteil, die eigenen Leute, auch den inzwischen abgewählten, aber zusehends wieder an Popularität gewinnenden Altkanzler schonen zu können, ohne sich in der Sache revidieren zu müssen: Schmidt, sagt Schröder 1986 im niedersächsischen Wahlkampf, »wollte doch nicht mit aller Gewalt Pershings hierher bringen. In Wirklichkeit hat er doch versucht, in die laufenden Verhandlungen der Supermächte die Interessen der Westeuropäer einzubringen. Er wollte das Instrument des Nachrüstungsbeschlusses dazu benutzen, um die Amerikaner zu zwingen, das Problem der Mittelstreckenraketen zu verhandeln.« Allerdings, so Schröder, haben diese »eine politische Idee, die Abrüstung herbeiführen wollte, umgedreht und ... ein Instrument zur Herbeiführung von Aufrüstung daraus gemacht«.⁵⁰

Von der zweifelhaften Schlussfolgerung einmal abgesehen, bleibt es schwer vorstellbar, dass ihm die Logik dieses »Instruments« zwei oder drei Jahre zuvor, also in der Phase ungeschminkter Schmidt-Kritik, entgangen sein sollte. Aber wie dem auch sei, so weit wie Oskar Lafontaine, der Oberbürgermeister von Saarbrücken und Vorsitzende der saarländischen SPD, der im Sommer 1982 Schmidts Selbstverständnis von »Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit, Standhaftigkeit« als »Sekundärtugenden« abtut, mit denen »man auch ein KZ betreiben« könne,⁵¹ ist Schröder jedenfalls nie gegangen.

Außerdem kann er sich zugutehalten, bei aller Polemik und auch Schärfe der Auseinandersetzung »niemals ... die Hand gegen Helmut Schmidt gehoben« und im Parlament gegen den Kanzler gestimmt zu haben.⁵² Zwar tönt er gerade anfänglich, öffentlich, aber stets außerhalb des Bundestages wie im Juni 1981: »... da kann mit Rücktritt drohen, wer will, meine Stimme für die Stationierung der Raketen gebe ich nicht.«⁵³ Doch er weiß natürlich, dass noch einiges Wasser den Rhein hinunterfließen wird, bis der Bundestag tatsächlich über die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses zu entscheiden hat. Außerdem hält er sich im Parlament in diesem Punkt auffallend zurück, zieht gerade anfänglich, also in der Phase der Orientierung, auch schon einmal eine Frage zu diesem Themenkomplex zurück, die den Kanzler in Verlegenheit bringen könnte,⁵⁴ oder beschränkt sich auf Informationsfragen, die in ihrem sachlichen Tenor in krassem Gegensatz zu Schröders öffentlichem Getöse stehen.⁵⁵

Das wiederum unterscheidet ihn von den beiden SPD-Abgeordneten Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik, die sich schon seit einiger Zeit in der Rolle der Linksaußen gefallen und im Parlament immer wieder einmal gegen Schmidt und seine Regierung stimmen. Obgleich Schröder das missbilligt, entschließt er sich doch zur Verteidigung der beiden, als ihnen ein Parteiausschlussverfahren droht. Noch 1998, als er zum Sprung ins Kanzleramt ansetzt, steht er dazu und sagt, »nur getan« zu haben, »was sich gehört, wenn einer von Recht und Gerechtigkeit überzeugt ist und in solchen Fragen um Beistand gebeten wird«.⁵⁶ Geholfen hat den beiden Schröders juristische Unterstützung nicht. Hansen wird im Juli 1981 aus der Partei ausgeschlossen; Coppik kommt dem Rauswurf zuvor und tritt Ende Januar 1982 aus der SPD aus.

Gewissermaßen unterhalb all dieser Auseinandersetzungen und Gefechte brodeln ein weiterer Konflikt, von dem nicht wenige meinen, dass er die eigentliche Ursache für die schwere Krise ist, die den Sozialdemokraten das Wasser bis

zum Hals steigen lässt. Willy Brandt – Parteivorsitzender, Galionsfigur und auf dem Weg zur lebenden Legende – macht seinem Nachfolger im Kanzleramt die Hölle heiß. Seit er ohne Not seinen Amtssitz geräumt hat, weiß er nicht mehr so recht, was er mit sich und seiner Zeit anfangen soll.

Geboren worden ist Willy Brandt am 18. Dezember 1913 in Lübeck. Er ist ein uneheliches Kind und erhält den Namen Herbert Ernst Karl Frahm. Die Mutter schlägt sich als Konsumverkäuferin durch; seinen Vater hat Brandt nie gesehen. Der vermeintliche Vater seiner Mutter Martha Frahm, Lastwagenfahrer und aktives SPD-Mitglied, übernimmt die Vaterrolle. Trotz dieser bedrückenden familiären Verhältnisse erfährt der Junge die richtige Förderung und erhält als Vierzehnjähriger einen Platz am angesehenen Lübecker Johanneum, einem Reformgymnasium, das er bis zum Abitur 1932 besucht.

Bereits während der Schulzeit schließt er sich der sozialistischen Jugendbewegung an, fällt dort als sprach- und schriftgewandter Wortführer auf, schreibt erste Artikel für den *Lübecker Volksboten*, ein sozialdemokratisches Blatt, und übt sich so im Traumberuf des Journalisten. Chefredakteur Julius Leber wird Ziehvater und Mentor, der dem erst Sechzehnjährigen den Weg in die SPD ebnet. Lange hält es Brandt dort nicht. 1931 wechselt er von den für sein Empfinden zu staatstragend gewordenen Sozialdemokraten zur linksoppositionellen Sozialistischen Arbeiterpartei.

Für sie ist Willy Brandt, wie er sich jetzt nennt, auch im norwegischen Exil tätig, das er im April 1933 nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ansteuern musste. Fortan kämpft er mit der Feder gegen die deutsche Diktatur, ist aber auch auf gefährlicher Untergrundmission in Deutschland, Spanien, Frankreich und der Tschechoslowakei unterwegs. Nach der deutschen Besetzung Norwegens muss Brandt im Mai 1940 erneut fliehen, findet in Schweden Unterschlupf, kehrt bald nach der deutschen Kapitulation in seine Heimat zurück und verfolgt als Kriegsberichterstatter den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher.

Die Wiedereinbürgerung in Deutschland und nicht zuletzt die Fürsprache des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher schaffen seit 1947 die Voraussetzung für eine schließlich große politische Karriere. Allerdings ist der Weg an die Spitze von zahlreichen Rückschlägen und üblen Verleumdungskampagnen flankiert, die Spuren hinterlassen. Der Aufstieg beginnt mit dem Einzug in den Deutschen Bundestag, dem Brandt ein erstes Mal von 1949 bis 1957 angehört, und der Wahl zum Regierenden Bürgermeister von Berlin im Oktober 1957. Von Anfang an fährt er zweigleisig, profiliert sich in der Partei, ist 1959 maßgeblich an der Formulierung und Durchsetzung des Godesberger Programms beteiligt und bringt es bis zum Februar 1964 als Nachfolger Erich

Ollenhauers zum Vorsitzenden der SPD. Seine Spitzenkandidaturen bei den Bundestagswahlen von 1961 und 1965 bleiben ohne Erfolg, markieren aber einen Anspruch, der eingelöst werden kann, als die SPD bei der Bundestagswahl Ende September 1969 mit knapp 43 Prozent der Stimmen zwar nicht stärkste Kraft wird, aber doch so zulegt, dass sich mit der FDP die erste sozial-liberale Koalition auf Bundesebene bilden lässt.

Seit 1966 hat Willy Brandt als Außenminister der Großen Koalition auch operative Erfahrung auf jenem Gebiet sammeln können, auf dem er sich wie auf keinem zweiten als Bundeskanzler einen Namen machen wird: Die sogenannte neue Ostpolitik, also die innenpolitisch nur mit Mühen durchsetzbare Anerkennung des Status quo in Europa, die zwischen 1970 und 1973 in Verträgen mit der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei und nicht zuletzt der DDR festgeschrieben wird, bringt Brandt den Friedensnobelpreis und den Deutschen den Ruf ein, sich endlich mit den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges abgefunden zu haben.

Aber der berufliche und persönliche Marathon fordern einen hohen Preis. Nach der spektakulär gewonnenen vorgezogenen Bundestagswahl vom 19. November 1972, aus der die SPD erstmals seit Gründung der Republik als stärkste Kraft hervorgeht, baut der Kanzler sichtlich ab. Eine Lappalie – ein spät enttarnter DDR-Agent in seiner unmittelbaren Umgebung – veranlasst den zu diesem Zeitpunkt mit sich und seinem Amt überforderten Mann am 5. Mai 1974 schließlich, am folgenden Tag vom Amt des Bundeskanzlers zurückzutreten. Eine übereilte Entscheidung, mit der Brandt zeitlebens zu kämpfen und wohl nie wirklich seinen Frieden gemacht hat. Fortan ergeht er sich in allen möglichen Aktivitäten, schreibt Bücher und Artikel am laufenden Band, engagiert sich in der Sozialistischen Internationale, der er seit 1976 präsidiert, kümmert sich um die Belange der südlichen Halbkugel – und hält seine Partei auf Trab.

Denn keinen Augenblick hat Willy Brandt mit dem Gedanken gespielt, auch vom Vorsitz der SPD zurückzutreten und die Führung an seinen Nachfolger im Kanzleramt zu übergeben. Ganz im Gegenteil ist die starke Position an der Spitze der Partei seit Ende der siebziger Jahre seine schärfste Waffe im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss und damit gegen Helmut Schmidt. Bei allen Verdiensten, die sich Willy Brandt in diesen bewegten Jahren erwirbt, als er die SPD für linke und alternative Kräfte öffnet und um deren Integration kämpft: Wenn es um die vieles, wenn nicht alles entscheidende Frage des NATO-Doppelbeschlusses geht, lässt Brandt keinen Zweifel, auf welcher Seite jenes Grabens er steht, der sich quer durch die Gesellschaft und die eigene Partei zieht.

Zwar tritt er, solange Schmidt noch im Amt ist, nicht auf den Großdemonstrationen gegen die »Nachrüstung« auf, aber das ändert sich mit dem Regierungswechsel im Herbst 1982: Auf der letzten großen Massenkundgebung dieser Art im Oktober 1983 erscheint Willy Brandt – unangemeldet und, wie sich zu seinem Kummer zeigt, nicht gerade euphorisch begrüßt. Aber natürlich wussten auch zwei Jahre zuvor alle, Kanzler Schmidt eingeschlossen, dass der Parteivorsitzende mit jenen 250 000 Teilnehmern sympathisiert, die sich am 10. Oktober 1981 zur bis dahin größten Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik im Bonner Hofgarten eingefunden haben. Zu den rund 1000 Verbänden und Vereinen, die dazu aufgerufen haben, gehören die Jusos, und unter den Teilnehmern werden unter anderen Erhard Eppler, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Ära Brandt, und Gerhard Schröder gesichtet.

Keine Frage, der Bundestagsabgeordnete aus Hannover steht in diesem Konflikt eindeutig auf der Seite des Parteivorsitzenden. Wie die meisten Sozialdemokraten seiner Generation zählt er zu dessen Bewunderern. Wobei im Falle Schröders neben dem Respekt für die politischen Leistungen des Mannes natürlich auch eine Rolle spielt, dass er weiß, was es bedeutet, in einfachste Lebensumstände hineingeboren zu werden und sich unter solchen Umständen zu behaupten, durchzusetzen und nach vorn zu kämpfen. Allerdings hatte Willy Brandt immerhin noch im Milieu der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und der sozialistischen Jugend ein Zuhause und damit einen Halt, war dank des Stipendiums in gewisser Weise sogar privilegiert. Gerhard Schröder kannte nichts von alledem.

Erstmals persönlich begegnet ist Schröder dem Vorsitzenden der SPD, als dieser sich 1969 zum dritten Mal um das Kanzleramt bewirbt und der Jungsozialist als Wahlkampfhelfer tätig ist. Nach den Wahlen von 1969 und 1972 ist er dabei, als Willy Brandts Anhänger vor der Bonner »Baracke« mit Fackeln die Siege feiern. Und er bleibt wie die meisten seiner Generation – nicht nur in den Reihen der Sozialdemokraten – tief beeindruckt von der Geste des 7. Dezember 1970. Kanzler Willy Brandt ist damals mit großem Gefolge zur Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenz- und Gewaltverzichtsvertrages in Warschau. Wie zuvor am Grabmal des Unbekannten Soldaten ist auch am Mahnmal für die Opfer des Aufstandes im Warschauer Ghetto eine Kranzniederlegung vorgesehen, als das Zeremoniell eine unerwartete Wendung nimmt und der Bundeskanzler spontan vor dem Mahnmal niederkniet. Ausgerechnet Willy Brandt, der in der Zeit des »Dritten Reiches« gewiss nicht zu den Tätern, sondern zu den Opfern der deutschen Diktatur gezählt hatte.

Häufig gesehen hat Schröder den viel Beschäftigten in seinen frühen Jahren nicht. Vier-Augen-Gespräche sind eine seltene Ausnahme. Bis er Mitte der achtziger Jahre zu einem der Hoffnungsträger der Sozialdemokraten wird, ist Schröder für den Parteivorsitzenden einer von vielen. Ungeachtet seines Bekanntheitsgrades, den er seiner Zeit als Juso-Vorsitzender verdankt. Dann ändert sich das, und wie sich Schröder später erinnert, erlebt er jetzt den gut drei Jahrzehnte Älteren »als einen außerordentlich widersprüchlichen Menschen ... Gelegentlich unnahbar bis zur Missachtung des Gegenübers, konnte er andererseits mit humorvoller Zuwendung auf andere eingehen. Was mich aber vor allem an ihm faszinierte, war sein Gespür für politische Entwicklungen in unserer Gesellschaft.«⁵⁷

Schröders mitunter variierte, im Kern aber immer wiederholte Feststellung, dass Willy Brandt »geliebt«, Herbert Wehner »verehrt« und Helmut Schmidt »respektiert« worden sei, kann man durchaus auch so lesen, dass der Respekt vor »Willy« bei den jüngeren Genossen gelegentlich zu wünschen übrig ließ oder jedenfalls nicht so ausgeprägt war wie gegenüber dem Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers, dem Gerhard Schröder 2002, da er selbst in der Verantwortung als Kanzler und Parteivorsitzender steht, bescheinigt: »Helmut Schmidt hat unsere Partei ... gleichsam die Normalität der Machtausübung gelehrt: pragmatisch und mit Augenmaß ... Für Brandt ... war es nicht leicht, den meist akademisch geprägten Zuzug aus den Reihen der Achtundsechziger ... zur notwendigen Disziplin einer Regierungspartei zu erziehen.«⁵⁸

Dass Willy Brandt in seinen 1989 erschienenen *Erinnerungen* Gerhard Schröder nicht einmal erwähnt und ihn damit ebenso ignoriert wie Björn Engholm, Rudolf Scharping oder Oskar Lafontaine, den Willy Brandt immerhin zeitweilig als Nachfolger erkoren hat und auf den er jetzt gerade einmal zwei Halbsätze verwendet, hat einen einfachen Grund: Gattin Brigitte Seebacher-Brandt führt die Regie und in weiten Partien, schreibend und redigierend, auch die Feder. Entsprechend schlecht kommen die Herren in jenem *Willy Brandt* betitelten Buch weg, das Brigitte Seebacher, die inzwischen ihren Beinamen entsorgt hat, 2004 vorlegt. Das Stück, das mithin während der Kanzlerschaft Schröders erscheint und eine problematische Mixtur aus Biographie und Autobiographie darstellt, ist nicht nur eine Abrechnung mit der SPD, die Willy Brandt immerhin ein Vierteljahrhundert mit Leidenschaft geführt hat, sondern auch der ungenierte Versuch einer politischen Verortung und Vereinnahmung.

Was immer Willy Brandt später über Gerhard Schröder gedacht oder auch nicht gedacht haben mag, sicher ist, dass der niedersächsische Abgeordnete in den Wochen und Monaten, in denen der Machtkampf zwischen Brandt und Schmidt teils hinter den Kulissen, teils auf offener Bühne ausgetragen wird, auf der Seite des Parteivorsitzenden zu finden ist. Der betreibt seine eigene Raketendiplomatie und fliegt Ende Juni 1981 nach Moskau, um mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU Leonid Breschnew über den NATO-Doppelbeschluss zu sprechen. Zwar weist er dabei die Kritik am Bundeskanzler ausdrücklich zurück,⁵⁹ doch lässt er nach seiner Rückkehr die Bundesbürger wissen, dass Breschnew um den »Weltfrieden« zittere.⁶⁰ Schröder gehört zu denen in der SPD, die Willy Brandts Moskau-Expedition als »großes Verdienst« preisen.⁶¹

Da ist es konsequent, dass er sich selbst vor Ort einen Eindruck verschaffen will. Ende Januar 1982 reist Gerhard Schröder mit anderen linken Sozialdemokraten, darunter die Bundestagsabgeordneten Konrad Gilges, Renate Schmidt und Ottmar Schreiner, nach Moskau, um sich von führenden Abrüstungs- und Westexperten in ihrer Ablehnung einer Umsetzung des Doppelbeschlusses bestärken zu lassen.⁶² Es ist nicht seine erste Expedition in dieser Angelegenheit. Schon im März 1980 ist er an der Spitze einer Juso-Delegation und von der Öffentlichkeit unbemerkt dort gewesen und hat mit der Leitung des Komitees der Jugendorganisation der UdSSR gesprochen. In dem von Gerhard Schröder unterzeichneten Kommuniqué vom 27. März 1980 finden sich auch Partien von außenpolitischer Relevanz und Brisanz, wie der irritierte Botschafter in Moskau, Hans-Georg Wieck, an das nicht minder irritierte für Abrüstung und Rüstungskontrolle zuständige Referat 220 des Auswärtigen Amtes drahtet. Dort missfällt den Diplomaten vor allem die »volle« Übernahme der sowjetischen Position durch Schröder, »die von einem bestehenden annähernden Gleichgewicht« bei den Mittelstreckenwaffen ausgeht.⁶³

Später hat Gerhard Schröder seine Sicht der Dinge und vor allem seine eindeutige Stellungnahme zugunsten Brandts selbstkritisch in Zweifel gezogen und sich – inzwischen Nachfolger Brandts und Schmidts im Amt des Bundeskanzlers – öffentlich korrigiert: »In dieser zugespitzten Diskussion war die friedensbewegte Linke in- und außerhalb der Partei nicht mehr zu bändigen. Brandt selber neigte der Meinung zu, man komme ohne die ›Pershing‹ aus. Damit aber brach die innerparteiliche Mehrheit für Helmut Schmidt endgültig fort. Die Geschichte gab dem Kanzler Schmidt am Ende recht: ich sage dies, mein eigenes Urteil in jenen Jahren bewusst korrigierend.«⁶⁴

Inzwischen weiß Schröder aus eigener Erfahrung, was es heißt, wenn ein Bundeskanzler bei einer weitreichenden außenpolitischen Entscheidung von

